

Genehmigt: 22.05.2025

Protokoll 05

Stadtratssitzung

Donnerstag, 13.03.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:05 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	4
2024.SR.0184.....	4
2 Motion Sibyl Eigenmann (Mitte)/Lukas Wegmüller (SP)/Matthias Humbel (GFL): Ein öffentlicher, ganzjährig zugänglicher Verkehrsgarten für die Stadt Bern.....	9
2024.SR.0170.....	9
3 Postulat David Böhner (AL)/Matteo Micieli (PdA): Kostenloser ÖV für Schulkinder in der Stadt Bern.....	15
2000.GR.000271.....	15
4 Energie- und Klimastrategie; Berichterstattung und neue Strategie.....	33
Schluss der Sitzung: 19.03 Uhr.	34
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:45 Uhr.....	34
2000.GR.000271.....	35
4 Energie- und Klimastrategie; Berichterstattung und neue Strategie.....	46
2024.SR.0152.....	46
5 Interfraktionelle Motion GFL, GLP/JGLP/EVP, FDP/JF (Tanja Miljanović, GFL/Irina Straubhaar, GLP/Thomas Hofstetter, FDP): Nachhaltige Wärmeversorgung von Neubauarealen.....	47
2024.SR.0186.....	47
6 Interfraktionelle Motion GFL, GB/JAI, GLP/JGLP/EVP, AL/PdA (Christoph Leuppi, GFL/Katharina Gallizzi, GB/Gabriela Blatter, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Matteo Micieli, PdA): Ausstiegsstrategie aus fossilem Erdgas als städtischer Energieträger.....	54
2024.SR.0149.....	54
7 Interfraktionelle Interpellation GFL, GB/JAI, AL/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Mirjam Roder, GFL/Ursina Anderegg, GB/Nora Joos, JAI/Paula Zysset, JUSO/David Böhner, AL): Wie ist das Projekt «Belpmoos Solar» mit den klima- und energiepolitischen Zielen tatsächlich vereinbar, ohne den Anschein von Greenwashing zu erwecken?.....	62
2024.SR.0148.....	62
8 Interfraktionelle Interpellation GB/JAI, GFL, SP/JUSO, AL/PdA (Ursina Anderegg, GB/Marcel Wüthrich, GFL/Nora Joos, JAI/Chandru.....	

Somasundaram SP/Paula Zysset, JUSO/David Böhner, AL): Wie gestaltet sich das Projekt «Belpmoos Solar» aus und inwiefern ist es mit den Biodiversitätszielen der Stadt Bern vereinbar?	
2024.SR.0070	62
9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Braucht es noch weitere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz bis der Gemeinderat seinen politischen und rechtlichen Kampf gegen die Änderungen des kantonalen Polizeigesetzes aufgibt?	
2024.SR.0069	64
10 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Braucht es noch weitere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz, bis der Gemeinderat dort selber Überwachungskameras aufstellt?	
2024.SR.0047	68
11 Postulat Raffel Joggi (AL): EGMR-Urteil zu Racial Profiling: Was sind die Auswirkungen für die Stadt Bern?	
Verschoben und eingereicht	75
Schluss der Sitzung: 22.44 Uhr.	77

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:05 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser

Helin Genis
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier

Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz
Michael Burkard
Jelena Filipovic

Seraphine Iseli
Nora Krummen

Tanja Miljanovic
Cemal Özçelik

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Liebe Anwesende, es ist 17 Uhr, Zeit zum Starten. Ich bitte euch, Platz zu nehmen und den Geräuschpegel runterzufahren. Ich gebe euch als erstes die Entschuldigungen für die heutigen Sitzungen bekannt. Für beide Sitzungen abgemeldet hat sich Jelena Filipovic, unsere erste Vizepräsidentin. Aus diesem Grund ist heute Béatrice Wertli auf der Position der ersten Vizepräsidentin. Weiter abgemeldet haben sich Seraphine Iseli, Grünes Bündnis, Nora Krummen von der SP, Laura Binz von der SP und Tanja Miljanovic von der Grünen Freien Liste. Für die erste Sitzung entschuldigt ist Michael Burkard, Grüne Freie Liste. Für die zweite Sitzung entschuldigt ist Sarah Rubin vom Grünen Bündnis. Meldungen von Personen, die später kommen, habe ich von Denise Mäder von der GLP, Timur Akçasayar von der SP und Alex Feuz von der SVP. Rücktritte habe ich keine zu verkünden und entsprechend auch keine neuen Mitglieder. Am Samstag gratuliere ich Bernadette Haefliger und Lukas Schnyder zum Geburtstag. Wenn sie noch nicht gewusst haben, dass sie am gleichen Tag Geburtstag haben, dann wissen sie es jetzt. Dann, als kleine Information: Es gibt eine Änderung hinten im Computerraum des Rathauses, dem sogenannten Schreibzimmer. Neu gibt es in diesem Raum zwei Arbeitsplätze, wo ihr eure persönlichen Notebooks direkt mit einem Drucker verbinden könnt. Eine Anleitung für das Plug-and-Play-Drucken liegt hinten auf. Wenn ihr Fragen zu dieser neuen Lösung habt, steht euch der Ratsweibel zur Verfügung. Ihr könnt aber auch weiterhin, wie gewohnt, von den fixen Stationen aus drucken. Falls ihr es noch nicht gemacht habt, badget noch. Bei den Vorstössen ist es wie immer: Die dringlichen bis um 21 Uhr, die nicht dringlichen bis um 21.30 Uhr. Ich sage es heute auch noch einmal: Ihr bereitet dem Büro einen grossen Gefallen, wenn ihr nicht bis kurz davor wartet. Dann wären wir bereits bei der Traktandenliste von heute.

2024.SR.0184

2 Motion Sibyl Eigenmann (Mitte)/Lukas Wegmüller (SP)/Matthias Humbel (GFL): Ein öffentlicher, ganzjährig zugänglicher Verkehrsgarten für die Stadt Bern

Präsident: Wir starten mit dem Traktandum Nr. 2. Das ist eine Richtlinienmotion für einen ganzjährig zugänglichen Verkehrsgarten in der Stadt Bern. Es wurde mir schon vor der Sitzung mitgeteilt, dass diese Motion bestritten ist. Entsprechend erteile ich den Einreichenden das Wort.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Einreichenden: Ich rede heute über unsere Motion zur Einführung oder zur Erstellung eines Veloverkehrsgartens. Ich werde nicht allzu lange reden, weil ich finde, die Motion sei recht selbsterklärend, und ich habe insgeheim sogar gehofft, dass keine Diskussion stattfindet. Aber offenbar ist sie doch bestritten. Warum habe ich die Motion eingereicht? Ich habe immer wieder Rückmeldungen von Eltern bekommen, die Kinder haben, die gerne lernen wollen, Velo zu fahren, die gefragt haben, ob es in der Stadt nicht einen Platz gebe, wo man mit den Kindern und dem Velo easy hinfahren könne, und wo sie ein bisschen herumfahren könnten. Ich kenne aber auch erwachsene Leute, die zwar Velo fahren können, sich aber nicht auf die Strasse trauen, einerseits wegen des Verkehrs, andererseits aber auch wegen der Verkehrsregeln. Es sind Leute, die sich einfach nicht wagen, in der Stadt Bern Velo zu

fahren. Und dann bin ich mal bei einer Recherche auf der Webseite der Verkehrsinstruktorinnen und Verkehrsinstruktoren der Polizei gelandet. Die haben auf ihrer Webseite tatsächlich eine Übersicht von allen Verkehrsgärten im Kanton Bern, also ein super Link. Es wird dort dargestellt, welche Kinder wann in den Verkehrsunterricht dürfen und wo. Und es wird auf einer Liste aufgeführt, welche Gemeinden im Kanton Bern überhaupt über einen Verkehrsgarten verfügen. Und für jene, die die Motion nicht gelesen haben: Ein Verkehrsgarten ist ein Platz, auf dem man das Velofahren simulieren kann. Es gibt Stoppschilder, es gibt Nicht-Vortritt-Zeichen, es gibt vielleicht sogar, wenn er gut gemacht ist, eine richtige Ampel. Und es ist wie eine Simulation des echten Verkehrs, in der vor allem Kinder lernen können, Velo zu fahren. Vielleicht kennt ihr es sogar noch von früher. Und auf dieser Übersicht der Verkehrsgärten im Kanton Bern habe ich festgestellt, dass relativ viele Gemeinden über einen öffentlichen, ganzjährigen und fest installierten Verkehrsgarten verfügen. Es gibt auch Gemeinden, die nicht einen öffentlichen Platz haben, sondern beispielsweise einen, auf den nur die Polizei darf. Es gibt Gemeinden, die zwar einen öffentlichen haben, aber keinen ganzjährigen. Und es gibt Gemeinden, die extra einen Verkehrsgarten aufstellen und ihn wiederabbauen. Aber die Gemeinden, die einen öffentlichen, ganzjährig zugänglichen und fixen Veloverkehrsgarten haben, sind Aarberg, Amsoldingen, Bätterkinden, Belp, Därstetten, Huttwil, Langenthal, Laupen, Münchenbuchsee, Oberburg, Seftigen, Spiez, Thun – übrigens: den in Thun habe ich angeschaut, der wird im Winter sogar gepfadet – Unterlangenegg und Wichtrach. Bern steht nicht auf dieser Liste. Und darüber war ich kurz schockiert, weil ich dachte, wir wollten doch Velohauptstadt sein und das Velo fördern. Und ausgerechnet Bern als Velostadt hat keinen ganzjährigen, fixen und öffentlich zugänglichen Verkehrsgarten. Wir haben einen auf der Eisbahn im Weyermannshaus, der allerdings nur von Mai bis August offen ist. Der ist also nur relativ kurz zugänglich und wird auch hauptsächlich für den Verkehrsunterricht mit der Polizei gebraucht. Ich bin der Meinung, dass wir einen Verkehrsgarten für Veloanfängerinnen und Veloanfänger brauchen. Wir wollen unsere Bewohnerinnen und Bewohner dazu auffordern, Velo zu fahren, mehr Velo zu fahren. Wir wollen die Velonutzung steigern. Von der Bevölkerung zu verlangen, mehr Velo zu fahren, ihnen aber die Grundlagen nicht bieten, das heisst, ihnen die Möglichkeit nicht geben, das zu erlernen, ist im Grund wie von den Leuten zu fordern, es müssten mehr studieren, es müssten möglichst viele Leute an die Uni gehen, ihnen aber die Volksschule nicht zu geben. Also man gibt ihnen von der Stadt die Grundlagen nicht, das überhaupt zu erlernen. Jetzt werden heute Abend sicher einige dagegen stimmen. Ich nehme an, es geht um die Finanzen und vielleicht auch um den Boden, andere Gründen kann ich mir schlichtweg nicht vorstellen. Bezüglich der Finanzen kann ich sagen: Es ist eine klassische städtische Aufgabe. Was wollen wir als Stadt unseren Leuten, unserer Bevölkerung, unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, auch den kleinen Bewohnerinnen und Bewohnern überhaupt bieten, wenn nicht das? Es ist etwas Grundlegendes für die spätere Mobilität, etwas Grundlegendes für das eigene Sicherheitsgefühl im Verkehr, etwas Grundlegendes auch für mehr Aufenthaltsqualität für Familien. Darum habe ich extra noch den Punkt reingenommen, dass der Veloverkehrsgarten auch möglichst grün ausgestaltet werden soll, damit er eben eine gute Aufenthaltsqualität für Familien bieten kann. Ich habe ein gewisses Bild vor Augen. Ich stelle mir vor, dass unter der Woche die Polizei mit den Schulklassen dorthin geht. Es sind über 80 Schulklassen pro Jahr in der Stadt Bern, die mit der Polizei dorthin gehen wollen. Ich stelle mir aber auch vor, dass am Wochenende Familien ihre Kinder in einem Veloverkehrsgarten das Velofahren ausprobieren lassen wollen. Man lässt die Kinder Velo fahren. Die Eltern sitzen auf Bänken. Es hat vielleicht sogar eine Grillstelle. Es ist einfach ein schöner Ort, um zu verweilen; auch für jene Eltern, die nicht jeden Samstag

40 Franken für das Bimano ausgeben können, damit ihre Kinder dort ein bisschen rumturnen können. Es soll ein kostenloser, niederschwellig zugänglicher, schöner Platz sein, wo die Kinder sich auch noch ein bisschen austoben können. Ich bitte euch sehr, die Motion anzunehmen für unsere Bevölkerung. Ich bin überzeugt: Es ist ein riesiger Mehrwert für Familien, für Kinder, für die Sicherheit, aber natürlich auch für die Gesundheit, denn Velo fahren ist ja auch gesund, und für eine nachhaltige Mobilität in unserer Stadt. Besten Dank, wenn ihr mir hier folgt und meine Motion annehmt.

Präsident: Merci, Sibyl. Dann könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes kommt für die Fraktion SP/JUSO Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Ich schliesse mich meiner Vorrednerin an. Ich bin überrascht, dass die Motion bestritten ist und halte mich deswegen ebenfalls kurz. Für mich ist das Anliegen offensichtlich. Genau deswegen habe ich die Motion mit meiner Vorrednerin eingereicht. Die Veloförderung in der Stadt Bern ist ein wichtiger Bestandteil der städtischen Verkehrspolitik und spielt eine zentrale Rolle in der nachhaltigen Mobilität. Die Stadt macht schon sehr vieles, um dem Anspruch, Velohauptstadt zu sein, gerecht zu werden. Es macht genau deswegen auch sehr viel Sinn, wenn die Menschen in dieser Stadt lernen, sich per Velo in der Stadt zu bewegen. Wir möchten einen fix installierten, ganzjährig nutzbaren Verkehrsgarten auf städtischem Boden schaffen. Wir freuen uns deswegen sehr über die Unterstützung des Gemeinderates. Und ich freue mich vor allem, dass der Verkehrsgarten im Einklang mit den Zielen der städtischen Energie- und Klimastrategie passieren soll; ein Verkehrsgarten mit einer hohen Aufenthaltsqualität, der naturnah ist, mit einer sinnvollen Begrünung und schattenspendenden Bäumen. Das stellen wir uns alle wunderschön vor. Und ich bin auch sicher: Das ist es. Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich sehr für eure Unterstützung und ich mich für eure Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

Präsident: Merci, Lukas. Dann kommt als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir haben zu diesem Geschäft Stimmfreigabe beschlossen. Wir sind mehrheitlich skeptisch. Vielleicht zuerst etwas vorab: Verkehrsgärten finden wir etwas Gutes. Ich selber musste zwar, als ich klein war, mit Tücken kämpfen. Aber es waren nicht die Tücken der Verkehrssignalisation. Es war die Tücke des Karts, den ich gar nicht im Griff hatte. Die Idee finden wir an und für sich gut. Aber jetzt verlangt ihr einen ganzjährigen Verkehrsgarten. Das Entscheidende ist: Wenn man einen Verkehrsgarten hat, muss er betrieben werden. Es soll angeleitet werden. Und genau dort sehen wir das Problem. Wir sind der Meinung, wir sollten das flexibel halten. Mit einem Postulat wärt ihr bei uns wahrscheinlich auf grosse Zustimmung gestossen – aber nicht mit einer Motion, die das zwingend ganzjährig vorschreibt. Wir sind ja in der Stadt Bern nicht einmal in der Lage, dafür zu sorgen, dass, wenn es schneit, die Busse und Trams fahren können. Einen Verkehrsgarten ganzjährig zu betreiben, ist schon ein verfehlter Ansatz. Wir haben auch die Befürchtung – ich sage das ganz ehrlich –, dass wieder ein Quartier abgeriegelt und mit einem ganzjährigen Verkehrsgarten beglückt würde. Und die Anwohner müssten dann selbst schauen – wie es ja immer ist. Ich hätte es als Postulat begrüsst. Ich hätte mir durchaus vorstellen können, dass man auf einem in sich geschlossenen Areal so etwas macht. Aber ich habe einfach diese Befürchtung. Ich bin ein gebranntes Kind. Bei uns im Quartier hat man 39% der Parkplätze abgeschafft, damit die Feuerwehr besser durchkommt. Was macht man jetzt,

nachdem man sie aufgehoben hat? Jetzt verlegt man Parkplätze von der Gegenseite des Trottoirs auf die Strasse und stellt Blumentröge hin. Angesichts der Verkehrspolitik der Stadt Bern befürchtet ein Teil unserer Fraktion, dass das wiederum gebraucht wird, um ein Quartier abzuriegeln. Wie gesagt: Die Sache wäre sinnvoll. Aber so – ganzjährig, Motionsform – geht es uns einfach zu weit, jedenfalls einem Grossteil der Fraktion. Darum lehnen wir das ab. Wenn ihr in ein Postulat wandeln würdet, würde ich selbstverständlich zustimmen. Aber nicht, so wie es formuliert ist, mit dieser Absolutheit und ganzjährig. Es ist auch völlig offen, ob er von Polizeibeamten, vom Verkehrsdienst betrieben würde, was auch sinnvoll wäre, denn sonst bringt es nämlich nicht viel, denn dann rast man dort nämlich herum. Und ich habe es auch schon Telebärn gesagt: Wahrscheinlich hätten es viele Erwachsenen am nötigsten, in den Verkehrsgarten zu gehen.

Präsident: Merci, Alex. Dann hat als nächstes für die Fraktion FDP Oliver Berger das Wort.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP haben die Motion bezüglich eines ganzjährigen Verkehrsgartens für Kinder kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite sehen wir den Vorteil, dass mit einem ganzjährig zugänglichen Verkehrsgarten Kinder in einem geschützten Raum das Velofahren trainieren und die Verkehrsregeln lernen können. Das dient sicher der Verkehrssicherheit und das begrüssen wir in unserer Fraktion. Auf der anderen Seite gibt es auch kritische Stimmen, die sagen, es gebe schon genug taugliche Angebote und im Sinne der Selbstverantwortung sei es keine staatliche Aufgabe, einen Verkehrsgarten zu betreiben. Mit Blick auf die klammen Finanzen der Stadt Bern gibt es auch kritische Stimmen. Wir können uns einen Verkehrsgarten zum aktuellen Zeitpunkt gar nicht leisten. Die Fraktion FDP hat darum Stimmfreigabe beschlossen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, Oliver. Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Fraktionsvoten? – Gibt es Einzelvoten? Dann hat für ein Einzelvotum Thomas Glauser das Wort.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Velofahren ist wichtig. Sicherheit ist wichtig. Es ist auch wichtig, dass wir die Schüler in frühen Jahren schulen, damit sie wissen, wie sie sich im Verkehr zu verhalten haben. Die ganze Angelegenheit ist aber eigentlich kantonal. Denn die Schulen haben bereits Verkehrsunterricht. Im Rahmen dieses Verkehrsunterrichts begleiten sie die Kinder, wenn sie über den Fussgängerstreifen gehen. Sie gehen aber auch jährlich mit dem Velo in den Verkehrsgarten. Das sind Verkehrsgärten, die manchmal temporär eins zu eins im Verkehr erstellt werden. Es hat Verkehrsinstruktoren, die die Kinder schulen, die Theorie unterrichten. Alleine mit einem fixen Verkehrsgarten ist es eben nicht gemacht. Man könnte vielleicht eine Lösung mit Ostermundigen finden. Sibyl Eigenmann hat es gesagt. Es gibt es bereits. Es gibt sicher auch Gemeinden, die noch Bedarf haben. Wir von SVP fänden es schlimm, wenn wir jetzt einfach wieder alleine etwas wurschteln und die anderen Gemeinden ausserhalb nicht einbeziehen würden. Darum ist es wichtig, dass man das etwas organisiert macht. Vor allem muss auch die Polizei dabei sein. Verkehrsinstruktoren müssen dort sein, geschulte Leute, die die Ausbildung durchführen und den Verkehrsgarten betreiben. Und diese Leute fehlen zum Teil. Damit nützt der schönste Verkehrsgarten nichts. Darum bin ich skeptisch in dieser Angelegenheit und ich lehne sie, so wie sie ist, zurzeit ab.

Präsident: Danke, Thomas. Dann kommt noch das Einzelvotum von Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP), Einzelvotum: Bern setzt stark auf die Veloförderung. Aber nur eine sichere Infrastruktur reicht nicht. Wer sich sicher im Strassenverkehr bewegen will, muss das richtige Verhalten üben können. Ein fix installierter und während des ganzen Jahres zugänglicher Verkehrsgarten würde das ermöglichen; nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern für alle, die ihre Sicherheit im Strassenverkehr verbessern wollen. Der Verkehrspark im Weyermannshaus hat sich bewährt. Er wird jedes Jahr von rund 80 Schulklassen besucht. Aber das Angebot besteht nur vom Mai bis August, und mit der geplanten Sanierung der Sportanlage Weyermannshaus wird er im Jahr 2027 zugehen. Es braucht darum ein nachhaltiges und ganzjähriges Nachfolgeangebot. So ein Verkehrsgarten wäre mehr als nur ein Übungsplatz. Es gibt die Möglichkeit, wichtige Verkehrsregeln praxisnah zu lernen. Wir wissen es: Viele Unfälle passieren beim Linksabbiegen oder in den Kreisel. Und genau solche Situationen kann man in einem sicheren Verkehrsgarten gut üben. Pro Velo hat in seiner Broschüre die wichtigsten Regeln zusammengestellt, wie zum Beispiel den sicheren Abstand zum Strassenrand, das richtige Linksabbiegen oder die Verhaltensregel im Kreiseln. Aber die Theorie allein reicht einfach nicht. Es braucht Praxis. Ein Verkehrsgarten kann genau das ermöglichen, und zwar während des ganzen Jahres. Gleichzeitig könnte er mit Bäumen, Bänken und einer Begrünung ein schöner Aufenthaltsort für alle werden und damit mehr als ein Übungsplatz sein. Klar ist, dass der Verkehrsunterricht Priorität hat. Schulklassen müssen weiterhin Vortritt haben. Aber ausserhalb dieser Zeiten sollte der Verkehrsgarten für alle offen sein. Ich unterstütze auch den Antrag des Gemeinderats, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Ein ganzjähriger Verkehrsgarten ist eine sinnvolle Ergänzung zur Veloförderung, stärkt die Verkehrssicherheit und hilft Bern, ihrem Titel als Velohauptstadt gerecht zu werden.

Präsident: Merci, Chantal. Dann noch ein Einzelvotum von Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Nur ganz kurz in zwei Sätze: Das ist eine Richtlinienmotion. Worüber reden wir überhaupt? Das ist nicht einmal ein Kreditantrag und es gibt auch keinen Vorschlag, um den Verkehrsgarten umzusetzen. Deshalb würde ich doch alle bitten, ein bisschen zu entspannen. Merci vielmals.

Präsident: Danke, Michael. Gibt es noch weitere Einzelvoten? – Das ist nicht der Fall. Für den Gemeinderat hat das Wort, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Die Motion zum ganzjährigen, also fixen, Verkehrsgarten unterstützt der Gemeinderat. Die Motionär*innen rennen offene Türen ein. Ich kann das gleich am Anfang sagen. Denn wir arbeiten daran. Primär sind wir jetzt auf der Suche nach einer geeigneten Fläche. Das ist nicht ganz einfach. Ihr kennt das zum Beispiel auch im Zusammenhang mit den Sportfeldern. So grosse Flächen zu finden, die man das ganze Jahr bespielen kann, ist eine Kunst. Im Moment ist es so, dass ab und zu kleine Verkehrsgärten vor den Schulhäusern aufgebaut werden. Und im Weyerli gibt es ein saisonales Angebot – ihr habt es gehört – von Mitte Mai bis Ende August – auf der eisfreien Kunsteisbahn. Aber ihr wisst: Das Angebot gibt es nur noch bis 2027. Und dann starten wir mit der Sanierung der Sport- und Freizeitanlage Weyermannshaus. Bis dahin besuchen weiter rund 80 Klassen diesen Sommerverkehrsgarten pro Jahr. Das sind rund 1200 Schülerinnen und Schüler. Aber eben, wir arbeiten daran. Auch das "Grünzeug" – ich musste über den Begriff lachen –, das die Motionär*innen fordern, ist eingeplant. Bei der TVS-Direktion reden wir von Bäumen und Sträuchern.

Salat und Gemüse werden wir sicher nicht anpflanzen. Die Verkehrsschulung geniesst eine hohe Priorität in der Stadt. Wir haben es auch schon gehört. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der Veloförderung und das wird so bleiben. Der Gemeinderat beantwortet darum auch den dritten Punkt der Motion positiv. Wir empfehlen euch, dieser Motion im Sinne einer Richtlinienmotion zuzustimmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals. Ich stelle fest: Die Einreichenden haben nicht gewandelt. Wir stimmen somit ab über den Vorstoss als Richtlinienmotion. Wer ihn erheblich erklären möchte, stimmt grün, wer ihn ablehnt, rot.

Abstimmung Nr. 005

2024.SR.0184: als Richtlinie

Annahme

Ja	59
Nein	5
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diese Motion erheblich erklärt.

2024.SR.0170

3 Postulat David Böhner (AL)/Matteo Micieli (PdA): Kostenloser ÖV für Schulkinder in der Stadt Bern

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 3. Das ist ein Postulat. Auch hier ist mir vorab schon gesagt worden, dass es bestritten sei. Entsprechend erteile ich den Einreichenden das Wort – David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Es freut mich sehr, dass ich das Postulat vorstellen kann. Es ist mir ein wichtiges Anliegen. Es geht wie im Geschäft vorhin auch um Kinder in der Stadt Bern und um Mobilität – ein sehr wichtiges Thema. Es fordert einen kostenlosen ÖV für Schulkinder in der Stadt Bern – konkret ein Libero-Abo für die Zonen 101 und 102 für alle Kinder der Unter-, Mittel- und Oberstufe. Das Ziel dieser Massnahme ist, der Energie- und Klimastrategie entsprechend den ÖV zu fördern und den jungen Menschen schon früh die Vorzüge von Bernmobil als städtisches Verkehrsmittel näherzubringen. Und natürlich geht es auch darum, das Haushaltsbudget der Familien in der Stadt Bern zu schonen. Die steigenden Lebensunterhaltskosten sind für viele Leute ein Problem. Insbesondere für Familien mit mehreren Kindern wird der Lebensunterhalt richtig teuer. Ein Posten, der das Portemonnaie belastet, ist die Mobilität. Im schweizweiten Vergleich bietet Bernmobil eines der teuersten Monats-Abos für Kinder und Jugendliche an. 62 Franken kostet es pro Monat für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre. Ein Jahresabo in dieser Kategorie kostet 558 Franken. Wenn man das zum Beispiel mit Basel vergleicht, mit seinem viel grösseren Verkehrsnetz: Dort gibt es ein sogenanntes U-Abo für 365 Franken, also 1 Franken pro Tag. Und wie gesagt, das Netz ist viel grösser als die Zonen 100 und 101 in Bern. In Zürich ist der Monatsnetzpass noch günstiger, allerdings für ein kleineres Gebiet. Wenn wir aber in die Romandie schauen, wird die ganze Sache richtig erfreulich. In der Stadt Fribourg haben alle Kinder, die in der Gemeinde wohnen und in die Schule gehen, Anrecht auf

ein Gratis-Abo. In Lausanne bekommen die Schulkinder ein Gratis-Abo, wenn der Schulweg länger als ein Kilometer ist. Die, die einen kürzeren Weg haben, bekommen 50% Rabatt auf das Monats-Abo. Und in Genf fahren sowieso alle unter 25 auf dem gesamten Stadtgebiet gratis. Das zeigt: In Bern gibt es noch viel Luft nach oben. Darum ist die Antwort des Gemeinderats doch ziemlich enttäuschend. Wenn der Gemeinderat befürchtet, dass zu den morgendlichen Stosszeiten die Busse und Trams überfüllt sein werden, wenn die Kinder gratis fahren können, ist das erstens nicht so schlimm. Es geht ja darum, dass der ÖV gebraucht wird. Und wenn der Platz wirklich nicht ausreichen sollte, könnten die Schüler*innen-Abos zum Beispiel auch erst ab 1 Uhr am Nachmittag gültig sein, wenn die Jugendlichen ihren Hobbys nachgehen oder in die Stadt gehen und die Stadt entdecken wollen. Die Verantwortlichen von Bernmobil, die in der letzten Stadtratspause einen Aperó angeboten haben, haben übrigens gemeint, sie würden so eine Regelung begrüssen. Wenn es mehr Passagiere gebe, würden sie halt mehr fahren. Dafür sind sie ja da. Ich danke euch also dafür, wenn ihr das Postulat überweist, und hoffe, dass der Gemeinderat verschiedene Optionen prüft und aufzeigt, wie diese umsetzbar wären, damit das Libero-Abo für die Schulkinder wenigstens deutlich günstiger wird, als es jetzt ist.

Präsident: Vielen Dank, David. Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. – Als erstes erteile ich das Wort für die Fraktion GB/JA, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Die Idee hinter dem Postulat ist bestechend. Schüler*innen sollten den ÖV gratis nutzen können. Das hat mehrere Vorteile. Die Kinder werden unabhängig von ihren Eltern und müssen von ihnen nicht ständig mit dem Auto zu ihren Freizeitaktivitäten gebracht werden – was ja dann auch dazu führt, dass die Eltern ihr Auto weniger brauchen. Zudem merken die jungen Menschen, wie praktisch es ist, mit dem ÖV unterwegs zu sein. Und sie gewöhnen sich schon sehr früh daran, dass man eigentlich in dieser Stadt kein Auto braucht, weil man ja überall mit dem Tram und dem Bus hinkommt. Dadurch, dass der ÖV gratis ist, kann das Angebot von allen genutzt werden, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Familien. Für einige aus unserer Fraktion ist damit alles gesagt, und sie werden dem Postulat vorbehaltlos zustimmen. Bei der Diskussion in unserer Fraktion hat es aber auch ein paar kritischere Stimmen gegeben. Der ÖV ist zweifellos eine ökologische Mobilitätsform. Aber noch ökologischer ist es, wenn man zu Fuss oder mit dem Velo geht. Das braucht ausser Muskelkraft keine Energie und auch weniger Infrastruktur als der ÖV. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es körperlich oft eher zumutbar, mit dem Velo irgendwo hinzugehen, als z.B. einer alten Person; vorausgesetzt natürlich, dass es sichere Fuss- und Velowege gibt. In unserer Fraktion haben wir uns darum gefragt, ob die Abgabe von Gratis-ÖV-Tickets an Kinder und Jugendliche nicht dazu führt, dass diese weniger Velo fahren oder ihre Füsse benutzen und sie sich dann, wenn sie älter sind, eher für den ÖV als für das Velo entscheiden werden; etwas, was wir verhindern wollen. Und ich gehe jetzt davon aus, dass das auch nicht im Sinn der Postulanten wäre. Wir würden uns also wünschen, dass in diesem Postulatsbericht geprüft wird, wie solche ungewollten Verlagerungen vom Fuss- und Veloverkehr auf den ÖV verhindert werden könnten. Nicht ganz einig sind wir mit dem Argument des Gemeinderats, der sagt, dass der Gratis-ÖV für Schüler*innen zu einer Überlastung in der Morgen- und Abendspitze führen würde. Wir sehen das eigentlich eher nicht als ein Problem. Es sind ja vor allem Gymnasiast*innen oder auch Berufsschüler*innen, die am Morgen oder am Abend mit dem Bus oder mit dem Tram irgendwo hinfahren. Der Postulatstext spricht

aber von Unter-, Mittel- und Oberstufenschüler*innen und in meinem Verständnis hört –

Der Präsident bittet die Gäste auf der Tribüne um etwas Ruhe.

– die Oberstufe in der 9. Klasse auf. Und auf dieser Stufe geht man ja in der Regel noch in ein Schulhaus, das man zu Fuss erreichen kann. Daher wird es wahrscheinlich nicht zu einer Überlastung des ÖV führen. Wie der Text des Postulats zeigt, geht es ja vor allem um die Nutzung für den Freizeitverkehr. Und der findet ja eher dann statt, wenn nicht gerade alle Pendler*innen unterwegs sind. Trotz all dem, was ich oben ausgeführt habe, wird unsere ganze Fraktion dem Postulat zustimmen. Denn wir finden es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familie sich in der Stadt frei bewegen können. Das hat David vorher auch schon gesagt. Wir finden auch, dass man den Vorschlag, den der Gemeinderat macht, gezielt nur Familien zu fördern, die weniger finanzielle Mittel haben, aus unserer Sicht auch prüfen kann. Zudem erhoffen wir uns, wie wir eben gesagt haben, dass man in dem Postulatsbericht auch ein bisschen darauf eingeht, wie man den Kindern den ÖV näherbringen kann, ohne dass es dabei zu einer Verlagerung weg vom Velofahren und weg vom Zu-Fuss-Gehen kommt. Wir stimmen dem Postulat zu.

Präsident: Merci vielmals. Dann hat als nächste das Wort für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Die Forderung nach einem sogenannten Gratis-ÖV ist ja bekanntlich nicht neu, sondern immer wieder mal aufgetaucht, weil es offenbar ein verbreitetes Bedürfnis ist. Und so oft, wie es diskutiert wurde, so oft hat es aber auch die Gemüter erhitzt. Argumente dagegen gibt es viele. Und ich höre sie schon, wie sie wahrscheinlich vor allem von bürgerlicher Seite kommen – natürlich angefangen mit dem Klassiker, dass es viel zu teuer ist, denn mit gratis ist halt schon gemeint, dass die Stadt Bern die Kosten trägt. Weitere Gegenargumente, die ziemlich sicher kommen werden, ist, dass die Kosten alle tragen müssen, auch die, die nicht mit dem ÖV fahren. Und ja, das ist eine Diskussion, die man führen muss. Und man muss sich auch fragen, was noch zum Service public gehört und was nicht. Diese Frage haben wir uns ja auch schon bei Publibike gestellt. Dann kommt das Argument, dass dem ÖV ein Lenkungs-instrument verloren ginge und deswegen der ÖV zu den Hauptverkehrszeiten an die Belastungsgrenze stossen würde. Und natürlich auch jenes, dass die grosse Gefahr besteht, dass es vor allem zu einer Verlagerung des Langsamverkehrs auf den ÖV kommt, und nicht, wie gewünscht, vom MIV zum ÖV. Das sind auch alles absolut legitime Argumente. Aber trotzdem finden wir, dass das Anliegen prüfenswert ist, und werden dem Postulat mehrheitlich zustimmen. Es ist ja ein Postulat. Das heisst, man kann, wie auch schon ausgeführt wurde, verschiedene Möglichkeiten prüfen. Es muss ja nicht genau so sein, wie vorgeschlagen. Es gibt schon ganz viele verschiedene bestehende Modelle. Aber vielleicht gibt es für Bern ein noch besseres, ein eigenes. Vielleicht gibt es Möglichkeiten, wie durch bestimmte Tickettarife ein Umlenken des MIV auf den ÖV bewirkt werden kann, ohne dass die vorher genannten Gefahren bestehen – vielleicht auch nicht. Aber genau deswegen kann man es immerhin mal prüfen. Denn irgendwo muss man ja anfangen. Wenn wir bei allem sagen: Das ist zu teuer und bringt sowieso nichts, dann kommen wir einfach nicht weiter, vor allem wenn wir es nicht mal prüfen wollen. Fakt ist: Wir müssen es irgendwie schaffen, den MIV zu reduzieren und den ÖV zu stärken. Der Sektor Mobilität ist für 17% der direkten Emissionen auf dem Stadtgebiet verantwortlich. Und während der Anteil des Veloverkehrs am Gesamtverkehr stetig erhöht werden konnte, ist der Anteil des MIV mehr oder weniger stagniert. Um gleich

schon vorzugreifen auf das nächste Traktandum über die Energie- und Klimastrategie 2035: Dort ist zum Beispiel ein Ziel beim Handlungsfeld Mobilität, dass der MIV bis 2035 gegenüber 2021 um 17% reduziert werden soll. Und ob man das alleine mit Parkplatzreduktion schaffen kann, weiss ich nicht. Und ein anderes Ziel ist eine 18-prozentige Zunahme des ÖV. Und eine Massnahme dort ist, ich zitiere: "Einsatz der Stadt für sozial verträgliche Tarife sowie eine transparente Tarifstruktur auf dem städtischen Netz." Für mich klingt das eigentlich schon so, als würde es ein bisschen in diese Richtung gehen. Und deswegen möchte ich gerne dazu ermutigen, das Postulat doch zu nutzen, um nach kreativen Lösungen zu suchen. Vielleicht gibt es ja effektiv kreative Lösungen dafür. Und ich hoffe sehr, dass nachher im Prüfungsbericht nicht jene Antworten kommen, die ich jetzt in zwei Minuten gegoogelt habe. Sonst kann ich jetzt schon sagen, dass ich mit dem Prüfungsbericht nicht einverstanden sein werde; vorausgesetzt natürlich, dass das Postulat durchkommt. Und wir hoffen es so. Merci für das Zuhören.

Präsident: Merci dir. Dann hat als nächster das Wort für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Man hat schon mehrere Anläufe genommen, den ÖV zum Teil gratis zu machen in der Stadt Bern: Gratis für alle haben wir auch schon auf dem Tisch gehabt, nicht nur für die Kinder. Irgendwie ist es ein bisschen eine Salomitaktik. Jetzt probiert man mit den Kindern. Es ist vorhin gut gesagt worden: In der Stadt hat man kurze Distanzen, die Kinder können zu Fuss gehen, sie haben ein Velo. Vorhin haben wir gerade über den Velo-Unterricht debattiert. Da braucht es vielleicht keinen Velogarten mehr, wenn dann alle den Bus nehmen und nicht mehr Velo fahren. Da sind wir halt schon ein bisschen skeptisch. Und vor allem ist es auch nicht ganz gerecht. Man hat behinderte Leute. Man hat Leute, die es eigentlich auch nötig hätten, finanziell unterstützt zu werden – Behinderte, Pensionäre. Und ja – da muss man sich schon fragen: Ist das eine gerechte Verteilung, ein gerechter Verteilschlüssel, einfach die Kinder partizipieren zu lassen, damit sie gratis in der ganzen Stadt reisen können? Aus diesem Grund sagen wir: Wir lehnen das ab. Man sieht aber auch, dass zum Teil, gerade im Tarifverbund der Stadt Bern und der Agglomerationen, im letzten Jahr massiv höhere Tarife verlangt worden sind. Da muss man sagen: An irgendeinem Ort fehlt vielleicht das Geld trotzdem. Da lässt man die Kinder gratis fahren und auf der anderen Seite schlägt man dann wieder auf. Und dort bei diesen Tarifen kann ja die Stadt nicht alleine entscheiden. Da entscheidet man ja immer ein bisschen miteinander. Es gibt noch einen anderen ÖV als den städtischen. Darum sind wir sehr skeptisch und sagen, dass wir für alle gleich sind und dass man weiterhin einen Tarif für Kinder verlangen soll. Ob man das in einem reduzierten Rahmen machen möchte, darüber könnte man diskutieren. Besten Dank.

Präsident: Danke, Thomas. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion SP/JUSO, Mehmet Özdemir.

Mehmet Özdemir (SP) für die Fraktion: Ein gut ausgebauter und zugänglicher öffentlicher Verkehr ist aus unserer Sicht ein zentraler Bestandteil des Service public. Der öffentliche Verkehr spielt auch eine entscheidende Rolle in der Armutsbekämpfung, weil er Mobilität und den Zugang zu Dienstleistungen für alle ermöglicht, und nicht nur für die, denen es finanziell gut geht oder die keine gesundheitlichen Einschränkungen haben. Entsprechend sind wir klar dafür, dass der öffentliche Verkehr weiter gefördert

wird. Dazu braucht es gezielte Fördermassnahmen, wie eine in diesem Postulat drin ist. Neben der gesundheitsfördernden Wirkung der Schulwege ist es für die soziale Entwicklung der Kinder wichtig und deshalb natürlich schön, dass sie Schulwege haben. Das prägt die Kinder nachhaltig. Und es geht hier nicht darum, dass sie den ÖV für eine Schulwege nutzen können. Denn die Schulwege sind kurz, gut zu Fuss machbar und in der Regel nicht dort, wo der ÖV hinführt. Dafür ist unser ÖV-Netz zu stark auf den Bahnhof Bern ausgerichtet, aber das ist eine andere Diskussion. Es geht hier darum, dass die Kinder und Jugendlichen dank des niederschweligen Zugangs die vielfältigen Angebote der Stadt nutzen können; seien es Sportanlagen wie das Ka-We-De oder die Musikschule im Konsi. Für die Kinder aus der Innenstadt oder aus dem Altenberg ist das vielleicht zu Fuss machbar, mit einem Kontrabass am Rücken, aber mit dem Velo wird das ein bisschen schwierig. Ein anderes Beispiel für Freizeitaktivitäten: Ich weiss noch, dass ich als Kind gerne in die Bibliotheken in den Quartieren gegangen bin, also nicht nur in die im "Breitsch", sondern auch in die beim Zytgloggen oder auch jene in einem anderen Quartier, denn je nachdem waren bestimmte Bücher oder Comics halt nur in dieser Filiale verfügbar. Aber es geht hier nicht nur um Spiel und Spass. Ein weiteres Beispiel wäre auch die Schulzahnklinik. Die hat ja nur noch einen Standort und der ist im Westen der Stadt Bern. Wie es diverse schon gesagt haben: Für viele Menschen und besonders Familien ist der ÖV in dieser Stadt schlicht zu teuer. Und sie werden in ihrer Mobilität auf die Quartiere eingeschränkt. Natürlich ist es ökologisch am nachhaltigsten, wenn sich alle nur noch zu Fuss bewegen und alle Bedürfnisse und Wünsche im direkten Umfeld decken können. Aber wie vorhin gesagt, gibt es diverse legitime Gründe, weshalb Kinder und Jugendliche auch mal ausserhalb des Quartiers irgendwohin gelangen sollen. Für das Zusammenleben und die gesellschaftliche Durchmischung unserer Stadt ist es wichtig, dass wir die Leute nicht in ihren Quartieren isolieren. Wie schon erwähnt, hat der ÖV in dieser Stadt noch viel Luft nach oben. Auch wenn die Forderungen aus diesem Postulat nicht vollständig umgesetzt werden, sind wir als SP-Juso-Fraktion dem Gemeinderat dankbar, dass er mit gezielten Massnahmen den Zugang für Schulkinder erleichtern will. Entsprechend werden wir diesem Postulat zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci dir. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP lehnen das Postulat "Kostenloser ÖV für Schulkinder in der Stadt Bern" ab – und an die Adresse von Mirjam –, und zwar nicht, weil wir bürgerlich sind. Sogar der Verein oder der Verband für öffentlichen Verkehr findet das nicht unbedingt eine gute Idee. Mit Blick auf die klammen Finanzen kommt von unserer Seite ein grundsätzliches Nein. Ein Gratis-ÖV ist aber auch sonst nicht sinnvoll und zudem unsolidarisch. Die Kosten des ÖV werden heute von den Kunden nach dem Verursacherprinzip getragen, und von der Öffentlichkeit, also den Steuerzahlenden, teilsubventioniert. Mit einem zusätzlichen Gratisangebot wird die Last zu Ungunsten der Öffentlichkeit und der Steuerzahlenden verschoben. Zudem würde durch einen Gratis-ÖV gerade zu den Belastungsspitzen das Netz zusätzlich belastet oder eben überlastet. Es hätte also weitere Investitionen zur Folge oder eben auch weitere Kosten. Zu guter Letzt – das mag vielleicht nicht für die junge Zielgruppe zutreffen – mit dem Blick auf Wien, Tallinn oder Luxemburg führt eben ein Gratis-ÖV nicht grundsätzlich zu mehr Klimaschutz. Vielmehr steigen primär Leute vom Langsamverkehr auf den Gratis-ÖV um. Die Fraktion FDP lehnt darum das Postulat ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke. Dann für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Ich berichte kurz aus dem Real Life, und das auch an die Adresse von Thomas Glauser oder Oliver Berger, die davon sprechen, was Schulkinder können und was nicht. Lena und Sophie waren fünf oder sechs, als sie vom oberen Kirchenfeld ins untere Kirchenfeld in den Kindergarten gingen. Und je nach Wind und Wetter oder nach Alter ist mit dem Velo in die Schule gehen noch nicht möglich oder auch noch nicht erlaubt. ÖV ist etwas sehr Sicheres. Und es gibt tatsächlich Situationen; je nach Schulweg – und wir kennen die Schulraumsituation in der Stadt Bern – ist es eben nicht immer möglich, dass man bei Wind und Wetter zu Fuss oder mit dem Velo gehen kann. Je nach Wohnort oder auch je nach Familiensituation haben zum Teil Kinder auch zwei Wohnorte. Wir haben von der SP/Juso-Fraktion andere Beispiele gehört, wie zum Beispiel die Schulzahnklinik oder das Konsi. Es gibt viele Beispiele für Situationen, in denen die Kinder mit dem ÖV am sichersten und am schnellsten und am besten unterwegs sind. Somit sagt die Mitte Ja. Die Stossrichtung dieses Postulats ist absolut richtig. Die Machbarkeit ist tatsächlich aber auch eine Frage der Finanzen. Insofern ist der Weg, dass man sagt, statt kostenlos, eine Vergünstigung der Tickets, sicher richtig. Danke vielmals.

Präsident: Danke. Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Fraktionsvoten? – Gibt es Einzelvoten? – Dann hat für den Gemeinderat Matthias Aebischer das Wort.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ihr habt es schon gehört, Gratis-Abos für Kinder und Jugendliche oder Ermässigung sind in diesem Rat schon x-mal diskutiert worden. Der nächste Vorstoss will, dass alle Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 16 gratis den öffentlichen Verkehr brauchen dürfen. Das erachtet der Gemeinderat im Grundsatz als richtig, vor allem aus klimapolitischer und auch sozialpolitischer Optik. Wir prüfen das also gerne. Aber es gibt ein paar einschränkende Überlegungen, die wir machen. Wenn wir allen Kindern und Jugendlichen ein Gratis-Abo geben würden, wären in der Stosszeit am Morgen die Busse und die Trams noch voller, als sie heute schon sind. Und das ginge in die falsche Richtung. Und das betrifft nicht nur Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, die die Tram und die Busse brauchen. Die Kosten bei der Abgabe von Gratisabos ist der zweite Punkt. Für alle Kinder und Jugendlichen haben wir das, ihr konntet es lesen, auf mehrere Millionen berechnet. Konkret geht es um etwa 4 bis 5 Millionen Franken. Das ist ein hoher Betrag, auch in Anbetracht des aktuellen Finanzhaushalts unserer Stadt. Und drittens, im Sinne der Volksgesundheit, auch das habt ihr gehört, oder der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen, ist es halt schon das Beste, wenn sie an der frischen Luft sind, in die Schule laufen oder mit dem Velo in die Schule fahren. Wichtig ist aus Sicht des Gemeinderats, dass bei der Annahme nicht das Giesskannenprinzip eingesetzt wird, also nicht für alle etwas billiger gemacht wird, sondern es geht primär darum, sozialpolitisch zu fördern. Und dann gibt es noch etwas zu sagen, das ist ganz wichtig ist. Schon heute gibt es für die Kinder, für die ein Schulweg als unzumutbar taxiert wird, weil er zu lang oder zu stotzig oder wegen schlechtem Boden nicht gut zu Fuss zu machen ist, ein Abo der Stadt gratis. Ich weiss, das waren jetzt ein bisschen viele Aber. Aber ich habe am Anfang gesagt: Wir begrüssen das Postulat und würden die Sache gerne genauer anschauen. Vor allem würden wir das in Bezug auf die Einkommensverhältnisse der Eltern machen. Der Gemeinderat stimmt darum dem Postulat zu. Merci für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci dir. Wir stimmen somit ab über die Erheblichkeitserklärung dieses Postulats. Wer das erheblich erklären möchte, stimmt grün, und sonst rot.

Abstimmung Nr. 006

2024.SR.0170

Annahme

Ja	37
Nein	20
Enthalten	4

Bernhard Hess SVP hat irrtümlicherweise beim Platz von Janosch Weyermann SVP abgestimmt. Richtig wäre also: Hess Nein, Weyermann Abwesend

Präsident: Ihr habt das Postulat für erheblich erklärt.

2000.GR.000271

4 Energie- und Klimastrategie; Berichterstattung und neue Strategie

Präsident: Wir kommen zur Energie- und Klimastrategie. Es ist eine Berichterstattung zu dieser neuen Strategie. Ich erlaube mir hier einleitend die Bemerkung, dass solch eine Strategie ein abschliessendes Arbeitsinstrument des Gemeinderates ist. Wir als Parlament nehmen diese lediglich zur Kenntnis. Wir haben keine Möglichkeiten, diese Strategie inhaltlich zu verändern. Das hat zur Folge, dass sämtliche vorliegenden Anträge zwar so entgegengenommen werden mussten, sie aber den Charakter von Planungserklärungen haben. Sie sind in der Umsetzung für den Gemeinderat nicht bindend. Bevor ich Lukas Wegmüller für die Kommission das Wort erteile, weise ich noch darauf hin, dass es eine Tischvorlage hat. Auf dieser Tischvorlage steht bereits, Antrag 2 RWSU-Minderheit und Antrag 20 Fraktion SP-Juso seien zurückgezogen. Neu gilt der Antrag gemäss Tischvorlage. Wir werden somit, sobald wir bei der Abstimmung sind, die Antragsliste durchgehen und zum Schluss noch über die Tischvorlage abstimmen. Jetzt habe ich genug gesprochen, und erteile für die RWSU das Wort Lukas Wegmüller.

Antrag 2 zurückgezogen

Planungserklärung RWSU-Minderheit

Die Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsaktivitäten erfolgt massgeblich durch wirtschaftliche Akteure und deren Angebot. Die Business Modelle der Wirtschaft bzw. der KMU stehen dafür im Fokus. Die Unternehmen sind mit Förderangeboten (Networking, Business Transformation Support, Aufbau von Clustern mit best practices, Vernetzungen etc.) in Zusammenarbeit mit bereits engagierten Akteuren (be-advanced, Hochschulen, Standortförderung Kanton, HIV etc.) für den Umbau der Businessmodelle in allen relevanten Branchen in Partnerschaft mit der Wirtschaft zu unterstützen. Bereits bestehende Aktivitäten wie z.B. die Allianz Kreislaufwirtschaft, in denen die Stadt aktiv ist, sind zu verstärken.

Antrag 20 zurückgezogen

Planungserklärung SP/JUSO

Die Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsaktivitäten erfolgt massgeblich durch wirtschaftliche Akteure und deren Angebot. Die Business Modelle der Wirtschaft bzw. der KMU stehen dafür im Fokus. Die Unternehmen sind mit Förderangeboten (Networking, Business Transformation Support, Aufbau von Clustern mit best practices, Vernetzungen etc.) in Zusammenarbeit mit bereits engagierten Akteuren (be-advanced, Hochschulen, Standortförderung Kanton, HIV etc.) für den Umbau der Businessmodelle in allen relevanten Branchen in Partnerschaft mit der Wirtschaft zu unterstützen. Bereits bestehende Aktivitäten wie z.B. die Allianz Kreislaufwirtschaft, in denen die Stadt aktiv ist, sind zu verstärken.

Lukas Wegmüller (SP) für die Kommission: In der RWSU haben wir die Energie- und Klimastrategie relativ ausführlich – ich sage dann auch noch mehr dazu – besprochen. Und keine Angst: Ich werde euch die paar hundert Seiten nicht vorlesen. Wenn wir in diesen dystopisch-turbulenten Tagen in die Welt schauen, dann wird klar, dass wir eine sichere, erneuerbare Energieversorgung brauchen. In der Schweiz, aber eben auch in der Stadt Bern; jetzt noch viel mehr, weil Europa und die Schweiz unter Druck von Autokraten stehen, die sich dank Gas und Öl an der Macht halten können. Wir müssen unsere energetische Souveränität und damit die erneuerbaren Energien dringend weiter ausbauen und unsere Abhängigkeit von fossilen Energien minimieren. Und, auch wenn er aktuell medial ziemlich untergeht, der Klimawandel ist nicht weg. Er nimmt weiterhin Fahrt auf und ist eine zunehmende Bedrohung für die Menschheit – nicht nur für uns in Europa und in der Schweiz, sondern für alle Menschen. Und dieser Herausforderung wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten gerecht werden. Zuallererst bedanke ich mich im Namen der RWSU bei allen involvierten Personen, die von Seiten der Verwaltung an dieser ausführlichen und in unseren Augen guten Strategie gearbeitet haben. Die vorliegende Energie- und Klimastrategie 2035 ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil gibt einen grundsätzlichen Überblick. Der zweite Teil geht auf konkrete Massnahmen ein, die umgesetzt werden müssen, um die energie- und klimapolitischen Ziele zu erreichen. Die Massnahmen sind thematisch nach Handlungsfeldern geordnet und in einem separaten Massnahmenblatt ausführlich beschrieben. Es gibt konkrete Umsetzungsschritte, Synergien und Ziele und sie dienen der Verwaltung als Umsetzungsstrategie für die nächsten zehn Jahre. Der dritte Teil ist für die besonders Interessierten. Es geht um die technische Dokumentation und er dient als Nachschlagewerk. Die Energie- und Klimastrategie definiert umfassende und wirksame Massnahmen, damit die Stadt das Klimareglement erreichen kann. Dafür müssen wir die Massnahmen konsequent umsetzen. Mit der Umsetzung der Energie- und Klimastrategie 2035 erheben wir in der Stadt Bern den Anspruch, Lebensqualität für uns, aber insbesondere auch für zukünftige Generationen zu schaffen und vor allem auch zu erhalten. Gemeinsam als Stadt nehmen wir dank lokalen Lösungen Einfluss auf die globale Klimakrise. Die Strategie ist eines der zentralen Geschäfte der Stadt Bern für die nächsten Jahre, und ich hoffe, dass wir das Geschäft nach der Kommission auch hier im Stadtrat mit einer satten Mehrheit positiv zur Kenntnis nehmen werden. Die Strategie ist seit November 2024 öffentlich, wir haben uns in der Kommission Zeit gelassen. Wir haben versucht, die richtige Flughöhe zu finden und wir haben zuerst den Controlling-Bericht 2023 im November 2024 diskutiert. Und dann haben wir Anfang Jahr zwei Lesungen zur Energie- und Klimastrategie 2035 gemacht. Die Strategie ist gut gemacht, sie ist politisch für uns zentral und macht in der aktuellen Version Sinn. Die Kommission ist grossmehrheitlich zufrieden und findet es eine gute Strategie. Sie ist umfassend. Die wichtigsten Punkte sind abgedeckt und klar nachvollziehbar. Trotzdem hat es etwa 50 Pla-

nungserklärungen gegeben. Wir haben ein paar davon angenommen und ein paar liegen als RWSU-Minderheitsanträge vor. Ich bin sicher, ihr werdet von meinen Nachredner*innen noch Details dazu hören. Es geht vor allem darum, dass man in der Stadt Bern die Solarenergie ausbaut und fördert. Energetische Sanierungen sollten gepusht werden und insbesondere – Ich greife Chandru nun etwas vor – könnte die Kreislaufwirtschaft noch etwas konkreter aufgeführt werden. Der Präsident hat es vorher schon gesagt: Antrag 2 ist zurückgezogen. Es liegt eine Tischvorlage vor. Ich entschuldige mich, dass das alles jetzt relativ knapp ist. Wie bereits erwähnt, bedanke ich mich bei allen involvierten Personen von Seiten der Verwaltung und bei meinen Kolleginnen und Kollegen der RWSU für die spannenden Diskussionen. Ich empfehle euch, die Strategie positiv zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Präsident: Merci, Lukas. Dann könnt ihr euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Wir starten mit einem geteilten Fraktionsvotum der Fraktion SVP. Für den ersten Teil des Fraktionsvotums startet Ueli Jeisli für die SVP. – Lass bitte Alex Feuz noch genug Zeit.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Wir von der SVP sind auch für den Klimaschutz. Wir stehen dazu, helfen mit, so gut es geht und so weit wir einverstanden sind. Aber jetzt kurz zu diesem Bericht: Aus unserer Sicht übersteigt er klar die Verhältnismässigkeit, übersteigt die Machbarkeit aus materieller wie aber auch aus finanzieller Sicht. Es hat auch gute Ansätze drin, aber vieles ist Wunschdenken. Aus unserer Sicht ist das Ganze überladen mit Forderungen, Massnahmen, Empfehlungen. Das kann gar nicht alles umgesetzt werden. Da wäre weniger mehr. Aus unserer Sicht, jetzt ganz kurz zusammengefasst, ist das Ganze, wie es so daherkommt, mehr eine gesellschaftliche Regulierung als eine Klimaregulierung. Und dient, wenn man alles umsetzen und den ganzen Aufwand berechnen würde, schlussendlich dem Klima recht wenig. Wir werden den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Danke, Ueli. Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums erteile ich das Wort Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Vielen Dank für die Zusammenfassung der Situation. Die Papiere sind hervorragend. Wir haben sie studiert. Sie sind schön. Es hat auch gute Ansätze. Aber die Sache nehmen wir ganz klar negativ zur Kenntnis. Ich kann genau sagen, wieso. Es geht vor allem um den Umbau der Gesellschaft. Man will jetzt vor allem hier ansetzen. Und entscheidend ist – wir äussern uns dazu auch noch als Einzelsprecher –, dass Rot-Grün eigentlich alles zerstört hat, das die Basis gewesen wäre, die grünen Lungen. Das Viererfeld wird überbaut, für die Ostermundigen-Tramlinie werden Baumalleen zerstört. Ihr zerstört unsere Ressourcen. Und beim Tierpark wollt ihr den Streichelzoo aufheben und ein Verwaltungsgebäude machen. Das sind die völlig falschen Ansätze dieser rot-grünen Stadt. Wir sind auch für Nachhaltigkeit. Wir haben drei Anträge eingereicht. Das sind auf der Liste Nummer 12, 13 und 14. Das bestehende Gasleitungsnetz darf nicht zurückgebaut werden. Es ist weiter zu nutzen und zu betreiben, sodass ausser Biogas gegebenenfalls synthetische Gase und Wasserstoff genutzt werden können. Biogas gehört zu den CO₂-neutralen Brennstoffen. Es ist doch heller Wahnsinn, dass die das Gasnetz zurückbauen wollen, und vor zwei Jahren haben EWB und die Gemeinde Bern allen empfohlen, Gasheizungen zu installieren. Und wenn man diesen Ausstieg macht – das ist die Erklärung 13, da bitte ich

auch die Presse darauf hinzuweisen –, dann verlangen wir, dass man entschädigt wird, wenn die Sache die Lebensdauer noch nicht erreicht hat. Die Gemeinde und EWB oder wer auch immer soll das vergüten. Genau das Gleiche haben wir auch bei den Gasheizungen und bei den fossilen Brennstoffen. Es ist für uns ganz klar, dass das ein enteignungsrechtlicher Tatbestand ist. Ich bin ohnehin der Meinung, dass das gemäss den Bestimmungen der kantonalen Verfassung und der eidgenössischen Verfassung, Stichwort Eigentumsgarantie, nicht zulässig ist. Aber wenn ihr das schon macht, dann müsst ihr die Eigentümer entschädigen. Es kann ja nicht sein, dass auf deren Buckel Energiesparmassnahmen und Klimaschutzmassnahmen gemacht werden. Und, wir haben es auch schon gesagt und ich komme als Einzelsprecher noch darauf: Grossartig reist der Ex-Stadtpräsident in der ganzen Welt herum. Ihr habt gehört, wie viele Entrecôtes aus dem Simmental à 200 Gramm man für einen New York-Flug haben kann. Das wäre eben die Vorbildfunktion. Wenn man das anschaut, muss man dort ansetzen. Wir werden später im Rahmen der Einzelvoten noch zu dem Thema Mobilität und insbesondere auch Natur und Hauseigentümer – welche Massnahmen wir haben – sprechen. Auch die Massnahmen, die da verlangt werden, die gehen uns teilweise ganz klar zu weit. Die Anträge des Grünen Bündnisses wollen schon viel früher aus dem Gas aussteigen. Wenn dieser Antrag durchkommt, verlangen wir eine dementsprechend höhere Entschädigung für die Eigentümer. Wenn nämlich die Gasheizungen erst zwei Jahre in Betrieb sind, dann sollen sie wieder herausgerissen werden. Dann ist das eine Wertevernichtung, die auch Leute, vielleicht auch ältere Eigentümer, die keine Hypothek mehr bekommen, sozial benachteiligt. Und dann ist die ganze Klimastrategie kontraproduktiv, wirkt sich negativ für die Leute aus. Ihr macht nicht etwas für die Leute. Ihr macht etwas für die Funktionäre. Ihr macht etwas für die Leute gewisser Organisationen – und für gewisse Wirtschaftsleute, die zwei- oder dreimal eine Heizung verkaufen können. Das ist nicht Klimaschutz. Das ist Gesellschaftsumbau und Schikane. Darum nehmen wir das negativ zur Kenntnis.

Präsident: Merci, Alex. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion SP/Juso, Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Die vorliegende Energie- und Klimastrategie (EKS) 2035 ist eines der bedeutendsten Dokumente, die wir in dieser Legislatur verabschieden. Sie legt die Grundpfeiler der städtischen Klimapolitik für die nächsten zehn Jahre fest. Sie entscheidet, wie Bern die Energie- und die Wärmeversorgung mit Erneuerbaren sicherstellt, den Klimaschutz vorwärtstreibt und wie sich die Stadt auf die Klimakrise vorbereitet. Es geht darum, ob wir als Stadt unser Netto-Null-Ziel bis spätestens 2045 erreichen und so für uns und die kommenden Generationen eine lebenswerte Stadt hinterlassen. Zuerst danken wir von der SP-Juso-Fraktion der Verwaltung und allen Beteiligten für die grosse Arbeit, die in diese Strategie geflossen ist. Es ist ein komplexes Thema und es ist in der Strategie verständlich und handlungsleitend gestaltet worden. Die entscheidende Frage ist aber, ob die Strategie konsequent umgesetzt wird. Der Controllingbericht zur EKS 2025 zeigt, Bern ist auf Kurs, aber eben nicht überall. Seit dem Referenzjahr 2019 sind die Emissionen um 19% zurückgegangen, trotz der wachsenden Bevölkerung. Der CO₂-Ausstoss pro Kopf liegt 2023 bei 3,56 Tonnen. Das Zwischenziel des Absenkpfeils ist damit erreicht – zweifelslos ein Erfolg. Trotzdem lohnt sich ein genauer Blick in den Controllingbericht und wie die verpassten Ziele dort auch in die Klimastrategie eingeflossen sind. Von den acht Zielen der Stadtverwaltung zum Beispiel sind nur vier erreicht und auf dem ganzen Stadtgebiet haben wir vier der zehn gesetzten Ziele nicht erfüllt. Klar, es geht hier nicht darum, wie

viele Ziele man auf dem Papier abhaken kann, sondern wie viele Tonnen CO₂ schlussendlich eingespart worden sind. Aber das Ziel 100% erneuerbarer Strombezug in der Verwaltung ist zum Beispiel nicht erreicht worden. Das bedauern wir. Und auf das gesamte Stadtgebiet gesehen, haben wir weitere Ziele auch nicht erreicht. Der Anteil der Erneuerbaren an der Wärmeversorgung liegt bei 32 statt 40 Prozent und beim Anteil der Erneuerbaren an der Stromproduktion ist das Ziel auch verpasst worden. Das macht uns Sorgen, denn diese Zahl liegt tiefer als 2013. Wir müssen davon ausgehen, dass wir dieses Ziel auch 2025 nicht erreichen werden. Die Gründe für die Verspätung bei der Energie- und Wärmewende sind bekannt. Mosaikartige Eigentumsverhältnisse übergeordnetes Recht und Unsicherheiten bei der Vergütung. Aber genau darum braucht es aus unserer Sicht eine aktive Rolle der Stadt, umso mehr, als die nächsten zehn Jahre entscheidend sind, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Jede Tonne CO₂, die wir jetzt nicht einsparen, wird mit jedem Jahr teurer und aufwendiger zum Zurückhalten. Die Zielverfehlung zeigt, dass beim Gemeinderat die Entschlossenheit beim Ausbau der Erneuerbaren in der letzten Legislatur nicht gereicht hat. Wieso bringt der Gemeinderat z.B. die grossen Immobilienbesitzer*innen wie Bund, Kanton, Pensionskassen, Burgergemeinde nicht zusammen mit der EWB an den Tisch, um den Ausbau von Solar- und fossilfreier Wärmeherzeugung voranzutreiben? Mit den lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) und den virtuellen Zusammenschlüssen für den Eigenverbrauch (VZEV) gibt es neues Potenzial, das die Stadt nutzen muss. Genau da braucht es eben auch den Koordinationsaufwand der Stadt. Antrag 7 geht aus unserer Sicht in diese Richtung, und den unterstützen wir darum auch. Und noch ein Wort zum Gasausstieg. Die Frist zum Ausstieg aus dem fossilen Gas ist implizit im Klimareglement festgehalten. Angestrebt wird Netto-Null 2035, bis spätestens 2045 soll das auch erreicht sein. Die SP-Juso-Fraktion unterstützt ein möglichst frühzeitiges Ablösen des Gases. Die Stadt erreicht das mit konkreten Massnahmen zum Ausbau der Erneuerbaren. Aus unserer Sicht ist die Klimastrategie aber nicht der richtige Ort, um eine Jahreszahl für einen Ausstieg festzulegen. Das Reglement gibt das Ziel vor und die Strategie ist für die Umsetzung verantwortlich. Eine Verschärfung, die weitergeht, als im Klimareglement festgelegt, wäre nicht wirklich verbindlich, so gut es auch gemeint ist. Eine einseitige Verschärfung in der Strategie würde ausserdem den Handlungsspielraum unnötigerweise einengen. Darum lehnen wir die Anträge auf Verschärfung des Gasausstiegs auch ab. Trotzdem sehen wir auch kritische Punkte, was die Vorgehensweise beim Gasausstieg betrifft. Die Stadt muss nämlich aus dem Prozessgas der privaten Heizungen wegkommen und das Gas- und Dampfkombikraftwerk ersetzen. Und in der EKS fehlt bisher ein konkreter Plan, wie das wirklich vollzogen werden soll. Die Strategie nennt erneuerbares Gas und Solarstrom als Hauptquelle für den Ersatz des fossilen Gases. Das ist grundsätzlich gut, aber wie hoch ist denn der heutige Gasverbrauch wirklich? Wie viel erneuerbares Gas wird realistisch zur Verfügung stehen? Wie viele zusätzliche Solaranlagen braucht es, um diesen Energiebedarf zu decken? Da setzen wir noch ein Fragezeichen und erwarten darum auch, dass die Frage in der Zielnetzplanung, die ja noch kommen soll, beantwortet wird. So viel zu der kritischen Würdigung der Strategie. Es gäbe noch viel mehr zu sagen, die Zeit ist aber kurz. Wir von der SP/JUSO-Fraktion glauben, dass die EKS 2035 eine gute Grundlage für die nächsten zehn Jahre bietet, und werden sie darum auch positiv zur Kenntnis nehmen. Noch ein Wort zu dem Antrag: Den Antrag 20 ziehen wir zugunsten der Tischvorlage zurück. Antrag 1 werden wir wie erwähnt annehmen. Und auch die Tischvorlage, logischerweise zusammen mit dem Antrag 19 gedacht, verdient Zustimmung. Ich möchte noch anmerken, dass der Teil zur Kreislaufwirtschaft in der EKS noch ausbaufähig

wäre. Das Ziel des Antrags zur Tischvorlage wäre, die Strukturen der Kreislaufwirtschaft in Unternehmen zu implementieren. Und hier braucht es nach Möglichkeiten Starthilfe von Seiten der Stadt. Die Anträge 3 und 4 zur Förderung von PV (Photovoltaik) unterstützen wir. Antrag 5 hingegen lehnen wir ab. Wir teilen zwar die Ansicht, dass die Umsetzung effizient sein soll, aber der Antrag ist so formuliert, dass er den Gemeinderat zu stark in seinen Handlungsspielraum einschränkt. Wir stimmen dem Antrag 6 zum nachhaltigen Finanzmanagement zu. Diese Zielsetzung war auch schon in der letzten Strategie drin und soll auch beibehalten werden. Antrag 8 stimmen wir ebenfalls zu. Antrag 9 bis 11 lehnen wir aus den vorher genannten Gründen zum Gasausstieg ab. Die SVP-Anträge lehnen wir natürlich ab. Sie widersprechen diametral dem Klimareglement. Antrag 15 lehnen wir ebenfalls ab. Die Reduktion von Parkplätzen im öffentlichen Raum ist ein wichtiges Anliegen und das teilen wir. Die Formulierung soll wie vom Gemeinderat vorgeschlagen beibehalten werden. Eine Angabe zur Menge der eingesparten Parkplätze müsste man über eine Anpassung der Parkkartenverordnung verfolgen. Antrag 16 lehnen wir ab, weil die Forderung schon in der Strategie drin ist. Antrag 17 empfehlen wir auch zur Ablehnung. Recycling-Beton hat sicher seine Schwächen, aber es handelt sich um ein wichtiges Element der Kreislaufwirtschaft. Recycling ist ein zielführendes Konzept und soll in der EKS beibehalten werden. In den einzelnen Projekten soll möglichst geprüft werden, ob es sinnvoll ist, Recycling-Beton einzusetzen. Antrag 18 stimmen wir zu. Der Einsatz von Stahlbeton soll gezielt minimiert werden, um die grauen Emissionen zu reduzieren. Soviel von unserer Seite. Vielen Dank.

Präsident: Merci, Chandru. Dann hat als nächste das Wort für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte steht für den Mittelweg. Man kann es auch genauer formulieren, und zwar für eine ökosoziale Marktwirtschaft. Aus unserer Sicht muss eine Energie- und Klimastrategie sowohl den Klimaschutz unterstützen, darf gleichzeitig aber nicht die Versorgungssicherheit gefährden – und das Ganze zu einem vertretbaren Preis. Ich sage "vertretbaren Preis", weil uns sehr bewusst ist, dass es das nicht gratis gibt. Eine Energiestrategie muss effektiv, wirtschaftsfreundlich, aber auch sozial verantwortlich sein. Das ist gemeint mit dem Begriff ökosoziale Marktwirtschaft. Wir grenzen uns ab, indem wir Lösungen suchen, die ermöglichen statt vorschreiben und verbieten. Wir wollen unseren Klimaschutz und unsere Energieversorgung aber auch nicht einfach einem freien Markt überlassen. Aus diesem Grund unterstützen wir von der Mitte-Fraktion die Energie- und Klimastrategie im Grundsatz. Zu den Anträgen: Die, die zu extrem sind oder aus unserer Sicht schon abgedeckt sind, werden wir ablehnen. Wir werden aber die Anträge der Kommission Nr. 1, 4, 5, 7 und 18 annehmen und haben zur Tischvorlage Stimmfreigabe beschlossen. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion GB/JA, Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Seit Januar ist klar, dass 2024 das bisherige Rekordjahr schon wieder übertroffen hat. 2024 war nämlich nicht nur das heisseste Jahr seit Messbeginn, sondern auch das heisseste Jahr seit dem Ende der vorletzten Eiszeit. Mit einer globalen Durchschnittstemperatur von 1,6 Grad über dem vorindustriellen Niveau, haben wir im letzten Jahr zum ersten Mal die 1,5 Grad-Marke geknackt, auf die sich das Pariser Klimaabkommen bezieht. Mit einem aktuellen Klimamittel, das jetzt

schon fast 3 Grad über dem vorindustriellen Durchschnitt liegt, erhitzt sich die Schweiz sogar noch stärker, nämlich rund doppelt so stark wie der globale Durchschnitt. Was das für Folgen hat, haben wir zum Beispiel im letzten Sommer hautnah miterleben können. Bevor die Stimmbevölkerung im Herbst den klimapolitischen Irrsinn des Autobahnausbaus versenken konnte, wurde ein Teil der A13 im Misox von einem Hangrutsch, ausgelöst durch starke Niederschläge, wortwörtlich weggespült. Ganze Dörfer mussten evakuiert werden wegen Murgängen, Überschwemmungen oder drohenden Feldstürzen als Folge des auftauenden Permafrosts. Die Klimakrise passiert jetzt und direkt vor unserer Haustür. Und weil man hier drin immer wieder gern und ausführlich über Geld streitet und von gewissen Seiten jeweils mit grosser Empörung vor dem Schuldenmachen gewarnt wird, erlaube ich mir an dieser Stelle noch einen kleinen Exkurs. Denn die Klimakrise führt schon jetzt zu extremen Folgekosten für private Unternehmen und das Gemeinwesen. Das Bundesamt für Umwelt rechnet allein für durch die Klimaerhitzung verursachte Schäden an der Infrastruktur mit Kosten von einer Milliarde Franken pro Jahr. Oder um es mit den Worten von Reto Knutti zu sagen: Jede weitere Tonne CO₂, die in den nächsten Jahrzehnten ausgestossen wird, ist ein unbekanntes Risiko und eine finanzielle Belastung für die nächste Generation. Das heisst umgekehrt, je schneller und konsequenter wir also Klimaschutz und Klimaanpassungsmassnahmen umsetzen, desto kleiner werden die Klimaschulden, die wir uns selber aufbürden und an unsere Kinder überwälzen. Ja, Klimaschutz, der letztlich nichts anderes ist als Menschenschutz, braucht Investitionen. Aber nichts tun können wir uns nicht leisten. Die Zeit drängt also, aber es ist noch nicht zu spät, das Ruder herumzureissen. Damit das aber gelingt, müssen wir jetzt schnell, entschlossen und konsequent handeln. Die Energie- und Klimastrategie als Umsetzung des Klimareglements und des Richtplans Energie 2035 ist zwar grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, aber wie wir von der GB/JA-Fraktion schon von Anfang an immer wieder betont haben, unzureichend und zu langsam. Wenn die Stadt wirklich eine Vorreiterrolle übernehmen will, müssen die Massnahmen in der Energie- und Klimastrategie verschärft und mit mehr Tempo umgesetzt werden, mit dem Ziel, möglichst schnell Netto-Null zu erreichen. In diesem Sinne unterstützt die GB/JA-Fraktion alle Anträge, die eine Verschärfung und oder eine Beschleunigung der geplanten Massnahmen fordern; also konkret alle Kommissionsanträge, mit Ausnahme der Minderheitsanträge zur Kreislaufwirtschaft und zur Umsetzung ohne zusätzliche Bürokratie. Die Anträge zur Förderung von Public-Private Partnerships (PPP) und Förderangebote für Unternehmen wird die Fraktion GB/JA ebenfalls ablehnen, weil wir die Wirkung dieser Massnahmen als zu vage erachten und Privatisierungstendenzen, die PPPs mit sich bringen, grundsätzlich ablehnen. Einer der grössten Hebel hingegen, den die Stadt Bern selber in der Hand hat, liegt in der Dekarbonisierung der Energieversorgung. Darum fordern unsere Anträge den schrittweisen Gasausstieg bis 2035 und die Dekarbonisierung der Energiezentrale Forsthaus bis 2030. Denn aktuell fällt die Mehrheit der Emissionen im Wärmesektor an und beträgt fast zwei Tonnen CO₂-Äquivalente pro Kopf. Bei knapp 150'000 Einwohnern macht das pro Jahr rund 300'000 Tonnen CO₂-Äquivalente insgesamt. Wenn die Stadt Netto-Null bis 2045 erreichen will, was aus unserer Sicht sowieso schon zu spät ist, muss der Gasausstieg zwingend vorher umgesetzt sein. Obwohl sich inzwischen endlich auch der Gemeinderat zum Gasausstieg bekannt hat, fehlt aber weiterhin ein klarer Plan, wie der genau für jedes Quartier und jedes Haus mit klaren zeitlichen Angaben umgesetzt werden soll. Ohne das sind Massnahmen nichts anderes als blosser Absichtserklärungen. Vor allem braucht es auch klare Etappenziele, die man laufend überprüfen kann und damit sofort reagieren kann, wenn sich abzeichnet, dass die Stadt nicht auf Kurs ist. An dieser Stelle und mit Blick auf die Anträge der SVP muss man auch noch einmal

klar betonen, dass Biogas keine Alternative für Erdgas ist und nie sein wird. Aus dem ganz einfachen Grund, dass Biogas auch in Zukunft bei weitem nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen wird, um das fossile Gas zu ersetzen: nicht in Europa und schon gerne nicht in der Schweiz; ausser, man fängt an, wie das teilweise in der EU und der USA schon passiert, Lebensmittel extra für die Biogasproduktion zu produzieren. Aber das ist natürlich ein klimapolitischer Irrsinn sondergleichen. Aus diesem Grund muss in der Energie- und Klimastrategie auch besser aufgezeigt werden, wie es Chandru schon gesagt hat, wie die Versorgung in jenen Stadtgebieten gewährleistet werden kann, wo ein Anschluss an das Fernwärmenetz nicht möglich ist. Neben dem raschen Gasausstieg ist es auch zentral, dass wir beim Solarausbau an Tempo zulegen können. Denn aktuell werden auf Stadtgebiete erst rund 5% des Solarpotenzials genutzt. Und damit zählt die Stadt Bern auch im Vergleich mit anderen grossen Schweizer Städten zu den Schlusslichtern. Mit der Annahme der Berner Solarinitiative am 9. Februar hat die Stimmbevölkerung der Stadt Bern einen klaren Auftrag gegeben, dass die Stadt den Spielraum maximal ausnutzen sollte, um den Solarzubau zu beschleunigen. Aufgrund des grossen Potenzials von Dächern und Fassaden, die im Moment noch brach liegen, ist aber auch klar für die GB/JA-Fraktion, dass zuerst diese Flächen ausgenutzt werden, bevor wir Freiflächenanlagen bauen. Aus unserer Sicht wird der Massnahmenkatalog der Energie- und Klimastrategie der Dringlichkeit der Klimakrise nicht gerecht. Darum hoffen wir, dass der Stadtrat heute Abend den Mut hat, mit den Planungserklärungen hier noch nachzubessern. Denn jede weitere Tonne CO₂, die in den nächsten Jahrzehnten ausgestossen wird, ist ein unbekanntes Risiko und eine finanzielle Belastung für die nächste Generation. Vielen Dank.

Präsident: Merci dir. Dann hat als nächste das Wort für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Wir alle kennen die Aussage, dass es punkto Klimakrise 5 vor 12 ist. Doch anstatt es zu wiederholen, möchte ich betonen, worum es wirklich geht. Es geht nicht um Verzicht. Der eigentliche Verzicht wäre, nichts zu machen und die Klimakrise weiter zu eskalieren. Die grössten Einschränkungen drohen uns nicht durch klimafreundliche Massnahmen, sondern durch die Folgen von Untätigkeit. Das hat meine Vorrednerin sehr eindrücklich dargelegt. Wir haben vor zwei Jahren mit dem Klimareglement die Grundlage dafür geschaffen und damit einen verbindlichen Absenkpfad. Es sind tatsächlich schon erste Ziele erreicht worden und eine gewisse Reduktion der Emissionen hat schon stattgefunden. Deswegen darf man sich aber sicher nicht zurücklehnen, sondern muss im Gegenteil weitermachen, damit auch wirklich die Reduktion von 1 Tonne pro Kopf erreicht wird. Die Energie- und Klimastrategie 2035 ist der Wegweiser für die nächsten zehn Jahre. Und nehmen wir es schon mal vorweg, GFL wird die Energie- und Klimastrategie 2035 positiv zur Kenntnis nehmen. Wir finden, sie ist alles in allem gut gelungen. Wir begrüssen sehr, dass alle wichtigen Akteur*innen einbezogen wurden und die Massnahmen auch mit der Wissenschaft gespiegelt wurden, zum Beispiel auch mit Transformationswissenschaftler*innen und Genderwissenschaftler*innen; ein Anliegen, das wir früher eingebracht haben und das jetzt berücksichtigt wurde. Wir begrüssen es auch sehr, dass neu die graue Energie, die Kreislaufwirtschaft und Klimapassungsmassnahmen mitgedacht und in der Strategie verankert worden sind. Auch das sind Forderungen, die immer wieder vom Parlament eingebracht wurden und es ist schön zu sehen, dass das jetzt so umgesetzt wurde. Ich gehe nicht auf jedes Handlungsfeld detailliert ein. Das würde den Rahmen hier sprengen und zeigt eigentlich auch nochmal, wie viel daran gearbeitet wurde. Ein paar möchte ich aber

dennoch kurz anschneiden. Beim Handlungsfeld "Energieversorgung und Gebäude", das einen direkten Einfluss auf die Absenkpfade hat, finden wir es richtig und wichtig, dass die Anstrengungen für alle erneuerbaren Energien getätigt werden. Deswegen finden wir auch die Ergänzung aus der Kommission mit den verschiedenen Planungserklärungen zur Förderung von Solarenergie gut. Die Stadt ist dort noch absolut nicht weit. Wir haben es vorhin schon gehört. Aber das ist nicht unbedingt selbst verschuldet, sondern hängt vor allem mit unserem bürgerlichen Kanton zusammen. Das hat die Abstimmung von Anfang Februar zur Berner Solar-Initiative wieder einmal gezeigt, bei der nur der absolut zahnlose Gegenvorschlag angenommen wurde. Aber die Stadt Bern hat die Initiative mit 60% angenommen. Was aber am frustrierendsten ist, ist, dass die Stadt Bern nicht selber über die kantonalen Vorgaben hinausgehen darf. Es wäre ja viel sinnvoller, wenn der Kanton einfach das Minimum festlegen würde und die Gemeinden dann selber entscheiden könnten, wie weit sie darüberhinausgehen wollen. Das ist aber leider nicht der Fall. Aber wir hoffen respektive sind optimistisch, dass mit der EKS und mit den Ergänzungen aus der Kommission das Maximum herausgeholt werden kann und wir dort noch etwas vorwärts machen können. Und auch beim zweiten Handlungsfeld, das einen direkten Einfluss auf den Absenkpfad hat, der Mobilität, finden wir Massnahmen wie beispielsweise den MIV zu reduzieren, richtig und wichtig. Es ist auch schon einiges erreicht worden, zum Beispiel konnte der Anteil des Veloverkehrs am Gesamtverkehr erhöht werden. Es stellt sich aber immer die Frage, wie filigran das überhaupt sein kann. Da ist es wahrscheinlich zentral, dass man bei den Sachgeschäften darauf schaut, dass man sich an die Ziele halten kann. Und hier finden wir auch die Planungserklärung der RWSU-Minderheit wichtig, die Parkplätze um die Hälfte zu reduzieren, damit der Platz stattdessen für Grünflächen gebraucht werden kann und damit nicht nur zusätzliche Begegnungszonen geschaffen werden, sondern auch zur Reduktion von Hitzeinseln beitragen wird. Und dann noch kurz zum Bauwesen: Auch hier ist die Strategie schon auf sehr vieles eingegangen und hat viel mitgedacht. Das ist sehr wichtig, weil das Bauwesen etwas vom Langlebigsten ist, das man nicht einfach so schnell, schnell anpassen und korrigieren kann. Deswegen ist es besonders wichtig, dass hier von Anfang an alles richtig gemacht wird und alles mitgedacht wird. Es braucht eine kritische Auseinandersetzung mit der Materialwahl und konstruktiven Lösungen. Der Rohbau, der einen besonders hohen Ausstoss an grauer Energie verursacht, soll auf eine maximale Lebensdauer und eine nachhaltige Systemtrennung ausgelegt werden. Insgesamt muss darum geschaut werden, dass Stahlbetonkonstruktionen möglichst ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden. Vor allem bei unterirdischen Bauten muss darauf geschaut werden, dass sie nur dort gemacht werden, wo es absolut notwendig ist, und dass jedes Mal geschaut wird, ob es nicht vielleicht bessere Lösungen gibt. Da ist das klassische Beispiel der Turnhalle Weissenbühl, die in den Boden versenkt wurde und somit massiv und unnötig zusätzlich graue Energie, aber auch Kosten verursacht hat, obwohl der Bau auf einem bestehenden Gebäude auch möglich gewesen wäre und genau gleich wenig Platz weggenommen hätte; etwas, das künftig zu vermeiden ist und das die Stadt Zürich im Gegensatz zu uns schon als Vorgabe bei ihren Bauprojekten festgelegt hat. Wir freuen uns, dass diese Anliegen schon in der Kommission auf Zustimmung gestossen sind und hoffen, dass das auch heute der Fall ist. Und noch ganz kurz zum Recyclingbeton: Ich finde es schon recht amüsant, welchen Wirbel das vor allem im Voraus ausgelöst hat. Aber das löst es halt einfach aus, wenn man sein Geld mit dem Verkauf von Recyclingbeton verdient. Ich möchte aber hier ein wenig den Wind aus den Segeln nehmen, denn das ist jetzt wirklich einfach nicht zentral. Wir unterstützen die entsprechende Planungserklärung, weil wir der Meinung sind, dass in dem Fall strikte Vorgaben durch die Stadt bezüglich Anteil

nicht sinnvoll sind. Vielmehr soll individuell bei jedem Projekt von den entsprechenden Personen, die tagtäglich damit arbeiten, beurteilt werden, welcher Anteil jetzt wo genau sinnvoll ist. Aber diese Planungserklärung hat jetzt wirklich keinen zentralen Einfluss auf die Klimastrategie. Weder wird sie sie massiv unterstützen, noch wird sie sie massiv einschränken, wenn sie überraschend doch noch durchkommt. Aber ich hoffe, dass der gleiche Enthusiasmus, der hier aufgekommen ist, bei anderen Massnahmen, die einen etwas grösseren und zentralen Einfluss haben, auch aufkommen. Bei der Kreislaufwirtschaft finden wir es, wie gesagt, sehr gut, dass das miteinbezogen wurde. Das ist ein langjähriges Anliegen von GFL. Deswegen finden wir die verschiedenen Ergänzungen durch Planungserklärungen gut und werden sie entsprechend unterstützen. Das Problem ist hier mehr, dass keine verbindlichen Ziele mit zwingenden Massnahmen bestehen, wie es sie zum Beispiel schon in Holland gibt. Und solange wir das nicht haben, nützen auch Vernetzung und Sensibilisierung nichts. Dazu werden wir aber noch entsprechende Vorstösse ausarbeiten. Was aber insgesamt fast das Wichtigste an dieser Strategie ist, ist offensichtlich, und zwar, dass die formulierten Massnahmen und Ziele dann auch wirklich umgesetzt werden und die Strategie nicht einfach zu einem Papier-tiger wird. Strategie ist wie ein Rezeptbuch, und das Rezeptbuch ist, wie gesagt, sehr gut ausgearbeitet. Aber man muss halt auch schauen, wie man damit kocht. Merci.

Präsident: Merci dir. Dann teilt sich auch die Fraktion GLP-EVP das Fraktionsvotum. Für den ersten Teil hat das Wort, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Ich halte den ersten Teil unseres Votums. Die GLP-EVP-Fraktion nimmt die Energie- und Klimastrategie 2035 positiv zur Kenntnis und dankt allen, die sich in die Erarbeitung dieser Strategie investiert haben. Wir begrüssen, dass die vorliegende EKS mit den Handlungsfeldern Kommunikation und Organisation, Strukturen und Rahmenbedingungen der grauen Emissionen Kreislaufwirtschaft und auch Anpassungen an den Klimawandel ergänzt wurden. Es ist eine sorgfältig ausgearbeitete und breit abgestützte Strategie. Aber eine Strategie allein reduziert CO₂ noch nicht. Es sind die Massnahmen, die rasch und umfassend umgesetzt werden müssen, damit wir unsere Klimaziele erreichen. Vor allem ist uns wichtig, dass das Potenzial des Solarstroms jetzt so schnell wie möglich freigesetzt wird. Aber dazu später noch mehr. Im Bereich Kreislaufwirtschaft sind wir aber auch der Meinung, dass es auch hier ein übergeordnetes und vor allem messbares Ziel braucht, bis wann Bern eine kreislauffähige Stadt werden soll, damit die einzelnen Massnahmen diesem übergeordneten Ziel zudienen können und man auch den Fortschritt verfolgen und auf die Entwicklungen Einfluss nehmen kann. Wir anerkennen und befürworten, dass die Stadt als gutes Vorbild vorangehen und ihren Spielraum nutzen möchte. Wir sind uns bewusst, dass viele Abhängigkeiten von kantonalen und nationalen Gesetzgebungen bestehen. Und darum erwarten wir auch, dass die Stadt ihren Handlungsraum einsetzt, um die Gesetzgebung zugunsten des Schutzes unseres Klimas und der Erreichung der gesetzten Ziele zu nutzen. Wir begrüssen den partizipativen Ansatz, der nicht nur für die Erarbeitung dieser Strategie angewendet wurde, sondern auch für die Erreichung der gesetzten Ziele gelten soll. Denn wirkliche Veränderung passiert nur im Miteinander. Für uns ist wichtig, dass die Stadt, wenn immer möglich, mit gesellschaftlichen Akteur*innen zusammenarbeitet, die bereits in solchen klimarelevanten Themen aktiv sind. Wir fordern, dass die Stadt Rahmenbedingungen schafft, damit soziale und ökologische Innovation in Bern florieren kann und die Stadt Bern auch in Sachen sozialer und ökologischer Innovation zu einem Leuchtbeispiel wird. Wir fordern, dass die Stadt

ihre Reichweite und die vorhandene Ressourcen nutzt, um bestehende gesellschaftliche Projekte und Angebote zu fördern und, wenn sinnvoll, auch zusammenzuführen und zu vernetzen. Für die erfolgreiche Umsetzung dieser Strategie ist es zentral, dass die unterschiedlichen Akteur*innen und auch gerade die Berner Bevölkerung ihren wichtigen Beitrag sehen. Der einfache Zugang zu dieser Strategie und vor allem auch zu den erfolgreich umgesetzten Massnahmen ist uns darum auch extrem wichtig. Bevor mein Kollege übernimmt, noch ein Gedanke: Wir reden hier von CO₂ reduzieren und das ist richtig. Aber schlussendlich geht es um eine lebenswerte Zukunft auch für die kommenden Generationen. Es geht also darum, zusammen ein positives Bild dieser Zukunft zu malen; ein Bild, das einladend ist, das inspirierend und hoffnungsvoll ist. Und dafür braucht es uns alle.

Präsident: Vielen Dank. Für den zweiten Teil des Votums: Roger Nyffenegger.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Das ist meine erste Rede im Stadtrat. Ich möchte darum die einleitenden Worte nutzen, um euch allen mitzuteilen, dass ich mich auf die Zusammenarbeit mit euch allen freue, auf das Ausfeilschen von Kompromissen, auf einen Diskurs um die besten Lösungen für Bern; und das natürlich, ganz im Sinne des Präsidialmottos von Tom, mit gegenseitigem Respekt, etwas, das in dieser Welt gerade nicht Konjunktur hat. Tragen wir ihm in Bern Sorge. Jetzt zur Energie- und Klimastrategie. Ich danke Debora für die übergeordnete Beurteilung. Wie von ihr ausgeführt misst die GLP-EVP-Fraktion die Strategie vor allem an ihrer Umsetzung, also an der Wirkung auf die Senkung des CO₂-Ausstosses. Ich gehe jetzt auf die einzelnen Anträge ein. Die Anträge 1 bis 8 nehmen wir an. Insbesondere die Anträge 3, 4, 7 und 8 liegen der GLP/EVP-Fraktion am Herzen. Der Stand des Photovoltaik-Ausbaus in der Stadt Bern ist sehr tief und nicht zufriedenstellend. Da muss in den nächsten Jahren etwas gehen. Ich habe aus der EKS und auch aus dem Controlling-Bericht nicht einmal richtig herauslesen können, wie viel Solar in der Stadt Bern prozentual zugebaut ist. Aber das ist im tiefen, einstelligen Prozent-Bereich. In der Schweiz sind wir jetzt schon bei über 10 Prozent. Da muss die Stadt Bern jetzt endlich vorwärtsmachen. Mit grosser Freude habe ich heute in SRF-Schweiz aktuell gesehen, dass Alec das auch so sieht. Die drei Anträge der GB/JA-Fraktion lehnt die GLP-EVP-Fraktion ab. Diese Anträge tönen alle gut. Die Welt ist aber leider etwas komplizierter. Beispiel Erdgas: Wir wollen alle weg von diesem Gas, insbesondere nach dem Angriffskrieg von Russland. So einen Ausbau muss man aber personell, finanziell, platz- und systemtechnisch umsetzen können. Das ist eine Mammutaufgabe. Mehr zeitlicher Druck hilft da nicht. Man hätte vielleicht gescheiter etwas früher angefangen. Die GLP/EVP-Fraktion lehnt auch die drei Anträge der SVP ab. Wer vor kurzem noch eine Gas- oder Ölheizung eingebaut hat, ist entweder faktenresistent oder falsch informiert. Für solch eine private Kaufentscheidung müssen jetzt aber nicht Herr und Frau Steuerzahler*in in die Bresche springen. Antrag 15 bezüglich der Parkplätze lehnen wir ab. Es gibt eine Reduktion, die drin ist. Ein Startziel von 50% ohne Zeitangabe erachten wir als nicht sinnvoll. Die Anträge 16 und 18 nehmen wir an. Wir finden die Forderungen bezüglich Stahlbeton und auch der langen Lebensdauer des Rohbaus technisch klug. Die Lebenszyklen von Bauten kann man sich manchmal schwer vorstellen. Wer denkt schon in Zyklen von 50 bis 100 Jahren? Aber genau darum müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen. Gegen Antrag 17 hingegen spricht sich die GLP-EVP-Fraktion dezidiert aus. Die Wiederverwendung von Beton ist eine der effizientesten und kostengünstigsten Massnahmen für die Emissionsreduktion im Bausektor. Das sind nicht unsere Aussagen. Das sehen Forschende von EMPA und EPFL so. Und Mirjam, du hast noch geschrieben, es gehe auch um

Gesteinskörnung, also Sand- und Kiesanteile, die wiederverwendet würden. Aber genau das stimmt eben nicht. Wenn man Sand und Kies separiert, bleibt der Zementrückstand zurück, den man bisher nicht wiederverwendet hat. Mit der CO₂-Mineralisierung lässt man den Zementrückstand zusammen mit CO₂ reagieren, damit das Gas verfestigt wird zu sogenannten Karbonaten, einer stabilen Verbindung, die CO₂ langfristig bindet. Dieser Prozess ahmt natürliche Verwitterungsprozesse nach, die normalerweise über Jahrtausende vonstatten gehen. Diese Zeit haben wir mit CO₂ nicht. Die CO₂-Mineralisierung ist also äusserst sinnvoll. Sie verwendet im Sinne der Kreislaufwirtschaft ein Abfallprodukt, nämlich den Zementrückstand, und bindet CO₂, von dem wir gewiss genug haben in unserer Atmosphäre, für Jahre in neuem Beton. Indem die Stadt dort ambitionierte Ziele setzt, werden solche Strategien und Technologien eher berücksichtigt, sie setzen sich eher am Markt durch und können eher skalieren. Das ist absolut sinnvoll. Noch zu dem Antrag 19 und zur Tischvorlage von SP-Juso: Die GLP/EVP-Fraktion stimmt beiden zu. Ein breiterer Kreislaufwirtschaftsfokus als nur auf Bau und Ernährung, wie ihn die EKS momentan hat, ist sinnvoll. Gerade der Fokus auf die Transformation von zurzeit linearen Geschäftsmodellen auf zirkuläre Geschäftsmodelle und Ökosysteme ist eminent wichtig, um mehr Zirkularität in unsere Wirtschaft zu bringen.

Präsident: Danke für den Chemieunterricht. Und auch wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit. Für die Fraktion FDP hat Thomas Hofstetter das Wort.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir sind in der Opposition, darum ist das Votum ein bisschen, wie soll ich sagen, kritischer, als ich es mir vielleicht tatsächlich denke. Aber fangen wir an. Grundsätzlich findet die FDP-Fraktion gut, dass wir unser Klima schützen und dass auch eine Energie- und Klimastrategie erarbeitet wird. Allerdings sind wir nicht von allem begeistert. Wir sind der Meinung, dass zum Teil nicht die richtige Flughöhe getroffen wurde und auch soziale Ideologie statt Sachlichkeit drin verpackt ist. Weiter hätten wir es begrüsst, wenn die Strategie mehr auf Anreize statt auf Verbote gesetzt hätte. Die Energie- und Klimastrategie ist viel zu umfangreich und widerspricht sich in einigen Punkten, es sind Zielkonflikte darin verpackt. Eine Strategie sollte kurz, prägnant und gut verständlich sein. Das ist hier nicht der Fall. Es ist zu viel hineingepackt worden, statt sich in einem ersten Schritt auf das Wesentliche, das Machbare, die Sachen mit dem grössten Hebel zu konzentrieren. Ein weiterer Kritikpunkt unsererseits ist die Tatsache, dass die Strategie nicht auf einer Analyse aufgebaut, sondern im Elfenbeinturm geschrieben wurde. In vielen Punkten fehlt uns der Bezug zum bereits Vorhandenen. Wir bezweifeln auch, dass die Stadt Bern die nötigen personellen Ressourcen hat, um diese Strategie umzusetzen, sowohl in qualitativer wie auch in quantitativer Hinsicht. Entsprechend darf das Umsetzen der Massnahmen zu keinem Ausbau der Verwaltung führen. Alle neuen Angebote, wie zum Beispiel die Velobibliothek, müssen durch Private realisiert werden. Unser grösster Kritikpunkt, und da zeigen wir wirklich die rote Karte, ist, dass diese Strategie überhaupt nicht auf den drei Säulen der Nachhaltigkeit, nämlich Ökologie, Ökonomie und den sozialen Aspekten aufbaut. In der ganzen Strategie wird nicht die Frage nach Kosten/Nutzen gestellt oder auf die sozialen Auswüchse. Wir befürchten darum, dass bei künftigen Investitionen einfach auf die Strategie verwiesen wird, ohne dabei auch die ökonomischen und sozialen Aspekte zu reflektieren. Die Strategie wird ein Freipass für alle Projekte sein, unabhängig davon, ob sie sozial oder ökonomisch Sinn machen und verträglich sind. Und es kann uns je nach dem auch teuer zu stehen kommen. Warum? Wir müssen es auch ein bisschen im Big Picture anschauen und uns über unseren Hebel respektive unseren Einfluss bewusst sein, den wir auf das Klima haben. Leider, und ich sage ganz bewusst

leider, müssen wir akzeptieren, dass die Klima- und Energiestrategie keinen Einfluss hat auf unser Klima. Auch wenn die ganze Stadt Bern klimaneutral wäre, würde sich unser Klima nicht verändern. Sogar wenn die ganze Schweiz CO₂-neutral wäre, würde sich nichts an unserem Klima verändern. Sogar, wenn ganz Europa CO₂-neutral wäre, würde sich nichts verändern. Der Hebel ist einfach das Klima. Das heisst nicht, dass wir nichts machen sollten. Im Gegenteil, es ist wichtig, dass wir unsere Klimamassnahmen umsetzen. Für uns ist aber wichtig, dass wir unsere leider beschränkten finanziellen Mittel intelligent einsetzen und dort Geld ausgeben, wo es einen sachlich begründeten Klimamehrwert gibt und nicht einfach aus ideologischen Gründen. Ein Beispiel: Wie bereits erwähnt, finden wir es stossend, dass in der Strategie mit dem Ausdruck Nachhaltigkeit oder nachhaltig immer die ökologische Nachhaltigkeit gemeint ist. Das ist falsch, da die Nachhaltigkeit bekanntlich auf der Ökonomie oder der sozialen Verträglichkeit basiert. Im Kapitel klimaverträgliches Finanzmanagement wird diese eindimensionale Sichtweise auf die Spitze getrieben, aber auch bei der Charta für nachhaltige Gastronomie. Auch in der Betrachtungsweise der grauen Energie wird nicht wissenschaftlich argumentiert. Die graue Energie wird in der Strategie statisch behandelt, anstatt mit EPD (Environmental product declaration) aufzuzeigen, wie die Bewertung in einer dynamischen Betrachtungsweise über den Gesamtlebenszyklus aussehen wird, und mit diesen Informationen ein faktenbasiertes Urteil zu fällen. In dieser Strategie wird Urban Mining gefordert. Aber einen Platz, um das Urban Mining umzusetzen, findet man in der Stadt nicht. Es verursacht halt viel Lärm, Staub und Verkehr. Darum muss die Agglo daran glauben und man geht raus damit. Ist das wirklich konsequent? Apropos Verkehr: Wir als Partei mit liberalen Werten sind durchaus offen dafür, öffentliche Parkplätze in der Stadt Bern abzubauen, weil es tatsächlich weniger Autos in der Stadt Bern hat. Die Forderung, dass 50% der Parkplätze abgebaut werden sollen, geht uns aber zu weit. Die Basis unseres Wohlstands ist unter anderem die Mobilität. Wenn wir Parkplätze als indirekte Mobilität abbauen, riskieren wir auch, einen Teil unseres Wohlstands zu verlieren. Die FDP setzt alles daran, dass wir unseren Wohlstand behalten können, und zwar quer durch alle sozialen Schichten. Noch etwas zum Ausbau der Solarenergie, für die wir grundsätzlich sind. Es braucht eigentlich in der Strategie nur einen Satz, nämlich dass EWB über Jahre hinaus verpflichtet ist, einen Vergütungspreis für selbstproduzierten Strom zu zahlen, der an einen definierten Index gebunden ist, der garantiert, dass die Investitionskosten für die Solarpanels amortisiert werden können. Mit dieser Sicherheit würden die Hauseigentümer*innen automatisch mehr PV-Anlagen realisieren. Weiter ist unserer Fraktion auch wichtig, dass durch die Strategie die Eigentumsgarantie und die Selbstbestimmung der Berner*innen und der Hauseigentümer*innen nicht tangiert werden. Das ist für uns ziemlich zentral. Das war unsere Einschätzung zur Strategie. Und jetzt erlaube ich mir noch vier Hypothesen, wie es wegen der ideologischen Komponenten in diesem Strategiepapier und weil darin auf die Ökonomie und die sozialen Werte verzichtet wird, nach der Umsetzung dieser Strategie in zehn Jahren aussehen könnte. Erstens: Die Finanzen der Stadt Bern werden noch mehr aus dem Ruder sein. Das Gewerbe wird sich noch mehr aus der Stadt Bern zurückziehen. Der Grund sind die Klimaregulatoren und immer ungünstigere Rahmenbedingungen. Das Angebot an preisgünstigen Wohnungen hat weiter abgenommen, weil die energetischen Sanierungskosten sehr hoch sind. Obwohl man nur zwischen 50 und 70 Prozent auf die Mietpreise schlagen kann, steigen die Mieten stark. Viertens: Die Stadt Bern wird noch unattraktiver für Investoren. Es werden fast keine Wohnungen mehr gebaut. Das war jetzt ein bisschen Schwarzmalerei, aber es soll euch auch ein bisschen zu denken geben, was man verursachen kann oder wo wir aufpassen müssen. Jetzt noch etwas zu den Anträgen. Die folgenden Anträge werden wir grossmehrheitlich

unterstützen: 1, 3, 5, 12, 13, 14 und 18. Und die anderen werden wir grossmehrheitlich ablehnen. Noch ein Wort zu den Anträgen 16 und 17. Es ist schon ein bisschen darüber gesprochen worden. Mirjam, ich bin einverstanden, das ist schlussendlich nicht eine grosse Sache. Und ich kann dir versprechen: Es ist überhaupt kein finanzielles Eigeninteresse. Es ist ein bisschen stossend, dass man mir das unterstellt. Aber ihr dürft das. Es ist einfach eine Abwägung zwischen Kreislaufwirtschaft und CO₂-Verbrauch. Da muss man halt manchmal Kompromisse machen. Und Recycling-Beton ist einfach viel, viel besser. Bei Recycling-Material ist es wie bei allem: Die Leute sagen, man soll recyceln, aber wenn es dann auf dem Markt ist, kaufen die Leute nicht das Recycling-Material, sondern die anderen Sachen. Ich komme zum Schluss. Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich für Klimaschutz, der muss aber smart, ausgewogen und sachlich sein. Unsere Fraktion nimmt die Klima- und Energiestrategie neutral zur Kenntnis. Vielen Dank.

Präsident: Danke. Dann könnt ihr euch jetzt anmelden für Einzelvoten. Ich wäre sehr froh, wenn sich alle, die reden möchten, anmelden würden. Dann hält Ingrid Kissling-Näf als erste ein Einzelvotum.

Ingrid Kissling-Näf (SP), Einzelvotum: Mit dem Klimareglement und dem Klimaanpassungsreglement haben wir in Bern zentrale Grundlagen für eine Klima- und Energiestrategie für die kommenden zehn Jahre geschaffen. Die neue Strategie bildet eine gute Umsetzungsgrundlage, um 1 Tonne CO₂ bis 2035 zu erreichen. Voraussetzung ist ein wirklich grosser Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung, eben eine individuelle und kollektive Transformation. Damit das gelingt, sind wir auf die Mitarbeit von allen Akteur*innen angewiesen. Staatliches Handeln allein wird nicht ausreichen und der Stadt kann die Transformation nur mitunterstützen. Unserer Meinung nach oder auch meiner Meinung nach braucht es dafür auch die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft. Die Wirtschaft in der aktuellen Strategie ist auch der Grund, warum ich kurz etwas zu den Planungserklärungen 19 und 2 sage. Die Planungserklärung 19 bezieht sich auf die soziale Innovation. Soziale Innovation meint Experimente aus der Zivilgesellschaft, die die nichttechnische Lücke auf dem Weg zu Netto-Null schliessen und ein nachhaltiges, klimagerechtes und urbanes Zusammenleben fördern möchten. Es geht wirklich darum, die Kreativität der Zivilgesellschaft für Lösungen in Polykrisen – ich denke hier Klima, Alter, Gesundheit – zu nutzen. Und dafür braucht es Seed Money. Gute Beispiele für soziale Innovationen sind Projekte im Bereich der Nachbarschaftshilfe, Gemeinschaftsgärten, Sharing-Initiativen, Urban Farming, Zero Waste-Konzepte, aber auch die Pflege von Angehörigen, die nicht nur dem Staat überantwortet werden, aber auch vieles mehr. Dazu gehört aber auch, und dazu habe ich von der FDP heute sehr wenig gehört, soziales und nachhaltiges Unternehmertum. Denn das schafft Möglichkeiten, Zukunftsmöglichkeiten und auch Arbeitsplätze, wozu auch wirklich alle Sektoren beitragen können. Planungserklärung 19 "Soziale Innovation", lege ich euch ans Herz, gutzuheissen. Es geht um Seed Money, darum Initiativen aus der Gesellschaft, aus der Zivilgesellschaft zu fördern, zu skalieren und innovative Ansätze aus der Nische in die gesellschaftliche Mitte zu bringen, um eben gesellschaftliche und individuelle Gewohnheiten zu ändern. Kurzes Speech zur Kreislaufwirtschaft: Die Anträge 2 bzw. 22 sind zurückgezogen und wir haben den neuen Antrag auf dem Tisch. Für die Zielerreichung Netto Null oder eine Tonne CO₂ sind wir auf Aktivitäten hin zu einer kreislauf-fähigen Wirtschaft angewiesen. Rund 50% der CO₂-Reduktion läuft darüber. Das bedingt Veränderungen und vor allem Veränderungen auch in den Businessmodellen der KMUs. Die Energie- und Klimastrategie konzentriert sich im Moment vor allem auf die

Bereiche Bau und Ernährung. Die Unterstützung für den Umbau von Businessmodellen soll aber in allen relevanten Wirtschaftsbereichen vorantrieben werden. Dazu brauchen wir Sensibilisierung, Know-how, gute Beispiele und natürlich auch ein Engagement. Und dafür braucht es auch ein bisschen Unterstützung aus der Wirtschaft, für die Wirtschaft, mit der Wissenschaft und auch, denke ich, direktionsübergreifend in der Verwaltung. Ich möchte euch darum ans Herz legen, dass wir die Transformation gemeinsam machen, das heisst, Stadt, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammen. Darum bitte ich euch um eine Zustimmung für die Planungserklärungen zur sozialen Innovation und zur Kreislaufwirtschaft.

Präsident: Merci. Als nächstes hat das Wort Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO), Einzelvotum: Die JUSO steht klar hinter den Anträgen 9 bis 11 von GB/JA. Und ich werde sie entgegen meiner Fraktion auch annehmen. Die Stadt Bern muss einen schnellen Gasausstieg anstreben. Wir müssen alles daran setzen, bis 2035 aus dem Erdgas auszusteigen. Und um das zu schaffen, muss das Gas- und Dampfkraftwerk bis 2030 abgestellt werden. Ich weiss, ihr sagt, die Fristen und Ziele in diesen Anträgen seien realpolitisch nicht umsetzbar. Wenn das so ist, dann ist es so, weil wir in der Vergangenheit die Klimakrise nicht ernst genug genommen haben und die Massnahmen dagegen eben nicht prioritär behandelt haben. Wir behandeln sie auch heute nicht prioritär, wenn wir diese Anträge nicht annehmen. Dass es nicht einmal eine Stadt mit einer sogenannt linken Mehrheit schafft, endlich die nötigen Ressourcen einzusetzen und die Energiewende zu schaffen, zeigt vor allem eines: Solange wir in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem leben, werden die finanziellen Interessen immer über die ökologischen und sozialen Interessen gestellt. Und ja, jetzt zuhören: Wer immer nur innerhalb der Grenzen dieses Systems politisiert, stützt letztendlich die Aufrechterhaltung genau dieses Systems.

Präsident: Merci. Dann hält Thomas Glauser das nächste Einzelvotum.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich rede hier als Landwirt, als Verwalter von Landschaft, von Grünfläche. Es ist schon etwas seltsam, wenn ich sehe, dass ein rot-grünes Parlament dramatisch die Klimaziele verpasst. Man ist zwar die Mehrheit, man will immer alles befehlen, will überall Recht haben. Aber die Ziele, die man sich setzt, verpasst man. Ein Hektar Grünfläche kann 35 Tonnen Kohlendioxid in 26 Tonnen Sauerstoff umwandeln. Das ist Vernichtung von Kohlendioxid. Man spricht immer davon, es habe zu viel CO₂. Also muss man auch etwas machen, damit man CO₂ vernichten kann. Wenn man eben einen Hektar Grünfläche hat, der in der Vegetationszeit grün assimiliert, eben Kohlendioxid in Sauerstoff umwandelt – das kann ein Hektar Zuckerrübe sein –, dann haben wir eine Win-Win-Situation. Dann müssen wir den Rohrzucker nicht teuer mit dem Flugzeug importieren. Dann können wir hier produzieren, was wir konsumieren. Das ist eben Ökologie und Ökonomie im Verband. Wir hatten 16 Hektar Grünfläche, eine grüne Oase. Wir von der SVP waren die Einzigen, die sich gegen die Vernichtung der Grünfläche gewehrt haben. Alle anderen wollen es verbetonieren, verbauen. Diese Grünfläche allein, wenn man diese in Form einer Grünfläche erhalten hätte, sei es als Produktionsfläche, das können Zuckerrüben sein, dann hätte man eine Win-Win-Situation. Man hätte rund 576 Tonnen Kohlendioxid vernichtet. Der Alt-Stadtpäsident Alexander Tschäppät hat es immer gesagt: 140'000 Einwohner in der Stadt Bern seien genug. Nein, man will wachsen. Wenn man wachsen will, baut man. Wenn man baut, zerstört man die Natur und bringt das ganze ökologische und ökonomische

System aus dem Gleichgewicht. Da nützt es nichts, wenn man zwei, drei Parkplätze streicht. Da nützt es nichts, wenn man dort einen Strauch, dort ein Bäumchen setzt, aber die grosse grüne Lunge verbaut. Für mich ist es ein wenig wie Wasser predigen und Wein trinken in diesem rot-grünen Stadtparlament. Wie gesagt, die eigenen Klimaziele habt ihr dramatisch verpasst. Da muss man sich halt schon fragen, warum das so gekommen ist. Besten Dank.

Präsident: Merci, Thomas. Als nächster kommt Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP), Einzelvotum: Ich möchte euch etwas zur Planungserklärung 7 und der Förderung von Solarenergie sagen. Wenn man sich mit den Gründen auseinandersetzt, warum der Ausbau der Solarenergie so zögerlich vorankommt, dann kommt man immer an einen Punkt, nämlich den Faktor Eigentumsverhältnisse. Viele Mieter und Mieterinnen sind wenigen Besitzenden ausgeliefert. Und in Zukunft ist es sicher eine Überlegung wert, wie Mieter und Mieterinnen bei der Energiewende ein Mitspracherecht erhalten. Wenn man sich aber auf die Eigentümer und Eigentümerinnen konzentriert, dann könnte man sich auch von kleineren Gemeinden inspirieren lassen. Da hat sich nämlich bewährt, dass die Eigentümer und Eigentümerinnen, die eine geeignete Dachfläche haben, direkt angeschrieben werden. In einem Schreiben wird ihnen nochmals bewusst gemacht, dass sie sich an der Energiewende beteiligen müssen, und es wird ihnen gesagt, wo sie sich beraten lassen können, und dass sie Stellung beziehen sollen, wenn sie keinen Solarausbau machen. Um die Wichtigkeit des Solar-Ausbaus zu unterstreichen, könnten diesen Brief alle fünf Gemeinderätinnen und Gemeinderäte unterschreiben und so den Druck auf die Eigentümer*innen erhöhen. Es wäre eine einfache Massnahme, die aber die nötigen Impulse bringen könnte. Ich freue mich auf alle Fälle auf die Solar-Offensive, die uns Alec von Graffenried im SRF schon so schön angekündigt hat. Bitte stimmt der Planungserklärung zu. Es ist auch mit allen anderen Forderungen sehr wichtig für den Solarausbau in Bern. Vielen Dank.

Präsident: Merci. Als nächster hat das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Wir hatten am Anfang das Votum von Ueli Jaisli, eben mit der Gesellschaftsreglementierung, mit der Gesellschaftsveränderung. Jetzt, als ich diese Voten gehört habe, auch von Sofia Fisch, wo sie wirklich sagt, man wolle die Gesellschaft ändern. Es geht wirklich ein bisschen darum, die Eigentümer zu kujonieren. Denkt daran, über allem haben wir noch die Verfassung von Bund, von Kanton, die die Eigentumsgarantie schützen. Und jetzt nehme ich ein paar einzelne Punkte auf, die mir wichtig sind. Etwas, von dem wir bis jetzt bei den städtischen Klimazielen überhaupt nicht gesprochen haben, ist die Einwanderung. Ihr wollt immer mehr Leute. Wir von der SVP bekämpfen die ungeregelte Einwanderung. Ihr habt in Bern alle Grünflächen vernichtet. Und dann geht es eben schief. Nächster Punkt. Dann wird gesagt: Wir begreifen die Eigentümer nicht, die vor ein paar Jahren wider alle Evidenz noch Gasheizungen eingebaut haben. Roger Nyffenegger, bis vor ein paar Jahren hat die städtische Energieberatung Gas empfohlen. Ich bin doch einer, der das gemacht hat. Ich bin mir reuig. Ich hätte gescheiter die alte Gasheizung behalten. Die kann man nicht abstellen. Der nächste Punkt: Ich kenne Leute mit Liegenschaften. Denen hat man versprochen, sie könnten einen Anschluss haben und haben ihn dann trotzdem nicht machen können. Man verspricht den Leuten Sachen, die man nicht einhalten kann. Nachher will man 50% der Parkplätze aufheben. In unserer Strasse habt ihr ja schon mehr

aufgehoben, nämlich 39. Vorher habt ihr noch Mobilitätsparkplätze, Behindertenparkplätze gemacht. Dann macht ihr wieder Wohnstrassen, nehmt wieder ein paar, dann kommt man nicht einmal mehr in die Garage rein. Also, ihr kujoniert die Leute und bevormundet den Bürger unter dem Denkmantel Klimastrategie. Und im Gegensatz zu anderen Parteien – ich bitte die Medien das aufzunehmen – sagt die SVP klar Nein zu dieser Bevormundung, klar Nein zu dieser Strategie. Wir nehmen das negativ zur Kenntnis und nicht enthaltend. Wenn man mit diesen Zielen nicht einverstanden ist, muss man konsequent sein. Und wir sind offenbar die einzige bürgerliche Partei, die hier klar Kante zeigt, die sich hier für die Eigentümer und Bürger einsetzt, die sich nicht immer weiter bevormunden lässt. Und darum kommen unsere Anträge. Wenn man uns schon sagt, wir sollen Gasheizungen machen, und dann machen wir es, und dann sollen wir sie wieder zurückgeben, dann will man dafür entschädigt werden. Entweder ist es für mich ein enteignungsrechtlicher Tatbestand oder es ist eine Falschberatung, dann muss man die Stadt wegen dieses Gesichtspunkts zur Verantwortung ziehen. Aber wir sind auch grün, ihr habt es gesehen, wir haben jetzt einen Vorstoss eingereicht, eine dringliche Motion, mit der wir die Förderung des einheimischen Gases und die Verbesserung der Sammelstellen verlangen. Es kann nicht sein, dass wir das Netz von EWB, in das wir viel Geld investiert haben, zerschlagen und dann merken wir in ein paar Jahren, dass es Biogas gibt, für das wir es wieder brauchen. Das ist eben rot-grüne Finanzpolitik. Das habe ich auch erfahren. Wenn man einen grossen Überschuss hat, muss man eine Steuersenkung machen. Das will man nicht. Rot-grüne Klimapolitik besteht darin, die Grünfläche zu zerstören, die Leute zu schikanieren und kontraproduktive Sachen zu machen, die gegen die Kosten-Nutzen-Analyse verstossen und hirnrisig sind und nichts als Nachteile haben. Ich hoffe, ihr überlegt euch das während dem Nachtessen einmal und seht, auf welchen Irrwegen ihr seid. Denn ihr wollt die Gesellschaft ändern und missbraucht die Klimastrategie dazu. Das Einzige, was ich bedauere, ist, dass man das Referendum nicht zustande gebracht hat gegen das Klimareglement. Ich befürchte, das Referendum hätte einen schweren Stand gehabt, aber der Stimmbürger hätte trotzdem zugestimmt. Aber nehmen wir das Beispiel aus dem Kanton Solothurn. Dort hat man zweimal das Gesetz abgelehnt, wenn die Bürger zusammenstehen. Einmal haben sie genug und dann gibt es Konsequenzen.

Präsident: Nächster Redner ist Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Kurz etwas zu Alex Feuz. Du hattest ursprünglich eine Ölheizung, nicht eine Gasheizung, nur um das klarzustellen. Und zu den Grünflächen, die auch immer ins Feld geführt werden im Zusammenhang mit dem Viererfeld. Dieses bleibt jetzt zum Glück noch ein paar Jahre länger grün oder jedenfalls ungenutzt oder so und das ist sicher auch eine freudige Nachricht. Und man sieht die Haltung der SVP beim Schutz der Allmenden, dass es mit der Sorge wegen des Grünraums doch nicht so weit her ist, das Interesse daran nicht so gross ist. Denn dort wird wenig geschaut, dass sich die Veranstalter nicht immer weiter in die Wiese hineinfressen. Und dann vielleicht noch etwas Grundsätzliches zu dieser Klima- und Energiestrategie: Es wurde in der Debatte gesagt, dass das jetzt das Legislaturwerk oder die Richtschnur für die nächsten zehn Jahre sei. Ich finde es wichtig zu sagen, dass, wenn man die Massnahmen anschaut, notabene jetzt in meinem Fall im Mobilitätsbereich, halt schon auffällt, dass das vielfach schon bekannte Massnahmen sind, bekannte Rezepte. Mirjam hat vorhin vom Kochbuch gesprochen. Ich finde es schon wichtig, dass man das so sieht. Wenn man die Massnahmen buchstabengerecht umsetzt und anschaut, muss

man x Reglemente anpassen, das sind zig Volksabstimmungen dahinter, x Einzelgeschäfte und Projekte. Diesen Charakter hat die Klima- und Energiestrategie. Und so muss das auch verstanden werden und nicht als etwas, das man jetzt eins zu eins sofort umsetzen kann. Vielen Dank.

Präsident: Ich erteile das Wort Stephan Ischi.

Stephan Ischi (SVP), Einzelvotum: Zuerst einmal möchte ich ganz herzlich danken für diesen Bericht. Er ist gut lesbar und eigentlich schlüssig. Auch wenn es zum Teil ein Auswuchs von zentralplanerischen Begehrlichkeiten ist, ist er nicht so schlecht. Meiner Beobachtung nach geht die Mehrheit der Menschen gut mit Ressourcen um. Trotz oder unabhängig von der politischen Gesinnung geht man sorgsam damit um. Und es ist eine gute Ausgangslage, um sachbezogen und undogmatisch über das Thema zu reden. Das werde ich nämlich jetzt. Wir müssen einfach immer Acht geben, dass all die Auflagen und die Verbote, die wir neu machen wollen, nicht wie immer die vulnerabelste Schicht unserer Gesellschaft trifft. Ich habe zu zwei Punkten ein Votum: Das eine ist zum Punkt 6, Vermögen klimaneutral zu bewirtschaften. Was soll das heissen? Wie wollen wir das beurteilen? Wie wird das berechnet? Und welche Kriterien und Standards wenden wir an? Ich kann euch sagen, dass in der Finanzbranche das Ziel ist, eine Unternehmung so intensiv wie möglich zu untersuchen, und zwar unter dem Begriff ESG (Environmental, social, and governance). Das heisst auf Deutsch so viel wie Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. ESG-Kennzahlen werden verwendet, um die Leistung der Nachhaltigkeit des Unternehmens zu berichten und zu monitoren. Diese Kennzahlen können beispielsweise CO₂-Sachen sein oder wie es mit Frauenanteilen im Vorstand aussieht, man kann die persönliche Integrität und solche Sachen messen. Auch wenn ESG mittlerweile eine mega Industrie geworden ist, es gibt Abteilungen und Lehrgänge und auch hunderte von Anlagevehikeln, ist trotzdem eine Kritik daran, wie man das genau definiert, gewichtet und wie die Ausprägung der Kriterien gemacht wird. Es gibt also Tendenzen, leider auch hier wieder, dass die saubersten Unternehmen nicht die sind, die die saubersten sind, sondern die, die die fähigsten ESG-Berater haben. Kommen wir zurück zum Thema. Es ist sehr komplex und dort haben sich schon sehr, sehr viele Leute Gedanken dazu gemacht, wie man das genau mit den Kriterien hernehmen will. Und jetzt kommt plötzlich so ein ideologisch kriterienloser, unverbindlicher Satz wie: Wir wollen das Vermögen klimaneutral bewirtschaften. Sorry, aber das ist ein bisschen Laientheater. Ich komme zu Punkt 9: Gas als Wärme- und Heizungsprodukt leistet einen wichtigen Beitrag in der Verbesserung der CO₂-Bilanz. Dieser Satz kommt nicht von mir, den habe ich heute auf der Homepage von EWB gelesen. Jahrelang – es ist schon gesagt worden und darum kürze ich ab – hat man Gasheizungen gewollt und hat gesagt, man müsse das unbedingt machen. Der Hauseigentümer, das kann ich euch sagen, will wirklich nachhaltige Lösungen, eine nachhaltige Heizung. Das will er und das ist wirklich so. Ich lade euch ein, einmal eine Woche zu einem Heizungsbauer zu gehen und zu schauen, was er für Aufträge bekommt, nämlich solche, für die eine nachhaltige Lösung gemacht werden soll. Ihr müsst nur zuschauen, ihr müsst nicht dort arbeiten, nur zuschauen. Dann seht ihr, dass ein Heizungsbauer mit den meisten Hauseigentümern immer eine nachhaltige Lösung will. In diesem Zusammenhang möchte ich euch eine Geschichte erzählen, die mir so zugetragen wurde. 2021 wollte ein Mehrfamilienhausbesitzer sein Mehrfamilienhaus umbauen und hat mit dem Heizungsbauer geschaut, wie er die Heizung erneuern kann. Da das Haus in der Länggasse war und nicht mal einen Kilometer vom Forsthaus und der Fernwärme entfernt, hat er EWB angefragt. Und die haben dem Heizungsbauer zweimal gesagt, das gehe

nicht, Fernwärme werde es dort nie geben. Der Hauseigentümer hat das nicht geglaubt und hat bei EWB selber nachgefragt, ob das wirklich so sei. Und dort hat er eine Mail bekommen – ich habe wirklich alles dokumentiert –, Fernwärme sei für diesen Standort nicht vorgesehen. Enttäuscht hat er mit dem Heizungsbauer geschaut, welche nächste nachhaltige Lösung es gibt. Und die nächste nachhaltige Lösung, eine Wärmepumpe, ist nicht gegangen. Das Quartier ist so eng. Das wäre mit den Nachbarn nicht gegangen. Ausserdem hätte er die Energie nicht bis in den obersten Stock hinaufbekommen. Also hat er sich für eine Heizung mit Biogas entschieden. Eines schönen Morgens, kein Jahr später, bekommt der Nachbar dieses Hauseigentümers ein Schreiben, in dem steht, dass EWB dort Fernwärme macht. Der Bauherr hat ihm das nicht geglaubt und hat sich alle Unterlagen kopieren lassen. Die exakt gleiche Person, die vor einem Jahr gesagt hatte, das gehe nicht, hat plötzlich gesagt, dass es geht. Ich will hier nicht EWB anschwärzen, das will ich wirklich nicht, denn das ist schon ausdiskutiert mit Reto Nause und den Verantwortlichen.

Der Präsident bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.

Damit will ich einfach sagen, dass nicht jeder dumm ist, wenn er eine Heizung einbaut. Vielmehr hat man zum Teil gewisse Sachzwänge. Und ausserdem will ich damit auch zeigen, wie die Lebenswirklichkeit von Hauseigentümern ist. Ich schliesse hier. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals. Du hast das Votum geschlossen. Ich schliesse die Sitzung. Liebe Leute, ich informiere euch, dass im Moment im Raum Kornhaus ein Grosseinsatz der Polizei läuft. Offenbar ist ein bewaffneter Mann in einem Gebäude unterwegs. Ich gehe nicht davon aus, dass für euch irgendeine Gefahr besteht. Tragt aber trotzdem Sorge. Und auch wenn wir jetzt ein bisschen überzogen haben, wäre ich sehr froh, wenn wir um 20.30 Uhr weiterfahren könnten.

Schluss der Sitzung: 19.03 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

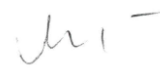
26.05.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:45 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis

Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier

Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

Stadtrat entschuldigt

Mirjam Arn
Laura Binz
Michael Burkard
Jelena Filipovic

Sofia Fisch
Seraphine Iseli
Nora Krummen
Tanja Miljanovic

Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Sarah Rubin

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Alec von Graffenried SUE

Mattias Aebischer, TVS Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Cornelia Stücker, Weibeldienste

2000.GR.000271

4 Energie- und Klimastrategie; Berichterstattung und neue Strategie

Präsident: Danke vielmals für das pünktlich sein. Es ist 20.30 Uhr. Ich bitte euch, jetzt wieder an eure Plätze zu gehen und den Geräuschpegel herunterzufahren. Wir sind immer noch bei Traktandum 4 der Energie- und Klimastrategie, die Kenntnisnahme dieser Strategie des Gemeinderats. Vor der Pause hatte ich keine weiteren Einzelvoten mehr auf der Redner*innenliste. Ich gehe davon aus, dass der Sprechbedarf vonseiten des Parlaments erschöpft ist. Dann erteile ich das Wort für den Gemeinderat an Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Ich hoffe, dass der Redebedarf erschöpft ist, aber ihr noch nicht, sodass die Aufmerksamkeit noch ein bisschen da ist. Vielen Dank für die sehr intensive Debatte. Es ist ein grosses Thema, es ist auch ein Schwerpunkt. Es wurde gesagt, es sei ein Schwerpunkt für euch, aber es ist auch ein Schwerpunkt für uns, für die ganze Stadt Bern. Es soll auch ein Schwerpunkt werden für diese Legislatur. Auf das hat sich der Gemeinderat bereits verständigt und ihr habt auch mit der nötigen Ernsthaftigkeit und mit der nötigen Intensität das Thema diskutiert. Die Ausgangslage ist auch so, wir haben ein Problem und die gute Nachricht ist, wir haben aber auch Lösungen, wir haben auch Lösungsideen und wir können sie auch umsetzen. Wir haben die Herausforderung im Klimabereich erkannt, es ist eine Challenge, wir nehmen diese Challenge an. Wir müssen, wir wollen und das Gute ist, wir können die Klimaziele von Paris auch in der Stadt Bern erreichen und umsetzen. Natürlich ist das ein kleiner Teil der Lösung des grossen Problems, aber es hilft nichts, zu sagen, es bringt ja gar nichts, was wir hier machen. Das stimmt, wir könnten machen, was wir wollen, aber selbstverständlich müssen alle handeln. Alle sind gleichermassen gefordert. Das ist der Witz an dieser weltweiten Challenge, dass eben alle mitmachen müssen und wir als Industrieland, als Land im privilegierten Europa, wir sind besonders gefordert, unsere Ziele zu erreichen. Das Ziel haben wir uns gesetzt. Über die Ziele diskutieren wir hier nicht. Hier geht es um die Umsetzung. Die Ziele haben wir gesetzt. Wir haben unser Klimareglement. Wir haben unsere Grundlage. Wir haben die Mittel. Wir kennen den Weg, den wir gehen wollen. Und wir werden das Ziel auch erreichen können.

Wir brauchen dafür eine Grundlage, ich habe es gesagt, wir brauchen einen Plan und diesen Plan haben wir. Das ist unser Klimareglement und wir gehen streng nach unserem Klimareglement vor. Für das umsetzen zu können, brauchen wir eine Strategie und das ist das, worüber wir hier reden. Wir haben mit "Klima Bern 2035" eine sehr breit erarbeitete, sehr breit abgestützte und auch sehr zielgerichtete Strategie für die nächsten zehn Jahre. Und wir dürfen nicht irgendwie verzweifeln, es ist übermächtig, das Thema. Es ist nicht übermächtig, wir haben auch die Erfahrungen aus den letzten zehn Jahren. Wir haben positive Erfahrungen und die positiven Erfahrungen, die können uns auch Mut machen. In den letzten zehn Jahren haben wir die Emissionen aus der Wärmeherzeugung zum Beispiel um 40% reduziert und gleichzeitig ist die Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl um 10'000 gestiegen und trotzdem haben wir eine absolute Reduktion von 40% erreichen können. Das kann uns zeigen, dass es eben möglich ist, wir haben Technologien und wir können das auch umsetzen. Ich kann mich gut erinnern, vor 10 Jahren, vor 15 Jahren, haben wir die Kurven gesehen, die einfach nur steil gestiegen sind und dann irgendwie gebrochen werden mussten. Dann habt man gesagt, das ist ein Trendszenario, das geht nur hoch, hoch, hoch. Aber so ist es eben nicht.

Die Kurven konnten tatsächlich gebrochen werden. Vielleicht habt ihr das gesehen in den letzten 15 Jahren ist der Stromverbrauch in der ganzen Schweiz zurückgegangen. Wir haben Heizungen elektrifiziert, wir haben den Verkehr teilweise elektrifiziert, wir haben eine Million mehr Einwohner*innen in der Schweiz und trotzdem ist der Stromverbrauch zurückgegangen. Das zeigt uns, es sind disruptive Entwicklungen und wir können die disruptiven Entwicklungen auch in Zukunft unseren Erfahrungen zu Grund legen, die wir nachher für die Zukunft als Prognose brauchen können. Der Schwerpunkt ist ganz klar, weil dort haben wir den grössten Hebel und das ist das Wichtigste, dass wir dort aktiv werden, das ist der Heizungsersatz. Wir kennen die Erfahrungswerte, wir haben die Grundlagen und wir müssen über kurz oder lang - besser über lang - alle fossilen Heizungen ersetzen. Dort setzen wir primär auf Fernwärme, weil das das Ziel ist, das wir auch skalieren können. Dort können wir auch die grosse Masse umsetzen und im Übrigen setzen wir es auf elektrische Wärmepumpen, sei es auf Luft-Wasser-Wärmepumpen oder auf Erdwärme. Damit können wir eigentlich den grössten Teil der Herausforderung bereits erledigen.

Das Zweite, auch das ist von fast allen erwähnt worden, der zweite Hebel, den wir haben, ist die Energieerzeugung und die Energie der Zukunft wird fast in jeder Hinsicht die Sonnenenergie sein. Immer ein bisschen in verschiedener Ausprägung, aber die Sonne liefert uns die nötige Energie. Wir müssen keine Angst haben vor einem Energiemangel in Zukunft. Wir müssen aber natürlich die Transformation schaffen, dass wir die Solarenergie auch entsprechend ernten können. Es sind dort immer ein bisschen verschiedene Werte. Von den geeigneten Dächern in der Stadt Bern werden bisher 11% für Solarenergie genutzt. Das ist eine Chance, das ist ein Potential. Wir haben also fast 90% des Potenzials noch nicht ausgeschöpft. Und das sollte uns auch Mut machen. Wir werden die Leistung bis 2035 versechsfachen können von dem, was wir auf den Dächern haben. Und damit erreichen wir eigentlich das, was wir erreichen wollen, was wir erreichen müssen, nämlich die Reduktion mit dem Heizungsersatz, zusammen mit allen Massnahmen, auf 1 Tonne CO₂ per 2035, sodass wir dann Netto 0 per 2045 erreichen können. Der dritte Bereich, in dem wir aktiv sein müssen, ich glaube, das ist auch von euch gesagt worden, das ist der Verkehr. Wir wollen weniger Verkehr, wir wollen immer mehr sanfte Mobilität und wir wollen den Restverkehr, den wir noch haben, inklusive dem öffentlichen Verkehr, vollständig umstellen auf elektrische Mobilität, also Elektrifizierung des verbleibenden Verkehrs. Weniger Verkehr, auch damit haben wir gute Erfahrungen gemacht. Wir konnten die Verkehrsmenge vom Motorfahrzeugverkehr in der Stadt Bern in den letzten 30 Jahren reduzieren. Auch hier können wir zuversichtlich sein, dass uns dieser Trend auch in Zukunft begleiten wird mit den Massnahmen, die wir haben. Dafür reduzieren wir die Anzahl der Parkplätze im öffentlichen Raum. Auch das wurde gefordert. Wir sind dort dran. Es ist nicht ganz einfach, aber wir machen es. Ich möchte einfach daran erinnern, es ist nicht damit gemacht, dass man die Parkplätze der Wohnungen reduziert. Wichtig ist vor allem, dass man die Zielparkplätze reduziert. Und da haben wir natürlich die Zielparkplätze im öffentlichen Raum, da können wir Einfluss nehmen, aber wir haben auch die Zielparkplätze im privaten Raum und da ist es wichtig, genau hinzuschauen und auch dort die Zielparkplätze zu reduzieren. Wir werden immer einen Anteil am Motorfahrzeugverkehr haben und wir werden den Motorfahrzeugverkehr elektrifizieren, genauso wie auch den öffentlichen Verkehr. Den werden wir zu 100% elektrifizieren und damit können wir eigentlich auch im Verkehr die Ziele erreichen.

Das alles, worüber ich jetzt gesprochen habe, das sind unsere territorialen Emissionen. In diesem Bereich können wir regulieren, in diesem Bereich können wir wirken. Da haben wir wirklich Einfluss. Aber die territorialen Emissionen, die machen gut die Hälfte,

vielleicht 60% von unserem ganzen CO₂-Ausstoss aus. Darüber hinaus haben wir den ganzen Konsum und im Bereich des Konsums haben wir weniger Möglichkeiten, das selber zu regulieren. Das ist alles Material, was wir zu Hause haben, was wir jeden Tag oder zumindest immer wieder kaufen, das sind unsere Kleider, das ist unsere Ernährung, das sind unsere Reisen, das sind unsere Fernreisen, das sind unsere Flugreisen, das ist der ganze Konsum. Und in diesem Bereich Konsum, da haben wir keine regulierenden Einflussmöglichkeiten. Da können wir sensibilisieren, da können wir motivieren, da können wir höchstens ein bisschen Anreize schaffen, aber mehr haben wir dort eigentlich nicht in der Hand. Aber in dem Bereich – und das ist jetzt eben die ganze Kreislaufwirtschaft, das ist die ganze Berücksichtigung von der grauen Energie –, da haben wir im Handlungsfeld 5 der Energie- und Klimastrategie, das ganze Instrumentarium aufgezeigt, wo wir ansetzen können. Das wollen wir einsetzen, aber da müssen wir einfach auch ein bisschen demütig sein und dann erkennen, dass wir dort eigentlich kaum regulierend eingreifen können.

Es sind viele Aufgaben, es sind grosse Aufgaben, aber diese Aufgaben müssen wir nicht alleine bewältigen, sondern wir haben Partnerschaften. Der beste Partner, den wir haben, ist unser Energiewerk EWB. Die EWB ist ein super Partner für uns. Und da kann ich nur sagen, vor sechs Wochen gab es ein Rating der besten Energieversorgungsunternehmen. Das Bundesamt für Energie ist sicherlich ein unverdächtiger Partner, hat es durchgeführt und von fünf Kategorien ist EWB in vier Kategorien die Nummer eins.

Präsident: Sorry, ich wollte dir sagen, dass deine Zeit langsam abläuft. Jetzt hat sich das Mikrofon abgeschaltet. Marieke, kannst du nochmals drücken? Aber du solltest zum Schluss kommen.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Danke für den Hinweis. Gut, wir haben die richtigen Partner und mit der EWB haben wir einen guten Partner. Ich komme mit einem Dank zum Schluss und zu einem kurzen Ausblick: Ich bin überzeugt, dass die Strategie "Klima Bern 2035" ein grosser Wurf ist. Herzlichen Dank für eure Unterstützung. Sie ist ein grosser Wurf, weil sie natürlich sehr breit erarbeitet worden ist. Die Mastermind sitzt da unten auf der Bank. Danke, dass ihr heute Abend zugehört habt, dass ihr gekommen seid. Das Amt für Umweltschutz, welches das Ganze koordiniert hat. Aber auch ihr seid dabei gewesen. Die RWSU hat sehr intensiv daran gearbeitet. Die Parteien haben im Vorfeld auch schon in den Echoräumen mitgearbeitet. Es hat eigentlich die ganze Stadt, die ganze Gesellschaft, die Wirtschaft daran mitgearbeitet, auch die interessierten Kreise. Ohne eure Mitarbeit hätten wir die Energiestrategie nicht so breit aufstellen und abstützen können. Die RWSU hat 50 Planungserklärungen eingereicht, 8 sind überwiesen worden. Wir nehmen die alle an. Zu den neueren Planungserklärungen kann ich leider nicht Stellung nehmen, wegen der Zeit. Jetzt nur noch kurz, wie geht es weiter?

Der Präsident bittet den Gemeinderat zum Schluss zu kommen.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Ich mache einen langen Satz. Mit der heutigen Debatte sind wir nicht fertig. Wir machen einen Runden Tisch. Ihr habt gesagt, dass ihr einen Runden Tisch wollt. Wir haben unsere Energie- und Klimakommission. Wir wollen daraus einen permanenten Runden Tisch, ein Forum zur Weiterentwicklung der Energie- und Klimastrategie machen, damit ihr weiterhin mitarbeiten und Einfluss nehmen könnt auf die Zukunft unserer Energie- und Klimastrategie. Merci für eure Unterstützung

und merci, wenn ihr die Energie- und Klimastrategie zustimmend zur Kenntnis nehmen könnt.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zu den Abstimmungen. Ich bitte euch, die Antragsliste zur Hand zu nehmen. Wir stimmen als erstes über den Antrag 1 RWSU, Unterstützung der energetischen Sanierung ab.

Antrag 1

Planungserklärung RWSU

Unterstützung für energetische Sanierungen:

Gebäudeeigentümer*innen werden durch zielgerichtete Anreize und Beratungsangebote ermutigt, ihre Liegenschaften energieeffizient zu sanieren. Dabei wird auf Modelle gesetzt, die sowohl soziale als auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen.

Abstimmung Nr. 007

2000.GR.000271: Antrag 1

Annahme

Ja	59
Nein	6
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dieser Planungserklärung zugestimmt. Antrag 2 RWSU-Minderheit ist zurückgezogen. Wir stimmen ab über Antrag 3 RWSU bezüglich Photovoltaik-Anlagen.

Antrag 3

Planungserklärung RWSU

Der Gemeinderat verfolgt beim Ausbau der Solarenergie den Grundsatz, Photovoltaik-Anlagen prioritär auf bestehenden Infrastrukturen und versiegelten Flächen auszubauen.

Abstimmung Nr. 008

2000.GR.000271: Antrag 3

Annahme

Ja	60
Nein	3
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt auch diesem Antrag zugestimmt. Wir stimmen über Antrag 4 RWSU, Photovoltaikanlagen an Fassaden ab.

Antrag 4

Planungserklärung RWSU

Das Potenzial von Photovoltaikanlagen an Fassaden ist grösstmöglich auszuschöpfen und Bewilligungsverfahren zu beschleunigen. Das «Umsetzungskonzept Solar» ist dementsprechend anzupassen.

Abstimmung Nr. 009

2000.GR.000271: Antrag 4

Annahme

Ja	58
Nein	8
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch dieser Planungserklärung zugestimmt. Wir stimmen ab über Antrag 5 RWSU-Minderheit bezüglich Bürokratie.

Antrag 5

Planungserklärung RWSU-Minderheit

Effiziente Umsetzung der Massnahmen ohne zusätzliche Bürokratie:

Die Strategie wird so realisiert, dass bestehende Strukturen bestmöglich genutzt werden. Neue Angebote können durch Kooperationen mit externen Partner*innen gestärkt werden, um Synergien zu nutzen und Ressourcen zielgerichtet einzusetzen.

Abstimmung Nr. 010

2000.GR.000271: Antrag 5

Annahme mit Stichentscheid Präsidium

Ja	33
Nein	32
Enthalten	1

Präsident: Ich habe tatsächlich einen Stichentscheid. Somit ist die Planungserklärung angenommen. Gottlob bin ich vorbereitet. Wir kommen zur Planungserklärung Nummer 6 RWSU zum Handlungsfeld 2.

Antrag 6

Planungserklärung RWSU

Im Handlungsfeld 2 «Strukturen und Rahmenbedingungen» ist die Zielsetzung der Massnahme SRV-2 «Klimaverträgliches Finanzmanagement» mit einem neuen Punkt zu ergänzen:

- Das Vermögen des Gemeinwesens der Stadt Bern wird als erste Stadt der Schweiz klimaneutral bewirtschaftet

Abstimmung Nr. 011

2000.GR.000271: Antrag 6

Annahme

Ja	47
Nein	18
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt auch dieser Planungserklärung zugestimmt. Wir kommen zu Antrag Nr. 7 RWSU, bezüglich Handlungsfeld 3.

Antrag 7

Planungserklärung RWSU

Im Handlungsfeld 3 «Energieversorgung und Gebäude» ist eine neue Massnahme zur Förderung der Nutzung von solarer Energie aufzunehmen:

EGG-10: Förderung PV mit folgenden Umsetzungsschritten:

- **Vorgaben bei Bauprojekten in Vereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht**
- **Information und Beratung zu nutzen, Angebot, Rentabilität etc.**
- **Direktkontakte zu privaten Liegenschaftsbesitzer*innen mit einem Dach und / oder einer Fassade, die im Solarkataster des Bundes als «gut», «sehr gut» oder «hervorragend» eingetragen sind**
- **Beratung zur Errichtung von (virtuellen) ZEV-Anlagen**
- **Direktkontakte zu institutionellen Anlegern (Kanton, Bund, Pensionskassen, Versicherungen etc.)**
- **Contractingangebote und Bürger*innenkraftwerke verstärken**

Abstimmung Nr. 012

2000.GR.000271: Antrag 7

Annahme

Ja	54
Nein	13
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch dieser Planungserklärung zugestimmt. Wir kommen zu Antrag Nr. 8 RWSU bezüglich Handlungsfeld 3.

Antrag 8

Planungserklärung RWSU

Im Handlungsfeld 3 «Energieversorgung und Gebäude» die Massnahme EGV-4 «Ausbau von Solaranlagen» ergänzen:

Die Massnahme soll um einen Umsetzungsschritt erweitert werden, der festlegt, dass die Monitoringdaten von PV-Anlagen auf Flächen städtischer Liegenschaften in einer geeigneten Form der Öffentlichkeit und Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung Nr. 013

2000.GR.000271: Antrag 8

Annahme

Ja	53
Nein	13
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt auch dieser Planungserklärung zugestimmt. Wir kommen zu Antrag Nr. 9 GB/JA! bezüglich Handlungsfeld 3, Massnahme EGG-2.

Antrag 9

Planungserklärung GB/JA

Im Handlungsfeld 3: Energieversorgung und Gebäude ist Punkt 2 der Massnahme EGG-2 wie folgt zu ergänzen:

Ab dem Jahr 2035 wird kein Erdgas mehr als Energieträger eingesetzt. Das Gasnetz wird schrittweise stillgelegt. Erneuerbares Gas wird nur dort verwendet, wo keine andere Energiequelle verwendbar ist. Dies bedeutet, dass max. XY % vom heutigen Erdgasverbrauch mit erneuerbarem Gas ersetzt wird (ca. XY m³/Jahr). Mögliche, realistische Quellen für die Beschaffung von erneuerbarem Gas sind: XY. Das Gasnetz wird nicht weiter ausgebaut.

Abstimmung Nr. 014

2000.GR.000271: Antrag 9

Ablehnung

Ja	13
Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diese Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 10 GB/JA! bezüglich Handlungsfeld 3: Massnahmen Zielsetzung EGG-4.

Antrag 10

Planungserklärung GB/JA

Im Handlungsfeld 3: Energieversorgung und Gebäude ist die Zielsetzung EGG-4 wie folgt zu ergänzen:

Bis zum Jahr 2030 verwendet die Energiezentrale Forsthaus kein Erdgas mehr zur Energiegewinnung und ist auf einen klimaneutralen Betrieb umgestellt.

Abstimmung Nr. 015

2000.GR.000271: Antrag 10

Ablehnung

Ja	13
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diese Planungserklärung abgelehnt mit. Wir kommen zu Antrag Nummer 11, GB/JA!, Handlungsfeld 3, EGG-4.

Antrag 11

Planungserklärung GB/JA

Im Handlungsfeld 3: Energieversorgung und Gebäude ist der Umsetzungsschritt B in EGG-4 wie folgt zu ergänzen:

Bis 2030 wird die stückweise Ausserbetriebnahme des GuD progressiv vollzogen.

Abstimmung Nr. 016

2000.GR.000271: Antrag 11

Ablehnung

Ja	13
Nein	52
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diese Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 12, SVP, Handlungsfeld 3.

Antrag 12

Planungserklärung SVP

Im Handlungsfeld 3: Energieversorgung und Gebäude ist wie folgt zu ergänzen:

Das bestehende Gasleitungsnetz darf nicht zurückgebaut werden. Es ist weiter zu nutzen und zu betreiben, so dass ausser Biogas ggf. auch neue synthetische Gase und/oder Wasserstoff genutzt werden könnte.

Abstimmung Nr. 017

2000.GR.000271: Antrag 12

Ablehnung

Ja	13
Nein	53
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diese Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 13, SVP, Handlungsfeld 3, EGG-4.

Antrag 13

Planungserklärung SVP

Im Handlungsfeld 3: Energieversorgung und Gebäude ist die Zielsetzung EGG-4:

Sollte der Ausstieg aus dem Gas beschlossen werden, so sind die Eigentümerinnen/Eigentümer bestehender Gasheizungen vollständig zu entschädigen und der Restwert bestehender Anlagen, welche vorzeitig ausser Betrieb genommen werden, ist zu vergüten.

Abstimmung Nr. 018

2000.GR.000271: Antrag 13

Ablehnung

Ja	13
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diese Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 14, SVP, Handlungsfeld 3, EGG-4.

Antrag 14

Planungserklärung SVP

Im Handlungsfeld 3: Energieversorgung und Gebäude ist die Zielsetzung EGG-4:

Sollte der Ausstieg aus dem Heizöl beschlossen werden, so sind die Eigentümerinnen/Eigentümer bestehender Gasheizungen vollständig zu entschädigen und der Restwert bestehender Anlagen, welche vorzeitig ausser Betrieb genommen werden, ist zu vergüten.

Abstimmung Nr. 019

2000.GR.000271: Antrag 14

Ablehnung

Ja	13
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diese Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 15, RWSU-Minderheit, Handlungsfeld 4, MG-2.

Antrag 15

Planungserklärung RWSU-Minderheit

Im Handlungsfeld 4 «Mobilität» ist die Massnahme MG-2 «Reduktion und Bewirtschaftung von Parkplätzen» wie folgt abzuändern:

~~Das öffentliche Parkplatzangebot wird im Rahmen der laufenden Projekte~~ **Die Parkplätze im öffentlichen Raum werden um die Hälfte reduziert und bewirtschaftet. So weit möglich, werden öffentliche Parkplätze in öffentlichen Raum, in Begegnungszonen und in entsiegelte Flächen umgewandelt. Der Umwidmung des dem MIV zur Verfügung stehenden Strassenraums wird hohe Priorität eingeräumt.**

Abstimmung Nr. 020

2000.GR.000271: Antrag 15

Ablehnung

Ja	17
Nein	45
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt diese Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 16, RWSU-Minderheit, Handlungsfeld 5, BV-1.

Antrag 16

Planungserklärung RWSU-Minderheit

Im Handlungsfeld 5 «Graue Emissionen und Kreislaufwirtschaft» ist die Massnahme BV-1 «Bilanzierung der grauen Emissionen bei städtischen Bauprojekten» wie folgt zu ergänzen:

Rohbau auf maximale Lebensdauer und nachhaltige Systemtrennung auslegen: Der Rohbau von Neubauten ist so zu planen, dass er eine maximale Lebensdauer aufweist. Tragende Bauteile aus Stahlbeton, Stahl oder Holz sind langlebig, dauerhaft und unterhaltsarm zu gestalten.

Haustechnikelemente und Sekundäreinbauten sind durch konsequente Systemtrennung unabhängig vom Rohbau austauschbar zu realisieren. Dies ermöglicht eine hohe Flexibilität für zukünftige Umnutzungen.

Abstimmung Nr. 021

2000.GR.000271: Antrag 16

Ablehnung

Ja	29
----	----

Nein	38
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diese Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 17, RWSU, Handlungsfeld 5, BV-1 D.

Antrag 17

Planungserklärung RWSU

Im Handlungsfeld 5 ist auf den folgenden Punkt in Umsetzungsschritt BV-1 D «Einsatz von nachhaltigen Baumaterialien» zu verzichten:

~~– Den Anteil an Recyclingbeton und mit CO₂-angereichertem Beton bei städtischen Bauprojekten laufend erhöhen.~~

Abstimmung Nr. 022

2000.GR.000271: Antrag 17

Ablehnung

Ja	17
Nein	51
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Planungserklärung abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 18, RWSU, Handlungsfeld 5, BV-1.

Antrag 18

Planungserklärung RWSU

Im Handlungsfeld 5 ist der Umsetzungsschritt BV-1 D «Einsatz von nachhaltigen Baumaterialien» mit einem neuen Punkt zu ergänzen:

- *Einsatz von Stahlbeton gezielt minimieren*

Abstimmung Nr. 023

2000.GR.000271: Antrag 18

Annahme

Ja	51
Nein	16
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diese Planungserklärung angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 19, SP/JUSO.

Antrag 19

Planungserklärung SP/JUSO

Die Förderung der sozialen Innovation (zivilgesellschaftliche Initiativen und social entrepreneurship) ist in der Form von Public Private Partnerships PPP im Rahmen der Dekarbonisierung und des gesellschaftlichen Umbaus mit einem Programm zu unterstützen. Letzteres vergibt Seed money für innovative zivilgesellschaftliche Initiativen und fördert PPP in Zusammenarbeit mit Stiftungen.

Abstimmung Nr. 024

2000.GR.000271: Antrag 19

Annahme

Ja	39
Nein	26
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt die Planungserklärung angenommen. Antrag 20, SP/JUSO ist zurückgezogen. Wir kommen zu Antrag Tischvorlage, SP/JUSO.

Antrag Tischvorlage

Planungserklärung SP/JUSO

Die Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsaktivitäten erfolgt massgeblich durch wirtschaftliche Akteure und deren Angebot. Die Business Modelle der Wirtschaft bzw. der KMU stehen dafür im Fokus. Die Unternehmen sind mit Förderangeboten (Networking, Business Transformation Support, Aufbau von Clustern mit best practices, Vernetzungen etc.) in Zusammenarbeit mit bereits engagierten Akteuren (be-advanced, Hochschulen, Standortförderung Kanton, HIV etc.) für den Umbau der Businessmodelle in allen relevanten Branchen in Partnerschaft mit der Wirtschaft zu unterstützen. Bereits bestehende Aktivitäten wie z.B. die Allianz Kreislaufwirtschaft sind in Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Region zu verstärken.

Abstimmung Nr. 025

2000.GR.000271: Antrag Tischvorlage

Annahme

Ja	41
Nein	23
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt diese Planungserklärung angenommen. Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft. Ich gehe davon aus, dass ihr damit einverstanden seid, dass wir über die Kenntnisnahme des Controlling-Berichts und die Kenntnisnahme der Strategie in einem abstimmen. Wer den Controlling-Bericht und die Strategie zustimmend zur Kenntnis nehmen will, stimmt Grün. Wer sie ablehnend zur Kenntnis nimmt, Rot und ohne Wertung Enthaltet ihr euch und stimmt Weiss.

Abstimmung Nr. 026

2000.GR.000271: Kenntnisnahme

zustimmend

Ja	48
Nein	8
Enthalten	12

Präsident: Ihr habt diese Strategie zustimmend zur Kenntnis genommen. Somit ist das Geschäft beendet.

2024.SR.0152

5 Interfraktionelle Motion GFL, GLP/JGLP/EVP, FDP/JF (Tanja Miljanović, GFL/Irina Straubhaar, GLP/Thomas Hofstetter, FDP): Nachhaltige Wärmeversorgung von Neubauarealen

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 5. Das ist eine Richtlinienmotion: Nachhaltige Wärmeversorgung von Neubauarealen. Ich weiss, dass die Motion bestritten ist. Entsprechend erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Ich habe die Motion geerbt und habe mich mit den anderen Miteinreichenden abgesprochen. Wir folgen der Haltung des Gemeinderats, indem wir den ersten Punkt als Richtlinie so akzeptieren und den zweiten Punkt als Postulat annehmen. Ich sage trotzdem noch schnell inhaltlich etwas dazu, weil wir über die Energie- und Klimastrategie in aller Ausführlichkeit diskutiert haben. In dieser ursprünglichen Motion geht es darum, dass man in Neubauarealen nicht nur auf Fernwärme und Wärmeverbünde setzen soll, die mit Holzheiztechnologien-Kraftwerken beheizt werden, sondern dass man einen Mix prüft und vor allem auch, dass man noch ökologischere Technologien wie Erdsonden bei Neubauarealen nutzen soll. Ich gebe da trotzdem noch schnell meine Einschätzung dazu, weil ich einfach finde, das ist wichtig noch zu kontextualisieren. Wir konnten heute in den Medien lesen, dass die EWB in Wabern und Bern-Süd für so einen Wärmeverbund aus überschüssigem Trinkwasser – das ist sicherlich auch noch eine interessante Technologie – geschaffen hat. Und zwar eben nicht für Neubauten, sondern für Bestandesbauten, die Hochhäuser dort, die wir vielleicht alle kennen, wenn wir auf den Gurten fahren oder zum Gurtenfestival. Und das ist so ein Eckpunkt, der halt sehr wichtig ist in diesem ganzen Technologiemix. Nichtsdestotrotz kommen wir auch nicht darum herum, dass wir, wie auch die EWB, die Fernwärme tatsächlich pushen, mit der Verdoppelung, die jetzt angestrebt wird, mit diesen 50-60 Kilometer Leitungen in den nächsten +/- 10 Jahren und der halben Milliarde, die sie investieren wollen, vor allem im Berner Westen. Die EWB prüft auch, wie sie im Berner Norden ein Fernwärmenetz entwickeln könnte. Und es gibt zum Beispiel auch noch so ein Projekt, dass man das ARA-Abwasser nutzen kann, um so eine grössere Erdsonde zu prüfen. Jetzt im Viererfeld, wo in diesem Vorstoss auch noch zur Sprache kommt, ist es so, dass wir die Antwort haben, und wir haben uns die auch noch bestätigen lassen, dass dort auch so ein grosser Erdsondenspeicher geprüft wird. Also etwas grossräumiger, weil ich glaube, das ist wirklich die grosse Herausforderung, dass man für grössere Gebiete, wie jetzt das Viererfeld oder ESP-Ausserholligen, dass die Erdwärmesonde und die Wärmepumpentechnologie nicht immer ausreicht und nicht immer die ausreichende Kapazität bringt. Insgesamt kann man, glaube ich, sagen, dass Fernwärme als Ersatz für Gas, nach dem Gasausstieg, wo wir heute schon viel darüber diskutiert haben, unverzichtbar ist. Und es braucht aber auch noch die weitergehenden Technologien, wie gesagt. Das Beispiel des Geospeichers, der jetzt gescheitert ist, das Experiment, das man im Forsthaus gemacht hat, das ist auch noch so ein Thema natürlich mit dieser ganzen Winterlücke und diesem Sommerspeicher. Also insgesamt ist es sicher gut, dass es hier in diesen Neubauarealen, die die Stadt Bern begleitet oder auch selber plant, immer auch spezifische Lösungen braucht. Und Fernwärme ist natürlich aus der Grundinfrastruktur unverzichtbar und ist heute schon übrigens zu 87% nachhaltig. Merci vielmals.

Präsident: Vielen Dank, Michael. Nur mal kurz um sicher zu sein: Punkt 1 als Richtlinie, Punkt 2 als Postulat. Merci. Dann könnt ihr euch jetzt anmelden für allfällige Fraktionsvoten zu diesem Geschäft. Es scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten zu diesem Geschäft? Es scheint auch nicht der Fall zu sein. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Der Gemeinderat verzichtet. Dann kommen wir bereits zur Abstimmung. Wir stimmen punktweise ab. Wer Punkt 1 als Richtlinie erheblich erklären will, stimmt Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 027

2024.SR.0152: Punkt 1 als Richtlinie

Annahme

Ja	53
Nein	6
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Punkt 1 als Richtlinie erheblich erklärt. Wir stimmen ab über Punkt 2 als Postulat. Wer den erheblich erklären will, stimmt Grün. Wer nicht, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 028

2024.SR.0152: Punkt 2 als Postulat

Annahme

Ja	56
Nein	6
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Punkt 2 als Postulat erheblich erklärt. Wir stimmen somit darüber ab, ob ihr die Antwort des Gemeinderats zu Punkt 2 direkt als Prüfungsbericht genehmigen möchtet oder nicht. Wer den Prüfungsbericht genehmigen möchte, stimmt Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 029

2024.SR.0152: Punkt 2 als Prüfungsbericht

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Antwort des Gemeinderats zu Punkt 2 als Prüfungsbericht genehmigt.

2024.SR.0186

6 Interfraktionelle Motion GFL, GB/JA!, GLP/JGLP/EVP, AL/PdA (Christoph Leuppi, GFL/Katharina Gallizzi, GB/Gabriela Blatter, GLP/Bettina

Jans-Troxler, EVP/Matteo Micieli, PdA): Ausstiegsstrategie aus fossilem Erdgas als städtischer Energieträger

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 6. Es ist eine Motion: Ausstiegsstrategie aus fossilem Erdgas als städtischer Energieträger. Die Motion ist sowieso bestritten vom Gemeinderat. Und auch hier erteile ich das Wort für die Einreichenden an Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Genau, ich bin wie die Jungfrau zum Kind gekommen, mit all den Vorstössen, die ich hier übernommen habe. Und ich habe mich tatsächlich in den letzten Tagen noch einmal etwas intensiver mit dem Gasausstieg und der Wärmeversorgung und natürlich auch mit Belpmoos Solar beschäftigt und kann auch hier sagen, dass wir uns geeinigt haben mit den ersten Unterzeichnenden oder unter den ersten Unterzeichnenden, dass wir das in ein Postulat wandeln, wie es auch der Gemeinderat vorschlägt. Die Forderung war eigentlich dahingehend, dass man den Gasausstieg im EWB-Reglement verbriefen kann. Und der Gemeinderat sagt, das ist governance-technisch der falsche Ort. Wir haben das jetzt schon in der Energie- und Klimastrategie drin. Und er ist auch bereit, das nachher – so habe ich es gehört – in die EWB-Eigner-Strategie aufzunehmen, die dieses Jahr überarbeitet wird, grosso modo bis im Herbst. Der Gasausstieg hat die EWB schon Anfang November kommuniziert. Wir wissen alle, wir haben heute auch schon mehrfach darüber gesprochen, das ist eine immense Herausforderung für die EWB. Nicht nur natürlich rein den physischen Rückbau, den physischen Rückbau des Netzes will ich sagen, sondern tatsächlich auch die Ersatztechnologien und Alternativen zu finden. Das kann man auch sehr gut im Controlling-Bericht zur Energie- und Klimastrategie nachlesen, dass heutzutage eben noch 33% der Wärmeenerzeugung aus dem Gas kommt. Öl hat ungefähr gleich viel, $\pm \frac{2}{3}$ ist noch fossil. Und da steht auch drin, dass der Rückbau des Gasnetzes in den letzten Jahren sehr gering war. Also nur etwa 1,5 Prozent. Nichtsdestotrotz ist der Verbrauch von Gas sehr stark zurückgegangen in den letzten sechs Jahren. Das ist, glaube ich, vor dem geopolitischen Hintergrund und so, ist das auch nicht ganz so erstaunlich. Und das haben wir heute auch schon in der Debatte zur Energie- und Klimastrategie gehört, dass wir da sicher dranbleiben müssen mit Wärmepumpen und Fernwärmenetz und all diesen Möglichkeiten, wie man da aus der fossilen Wärmeenerzeugung aussteigen kann. Ich möchte trotzdem noch schnell etwas sagen. Wir haben uns auch noch unter den ersten Einreichenden so unterhalten, ob das jetzt wirklich gescheit ist, wenn wir das hier zurückziehen und wandeln und so, und ich plädiere schon sehr stark dafür, dass wir uns jetzt vor allem auf die Umsetzung konzentrieren und nicht uns noch fünf Jahre lang überlegen, wo wir jetzt das auch noch reinschreiben wollen und auch noch kontrollieren wollen. Sondern ich glaube, die EWB hat da schon das Gespräch gesucht und ist im Austausch mit den Fraktionen. Ich glaube, das ist der Weg und der richtige Ansatzpunkt, um unsere Wünsche anzubringen, was die Wärmeversorgung und den Gasausstieg anbelangt. Vielen Dank.

Präsident: Danke, Michael. Jetzt bin ich nicht ganz mitgekommen. Die Motion wird in ein Postulat gewandelt, merci. Dann könnt ihr euch für Fraktionsvoten zu diesem Geschäft anmelden. Als erstes hat das Wort für die Fraktion GLP/EVP, Gabriela Blatter.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Der Gasausstieg ist essentiell, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen und das 1,5 Grad Temperaturziel nicht zu verpassen und auch Michael Ruefer hat es erwähnt, uns energietechnisch unabhängiger zu machen. Aber

wir teilen die Ansicht der GFL-Fraktion, dass die Umsetzung das ist, was im aktuellen Zeitpunkt schwierig ist. Und darum soll auch der Hauptfokus jetzt auf die Implementierung und die Umsetzung dieses Gasausstiegs liegen. Wir sehen aber durchaus, dass es ein wesentlicher Systemwechsel ist, ähnlich wie der Atomausstieg. Und entsprechend hätten wir auch gefunden, dass eine Verankerung im EWB-Gesetz grundsätzlich gerechtfertigt wäre. Aber wir können der Public Corporate Governance-Argumentation des Gemeinderats folgen und haben darum auch entschieden, dieser Wandlung aufgrund von formalen Gründen zuzustimmen. Aber – ein grosses Aber –, wir erwarten vom Gemeinderat, dass er eine intensive Diskussion mit der EWB führt, im Rahmen der Eigner-Strategie, dass man klare Zwischenziele vereinbart, dass es eine klare Ausstiegsstrategie gibt mit griffigen Massnahmen. Und von der EWB erwarten wir einen klaren Plan mit Eckwerten, mit Zielindikatoren, mit konkreten und umsetzbaren Massnahmen und eben dann einen Zwischenschritt für einen möglichst raschen und effizienten Ausstieg aus dem Erdgas.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion GB/JA!, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Um es vorwegzunehmen, wir begrüssen es natürlich, dass sich seit der Einreichung dieser Motion so einiges bewegt hat. Die Forderung nach der Stilllegung des Gasnetzes ist in die soeben diskutierte Energie- und Klimastrategie eingeflossen und EWB hat den Berner Weg zur Energiewende präsentiert, der vorsieht, den grössten Teil der heutigen Gasinfrastruktur etappiert und abschnittsweise bis 2045 ausser Betrieb zu nehmen. Wie wir bereits bei der Beratung der EKS gesagt haben, ist für uns aber der Weg bis 2045 zu wenig ambitioniert und wir sind nach wie vor überzeugt, auch wenn unsere Anträge vorher nicht durchgekommen sind, dass ein Gasausstieg bis 2035 erfolgen müsste, um das Klimaziel zu erreichen. Ebenfalls ist zu bedenken, dass nicht immer alles so umgesetzt werden kann, wie wir das im Moment planen. So hat beispielsweise die EWB – wir haben es vorhin schon gehört –, letzte Woche bekannt gegeben, dass der geplante Geospeicher neben dem Forsthaus nicht umsetzbar ist, weil sich gezeigt hat, dass sich der Untergrund dafür doch nicht eignet. Der Weg zu Netto-Null ist lang und wir werden noch einige Rückschläge erleben. Daher ist es wichtig, die eingeschlagene Richtung im Fokus zu behalten und bei Unwegsamkeiten nicht auf vermeintlich einfachere Lösungen umzuschwenken.

So gilt es unserer Ansicht nach zum Beispiel zu verhindern, dass Erdgas nicht einfach durch Biogas oder synthetisches Gas ersetzt wird. Wie wir schon oft gesagt haben und wie es der Gemeinderat auch in dem Postulat schreibt, das eigentlich dieser Motion zugrunde liegt, die jetzt auch wieder in ein Postulat gewandelt wird, ist es so, dass die synthetischen Gase und auch das Biogas sehr knappe Ressourcen sind und dass sie eigentlich viel zu wertvoll sind, als dass man sie einfach für die Wärmegewinnung verbrennen könnte. Erneuerbares Gas wird in Prozessen gebraucht, wo es keinerlei Alternativen zu Gas gibt. Das ist beim Heizen definitiv nicht der Fall. Wir bewegen uns also grundsätzlich in eine gute Richtung. Das Ziel ist aber noch lange nicht erreicht. Und darum hätten wir eigentlich gerne an dieser Motion als Motion festgehalten. Der Gemeinderat argumentiert in seiner Antwort, dass eine Verankerung des Gasausstiegs im EWB-Reglement nicht stufengerecht sei. Und dass man diese Forderung in der Eigner-Strategie platzieren müsste. In einer idealen Welt hat der Gemeinderat mit dem sicher Recht. Ich gehe jetzt mal davon aus, dass er mit dem Recht hat, denn ich bin keine

Juristin und ich kann seine Argumentation entsprechend nicht hieb- und stichfest widerlegen. Hingegen bin ich schon relativ alt und ich bin auch schon seit 10 Jahren in dem Stadtrat dabei und es hat mich gelehrt, dass sich in der Politik Sachen, die man für unumstösslich hält, sehr schnell und sehr radikal ändern können. Nach dem Reaktorunfall in Fukushima im Jahr 2011 sind sich alle einig gewesen, dass Atomkraft unglaublich gefährlich ist und die bestehenden AKWs in der Schweiz müssen so bald wie möglich abgeschaltet werden. Und jetzt, 14 Jahre später, ist es plötzlich in gewissen Kreisen wieder salonfähig, Atomkraft als eine saubere Energie anzupreisen. Umgemünzt auf das Projekt des Gasausstiegs bedeutet das, dass es nicht reicht, dass wir momentan den Willen zum Gasausstieg haben. Dieser Wille muss sich auch halten, bis das Gasnetz endgültig abgeschaltet ist. Das Netz hat im Moment noch einen Buchwert von 180 Millionen Franken und das einfach stillzulegen und den Buchwert abzuschreiben, ist eine enorme Herausforderung für die EWB. Und wer weiss schon, wie die politische Grosswetterlage in ein paar Jahren ist und ob der Gas-Ausstieg dann immer noch zuoberst auf der Agenda steht.

Es ist zum Beispiel auch in der alten Energie- und Klimastrategie einmal gestanden, dass man 50% der öffentlichen Parkplätze mittelfristig abbauen will. Das Ziel ist nicht einmal ansatzweise erreicht worden und so hat man es dann einfach aus der neuen Strategie, die wir heute beraten haben, wieder herausgestrichen. Die Stilllegung des Gasnetzes ist ein Grundsatzentscheid, der unserer Meinung nach gleichzusetzen ist mit dem Ausstieg aus der Atomenergie. Dieser Ausstieg aus der Atomenergie ist im EWB-Reglement festgehalten und darum finden wir von der GB/JA!-Fraktion eigentlich nach wie vor richtig, dass man auch in diesem EWB-Reglement den Gasausstieg festschreiben würde. Man kann sich zum Beispiel vorstellen, und das hat die SVP vorher schon angedroht, dass Liegenschaftsbesitzer einiges an Widerstand leisten werden, wenn man ihnen den Gasanschluss kappt. Wir hätten es darum sehr begrüsst, wenn in dem Reglement, das eigentlich besagt, und ich zitiere: "...dass die EWB im Rahmen der Verfügbarkeit und Leistungen ihrer Anlagen für eine sichere, ausreichende und umweltgerechte Versorgung ihrer Kundinnen und Kunden mit Elektrizität, Gas und Fernwärme sorgt." Also das steht im Moment da drin. Und wir würden es eigentlich gut finden, wenn wir auch in das Reglement schreiben würden, dass Erdgas jetzt eben nicht mehr als umweltgerecht angeschaut wird und darum die Versorgung mittelfristig eingestellt wird.

Das hätte dem Grossprojekt Gasausstieg das nötige Gewicht und auch die nötige Sichtbarkeit gegeben. Jetzt ist es aber so, dass die Mehrheit in diesem Saal und auch der Gemeinderat davon überzeugt sind, dass es eben nicht stufengerecht ist, wenn man den Gasausstieg in dieses Reglement reinschreibt, und dass das Klimareglement und die Eigner-Strategie ausreichen, um diese Forderungen zu verankern. Darum wird der Vorstoss jetzt auch in ein Postulat umgewandelt. Wie ich eingangs gesagt habe, ist das in einer idealen Welt wahrscheinlich genug. Weil die Welt aber leider meistens nicht ideal ist, werden wir von der GB/JA!-Fraktion die Entwicklungen jetzt genau beobachten und jederzeit mit neuen Vorstössen und Anträgen dafür sorgen, dass der Gasausstieg nicht einfach nur auf dem Papier steht, sondern auch wirklich umgesetzt wird. Aus diesem Grund werden wir auch den Prüfungsbericht nicht annehmen, weil die Forderung in unserer Motion auch ist, dass wir Eckwerte und Zwischenziele festlegen. Das steht in dem Postulatsbericht oder in dem Bericht, den der Gemeinderat als Postulatsbericht haben will, da steht nichts drin und das würden wir gerne in einem zukünftigen Bericht noch sehen.

Präsident: Merci vielmals. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir lehnen den Vorstoss auch als Postulat klar ab. Und zwar, ich habe es schon vorab gesagt, wir haben auch eine Motion eingereicht, eben für genau den Erhalt des Gaswerks. Die Leitungen, die wir in der Stadt Bern haben, die müssen wir erhalten. Ihr habt vorhin diese Zahl gehört, 180 Millionen. 180 Millionen werden wir in den Sand setzen, die EWB wird es in den Sand setzen. Dabei haben wir Leute, die investiert haben. Ich habe es vorhin gesagt, die Energieberatung hat bis vor wenigen Jahren die Leute ermutigt, Gas zu machen. Es gibt Alternativen, und jetzt macht man das kaputt. Man liquidiert mit einem Federstrich 180 Millionen Franken. Die Stadt Bern, die zu wenig Geld hat. Ihr seid verantwortungslos. Das ist eben die rot-grüne Klimapolitik, die uns in den Abgrund führt, die uns verarmen lässt, ähnlich wie in Deutschland. Wir haben hier eine Wertvernichtung von 180 Millionen. Ich rede nicht von 100'000 Franken. 180 Millionen Franken wird man vernichten, zerstören. Wisst ihr eigentlich, was das für Werte sind? Habt ihr euch das mal überlegt? Ich habe gesagt, vor dem Nachessen, überlegt euch das. Wir kämpfen alle irgendwie um irgendeinen Kredit. Ich kann mich noch erinnern, als ich PEDIA geholfen habe, einen Kredit von 7500 Franken für Schulbücher zu bekommen, den man wegen einer Sparmassnahme kürzen wollte. Und jetzt zerstören bzw. zerschlagen wir 180 Millionen Franken. Also, ihr seid schlimmer als die Bilderstürmer in der Reformation, ihr zerstört alles. Und wir haben Leute, die Gasheizungen brauchen. Vor wenigen Jahren hat man sie installiert, auf Empfehlung der Stadt Bern und jetzt zerstört ihr das. Wir haben aufgezeigt, was man hier für eine Alternative hat. Biogas, das soll jetzt auch nicht mehr gut sein, das will man auch nicht. Jetzt sage ich euch konkrete Beispiele: Dort im Kirchenfeld, wo ich wohne, kann man keine Solaranlagen auf die Dächer bauen, da muss man Laubsägearbeiten machen. Das bringt nichts, wenn man ein sogenanntes Krüppelwalmdach hat, das sind die Dächer mit den Vorbauten. Da kriegt man die Fläche nicht hin. Und dann könnt ihr auch nicht überall Wärmepumpen machen. An gewissen Orten habt ihr Moränen, die nicht geeignet sind. Da könnt ihr etwa sechs oder zehn Mal bohren. Sollen wir den Holzschnitzel machen? Oder was sollen wir machen? Oder wäre es nicht sinnvoll, dass man dort, wo es eben ist, dass man dort ein Gasleitungssystem lässt. Aber ihr zerschlagt das. Es wurde vorhin gesagt, dass nach Fukushima sich alle einig gewesen seien, dass man die AKW abstellt. Ich habe immer gesagt: Was ist Fukushima? Was hatten wir dort? Das war eine Überschwemmung. Die Japaner haben zu nah am Meer gebaut. Das war ein Fehler. Aber ich sage euch immer noch, es ist viel besser als das, was ihr jetzt macht. Die ganze Landschaft mit diesen blöden Windrädern verschandeln. Alle Landschaften mit Solarpanel eindecken. Schaut euch doch mal das an. Die Stiftung für Landschaftsschutz hat sich zu Recht dagegen gewehrt. Also es kann es nicht sein, dass man die schönsten Bergpanoramen mit diesen Windanlagen versieht, die auch noch die Vögel metzgen oder was auch immer. Also gerade ihr, die ihr die Tierschutzleute unter euch habt, von euch erwarte ich hier Unterstützung. Und auch da, die Solarpanels, wo wirkt der Wirkungsgrad? Ich helfe euch dort bei der Interpellation. Da gehöre ich zu denen, die sagen, man muss dort auf den bestehenden Gebäuden Solarpanels machen. Aber man muss nicht jetzt hier die Bauern ermuntern auf einer grünen Fläche Solaranlagen und Solarfelder zu machen. Aber jemand, der einen Garagenanbau oder irgendwie Terrassen machen will, dem wird das aus Landschaftsgründen verboten. Nein, der Vorstoss hier, geht absolut in die falsche Richtung. Eine Wertvernichtung von 180 Millionen. Ich hoffe, die Basler nehmen das irgendwann in eine Schnitzelbank auf so. Die Stadt Bern, die zu wenig Geld hat – überlegt euch

einmal die Zahl – vernichtet 180 Millionen Franken, obwohl man es noch braucht. Ich würde es einfach mal überlegen. Beim nächsten Sparkredit, da habe ich kein schlechtes Gewissen, wenn ich dort wieder einen Antrag von der PEDIA unterstütze, für einen Bücherkredit von 7500 Franken oder was auch immer. Ihr vernichtet hier mutwillig Steuergelder, EWG-Gelder. Ich muss sagen, so jemand sollte man eigentlich bevormunden. Merci.

Präsident: Merci, Alex. Nur ruhig. Ich erteile als nächstes das Wort für die Fraktion AL/PdA/TIF an Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Ich halte nur ein kurzes Votum und gehe nicht mehr auf die Wichtigkeit des Gasausstiegs ein. Das ist schon genug ausführlich gemacht worden und von fast allen akzeptiert. Unsere Fraktion lässt aber das Gefühl nicht los, dass der Gemeinderat mit seiner Antwort hier vorab zeigt, dass er das mit dem Erdgasausstieg lieber alleine und etwas flexibel in der Hand haben will. Lieber als eine Erdgasausstiegsstrategie aus fossilem Erdgas zu erarbeiten, dass grundsätzlich im EWB-Reglement festgehalten wird, möchte er die Kontrolle darüber haben, was der EWB in dieser Hinsicht auferlegt wird. Das Argument gegen die Motion ist dementsprechend auch sehr technisch und zeigt ein spezielles Verständnis von unserer Arbeit. Wenn einmal etwas in einem Reglement steht oder festgeschrieben ist, dann darf man das nicht irgendwie an anderer Stelle in einem inhaltlich ähnlichen Antrag unterbringen, wegen der Kohärenz, das wäre systemwidrig. Und die Eigner-Strategie kann man dann ein wenig vage ausformulieren, im Sinne von "die EWB unterstützt die Stadt", "die EWB richtet sich beim Zeitplan am Klimareglement aus" und so weiter. Und dann kann man immer noch schnell genug die Richtung wechseln oder sagen, das hätte jetzt halt bei aller Unterstützung doch nicht geklappt oder gereicht. Konkrete Zwischenziele oder Eckpunkte gibt es da aber auch keine. Und dann frage ich mich, wo sind diese doofen Smart-Ziele, wenn man sie einmal brauchen könnte. Das ist aber auch kein Zufall, dass sie nicht da sind. Klar ist die Umsetzung wichtig, aber es würde ja auch darum gehen, dass wir mit diesem Vorstoss ihnen dabei helfen möchten, dass die Umsetzung dann auch gut über die Bühne geht. Mit dieser Motion möchte man ja eigentlich den Gemeinderat in seinen Bemühungen bekräftigen. Wenn er sich dagegen wehrt, dann hinterlässt das bei uns schon gewisse Fragezeichen. Mit dem Reglement hat man doch eine viel stärkere öffentliche und politische Verbindlichkeit als mit einer Eigner-Strategie und anderen internen Steuerungselementen. Aus vorgeschobenen formellen Gründen wehrt er sich hier dagegen klar Position zu beziehen, klare Ziele zu setzen und die Grundsätze dafür im EWB-Reglement festzuhalten. Aus politischen Gründen hätte unsere Fraktion darum dem Vorstoss gerne als Motion zugestimmt, macht es aber natürlich auch als Postulat. Den Prüfungsbericht lehnen wir ab.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Voten? Sonst hat für den Gemeinderat... In letzter Sekunde, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Die EWB ist das Schlüsselwort, Energie, Wasser Bern: Sie haben einen ganz klaren Auftrag – das wurde bereits gesagt –, sie versorgen die Stadt mit Energie. Ich hatte auch schon einen Austausch mit der EWB und Energie zu organisieren, Energie zu managen, das ist nicht eine einfache Sache. Man muss die Energie bestellen, wenn man Strom kauft, man muss Kontingente bestellen. Man muss schauen, dass man bei einer Energiemangel, auch die entsprechenden Reserven und die Partner hat. Und es ist halt einfach so, dass wir eine Energiemangelanlage haben.

Kamerad Feuz hat es gesagt, man hat ein super saniertes Gasnetz, das man jetzt einfach vernichten will. Ich denke, es ist der Kampf der kombinierten Energien. Das heisst, man kann nicht sagen, Gas ist das Schlechteste oder Strom ist das Beste. Die Extreme sind immer die schlechteste Wahl. Und wenn man mit jemandem spricht, der bei Energie, Wasser Bern arbeitet, der dafür verantwortlich ist, dass die Stadt Bern mit Energie versorgt wird und auch in Zukunft versorgt wird - man muss ja die Kontingente im Voraus kaufen, wenn man Strom braucht -, dann wird der ganz klar sagen, wir brauchen von allen Energiemittel. Wir können nicht einfach jetzt nur noch auf Gas sein. Und es ist auch schon gesagt worden, es ist so eine schnelllebige Zeit und wenn man dann plötzlich kein Gasnetz mehr hat, wäre man dann vielleicht trotzdem einmal froh, dass man es noch hätte. So dass man das Gas vielleicht als Notnagel wieder brauchen könnte. Aus diesem Grund lehnen wir ganz klar den Antrag ab. Besten Dank.

Präsident: Danke vielmals. Dann jetzt für den Gemeinderat, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Vielen Dank. Manchmal geht es schnell. Die Motion habt ihr im letzten Sommer eingereicht. Wir haben sie bereits im letzten Herbst umgesetzt. Ihr habt die Wärmeversorgungskarte zusammen mit der Energie- und Klimastrategie im letzten Oktober bekommen und im November hat die EWB den Gasausstieg bekannt gegeben. Also so gesehen ist eigentlich alles im grünen Bereich, aber ich habe gleichwohl hier das Bedürfnis noch bei einigen Fragen ein bisschen Klarheit zu schaffen. Wir haben es klar gesagt, wir wenden uns nicht grundsätzlich gegen die Motion, es ist aus formellen Gründen, wo wir das anders sehen. Ihr habt gesagt, schreibt das ins EWB-Reglement rein. Im EWB-Reglement zeigen wir eigentlich, wie wir die EWB organisieren. Unser CO₂-Ausstieg, unsere Klimastrategie, die haben wir schon in einem Reglement, das ist das Klimareglement. Das Klimareglement, das ihr beschlossen habt, da haben wir eigentlich den Gasausstieg festgeschrieben, weil wir die Ziele nicht erreichen werden, wenn wir den Gasausstieg nicht machen. Also wir müssen aus dem Gas aussteigen, das ist sonnenklar und das ist im Klimareglement bereits festgelegt. Es braucht keine weitere Verankerung im Reglement, schon gar nicht im EWB-Reglement, wo andere Materien geregelt sind. Aber im Klimareglement haben wir das eigentlich sauber festgelegt. Wir müssen mit der EWB nicht über einen Gasausstieg streiten. Wir sind uns da völlig einig. Wir müssen die Modalitäten festlegen und da geht es selbstverständlich um Investitionsschutz, da geht es um Berechenbarkeit. Also die Leute, die investieren, die eine Gasheizung gebaut haben und denken, das Gasnetz bleibt ja, die dürfen selbstverständlich die Heizungen noch brauchen und die Heizungen werden dann ersetzt, wenn die nächste Umstellung ansteht. Darum kann man den Gasausstieg nicht sehr kurzfristig machen. Wenn man das sehr kurzfristig macht, führt das in der Tat zu gewissen Härten, die kaum vertretbar wären. Aber wir wollen nicht weiterhin ein Gasnetz in Stand halten. Wir haben ein thermisches Netz, ein Fernwärmenetz und wir wollen nicht zwei thermische Netze parallel betreiben. Das ist tatsächlich Geld zum Fenster hinausgeschossen, wenn man parallel zwei thermische Netze erhält. Aber das Gasnetz, das muss auch dort, wo es stillgelegt wird, selbstverständlich bis zum allerletzten Tag voll funktionieren. Das ist nicht wie ein Velo, das man zu Boden fahren kann, bis es zusammenbricht oder wie ein Auto, das man bis zuletzt fahren kann, bis sie zusammenbricht. Und dann ist es egal, wenn es kaputt ist. Das Gasnetz muss einwandfrei funktionieren bis zum Schluss, sonst kommt es zu Pannen, zu Ausfällen und zu Unfällen und das wollen wir selbstverständlich nicht. Und das Gasnetz, das wird stillgelegt werden, wenn es natürlich noch im Schuss ist. Also da ist es natürlich mit einem gewissen Abschreiber verbunden, anders ist das gar nicht möglich,

das ist so. Wir sind jetzt aber froh, wenn wir die Motion als Postulat entgegennehmen können. Der Gasausstieg kommt, der Gasausstieg ist geplant. Und wir werden das mit euch zusammen auch weiter definieren, wenn und wie wir das können. Wenn wir das Ganze beschleunigen können, wenn wir allenfalls weitere Anreize setzen können, dann machen wir das gerne. Bis jetzt haben wir den Plan und der Plan geht auf bis zuletzt, bis 2045. Bis dann werden wir eigentlich CO₂-frei sein, dass wir das Gasnetz bis dahin stillgelegt haben. Das ist unser Plan, das ist der Plan von EWB und das ist der Plan, den ihr uns vorgegeben habt im Klimareglement.

Präsident: Merci vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr wisst, der Vorstoss ist gewandelt worden in ein Postulat. Wir stimmen somit ab über die Erheblicherklärung als Postulat.

Abstimmung Nr. 030

2024.SR.0186: Postulat

Annahme

Ja	55
Nein	13
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir stimmen somit noch darüber ab, ob ihr die Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht genehmigen wollt oder nicht.

Abstimmung Nr. 031

2024.SR.0186: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	50
Nein	13
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt die Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht genehmigt.

2024.SR.0149

- 7 Interfraktionelle Interpellation GFL, GB/JA!, AL/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Mirjam Roder, GFL/Ursina Anderegg, GB/Nora Joos, JA!/Paula Zysset, JUSO/David Böhner, AL): Wie ist das Projekt «Belpmoos Solar» mit den klima- und energiepolitischen Zielen tatsächlich vereinbar, ohne den Anschein von Greenwashing zu erwecken?**

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden 7 und 8, die wir gemeinsam behandeln. Das sind zwei Interpellationen. Wird die Diskussion gewünscht bei Traktandum Nummer 7? Die wird gewünscht. Dann stimmen wir darüber ab. Ein Dritter muss sie genehmigen.

Abstimmung Nr. 032

2024.SR.0186: Diskussion

1/3 Quorum erreicht

Ja	50
Nein	15
Enthalten	0

Präsident: Die Diskussion ist genehmigt. Klar ist es ein bisschen witzlos, weil es fast das Gleiche ist, trotzdem stimmen wir der formhalber noch darüber ab, ob ihr auch bei Traktandum Nummer 8 die Diskussion genehmigen wollt.

Abstimmung Nr. 033

2024.SR.0186: Diskussion

1/3 Quorum erreicht

Ja	51
Nein	16
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch hier die Diskussion genehmigt. Ich erlaube mir noch die Vorbemerkung, dass zum genau gleichen Geschäft noch drei Vorstösse eingereicht worden sind. Wir werden in wenigen Wochen eine inhaltliche Debatte zum Thema haben. Ihr könnt aber natürlich selbstverständlich jetzt bereits zur Interpellation reden. Dann erteile ich auch hier für die Einreichenden das Wort an Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Wir machen heute eine Tour de Horizon durch die Wärmeversorgung und Stromproduktion etc. Und so gehört auch die geplante Photovoltaikanlage auf dem Belpmoos dazu. Ich habe den Vorstoss, wie auch schon bei den anderen gesagt, geerbt. Die Stadt Bern ist Grundeigentümerin von diesem Land und darum sind auch alle die Vorstösse eingereicht worden. Das ist der Bezug dazu. Und was die Stadt Bern dazu sagen kann, ist, dass sie den Baurechtsvertrag am Schluss anpassen muss, falls die Gemeinde Belp, der Nutzungszonenänderung, die nötig ist, für die Photovoltaikanlage auf dem Belpmoos zustimmt und auch der Kanton die Planung absegnet. Sonst gibt es eigentlich nicht allzu viel dazu zu sagen bzw. die Stadt Bern hat eigentlich gar nicht so viel mitzureden. Ich sage trotzdem noch etwas zu den kritisch erwähnten Punkten in den beiden Interpellationen. Es gibt einerseits die Diskussion zur Bedeutung von dieser Mager-/Trocken-Wiese, die auf diesem Territorium oder auf diesem Teil dieser Parzellen dort besteht, wo die Meinungen – das kann man ja in den Medien gut nachlesen –, auseinandergehen, wie wertvoll das jetzt hier tatsächlich ist. Es gibt auch die Stiftung Landschaftsschutz, die zum Beispiel sagt, das ist in der Landwirtschaftszone, das ist natürlich auch neben der Flughafenpiste und neben einem Gewerbegebiet. Also so intakt kann die Mager- und Trockenwiese vermutlich auch nicht sein, abgesehen davon, dass sie ja eingezäunt ist. Das ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Der Kanton hat diese Mitwirkung letzten Herbst auch schon gemacht. Und in diesem Zusammenhang ist die Umweltverträglichkeitsprüfung erstellt worden. Und ich glaube, da müssen sich die Experten am Schluss darüber streiten, was man mit dieser Mager- und Trocken-Wiese machen möchte auf diesem Areal. Ich glaube, die Lösung, die jetzt vorgeschlagen wird, dass man zwischen den Solarpanels Schafen weiden lässt, und dass die Biodiversität darunter leiden soll, das ist auch eher ein schlechter Witz. Aber vielleicht findet man ja wirklich noch eine smartere Lö-

sung, um diesem Vorwurf gerecht zu werden, dass man hier die Biodiversität einschränkt. Der andere Vorwurf, der ins Feld geführt wird, ist der vom Greenwashing, dass der Flughafen Bern-Belpmoos versucht, mit neuen Erträgen, die generiert werden können, aus der Photovoltaikanlage sich quer zu subventionieren und Ertragsausfälle, die in gewerblichen und nicht gewerblichen Fliegereiumfeld generiert werden, zu kompensieren. Ich glaube, da sind wir auch schon im Bereich der Hypothesen, weil zum Beispiel die BKW eigentlich 51% Beteiligung hat oder die Hauptinvestorin von dieser Photovoltaikanlage ist und man am Schluss, glaube ich, nicht genau sagen kann, welcher Cashflow tatsächlich an den Flughafen geht oder ob das eine Art von Gewinnbeteiligung ist. Und weil man eben, wie gesagt, nur den Baurechtsvertrag anpassen muss, ist wirklich die Frage, ob uns das am Ende so interessieren muss. Ich möchte noch zum Schluss kommen, weil Tom es schon gesagt hat, dass wir bald wieder darüber diskutieren werden, weil ja mehrere Vorstösse eingereicht wurden. Und da möchte ich trotzdem noch die Frage in den Raum stellen, die generelle Eigentumsfrage. Also man kann sich wirklich die Frage ernsthaft stellen, muss die Stadt Bern wirklich Grundeigentümerin vom Belpmoos sein? Ich glaube, das ist die Frage aller Fragen. Und mich würde es am Schluss schon noch interessieren, wie viel Erlös, dass man da herausziehen kann, wenn man das veräussern würde. Und vielleicht entsteht ja noch etwas Besseres, oder zum Beispiel nur eine Photovoltaikanlage ohne Flughafen am Schluss, das wäre ja vielleicht so eine Vision.

Präsident: Danke dir. Gibt es zu diesem Geschäft, zu diesen zwei Interpellationen, noch Fraktionsvoten? Für die Fraktion GLP/EVP, Roger Nyffenegger.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Da jetzt hier die Diskussion geführt wird, möchte ich mich im Namen der GLP/EVP-Fraktion auch noch zum Belpmoos äussern. Die geplante Solar-Anlage ist mit 12 Gigawatt Leistung von nationalem Interesse. Sie würde einen wichtigen Beitrag zum Winterstrom leisten mit 5 Gigawatt, das ist fast die Hälfte. Die Anlage ist ausserdem circa fünfmal günstiger als alpine Anlagen, weil es in diesem Industriegebiet schon Strassen hat, einfach bebaubar ist, der Strom unmittelbar in der Umgebung verbraucht wird und dafür die Leitungen vorhanden sind. Ausserdem ist es ein wichtiges Zeichen, dass auch die urbane Schweiz ihre Verantwortung wahrnimmt und nicht nur den Alpenraum zu bauen will. Man könnte sich fast keine besseren Gegebenheiten ausdenken. Es gab im Vorfeld zur Planung dieser Solaranlage einen Runden Tisch, zu dem unter anderem BirdLife, WWF, Landschaftsschutz und Pro Natura eingeladen waren. Die Idee war, einen Weg zu finden, wie man Energieproduktion und Biodiversität in Einklang bringen kann. Etwas, das absolut notwendig ist für die Energiewende. Man wird zum Beispiel keine Leitungen im Boden verlegen, dass man dort Grabarbeiten machen muss. Man wird die unter den Panels installieren. Es werden Pfähle in den Boden gerammt, wo die Module draufstehen, dass man die einfach zurückbauen kann und dort keine Betonfundamente giessen muss. Man ist also von der Seite Belpmoos früh im Prozess auf die Umweltverbände eingegangen, hat sie ins Boot geholt, ihre Anliegen aufgenommen. Nach dem Runden Tisch ist jetzt trotzdem ein anonymes Gesuch beim BAFU eingegangen, das jetzt noch hängig ist, das Projekt verzögert. Das ist also schon mal nicht optimal angesichts des Handlungsdrucks, den wir in der Energiewende haben. Wir brauchen unbedingt mehr Solarstrom, um dieser unsinnigen Atomdebatte den Stecker zu ziehen. Ich frage mich, wie Leute hinter diesem anonymen Gesuch die Energiewende weiter umsetzen wollen. Wegen diesem Gesuch ist momentan nicht sicher, ob die Solaranlage in diesem Umfang realisiert werden kann. Wenn das Gesuch angenommen wird, werden die notabene von Rollwegen und Pisten

zerschnittenen Trockenstandorte im Umfang von 21 Hektaren offiziell als Trockenwiese und -Weide ins nationale Verzeichnis aufgenommen. Sie werden dann nicht mehr mit einer Solaranlage bebaubar sein und können auch nicht kompensiert werden. Wenn sie nur im regionalen Register eingetragen wären, hätte man sie kompensieren können. Die betroffenen Trockenstandorte überschneiden sich mit dem Planungssperimeter der Solaranlage um etwa 9 Hektar. Die Solaranlage muss dementsprechend redimensioniert werden. Es ist aber immer noch möglich, dort eine zu bauen. Aber jetzt hier schon von Greenwashing zu reden oder die Biodiversität bedroht zu sehen, ist, denke ich, schon ein bisschen verrückt. Der Prozess der Beurteilung, ob es ein nationales Interesse besteht bei diesen Trockenwiesen, der läuft, lassen wir die Leute ihren Job machen und wenden wir uns diesem Geschäft wieder zu, wenn die Entscheidung vorliegt. Die GLP-EVP-Fraktion lehnt die Interpretation ab.

Präsident: Ich muss es nochmal sagen, wir werden wirklich die identische Diskussion in wenigen Wochen noch einmal führen. Aber als nächstes hat das Wort für die Fraktion GB/JA!, Mirjam Läderach.

Mirjam Läderach (GB) für die Fraktion: Die Dringlichkeit der Klimakrise ist klar, wie wir das auch schon im Geschäft vorher zur Energie- und Klimastrategie gehört haben. Für Netto-Null zu erreichen, müssen wir in der Stadt Bern die Energiewende endlich umsetzen. Das heisst weg von fossilen Energieträgern, vorwärts beim Reduzieren des allgemeinen Energieverbrauchs und nachher zur Elektrifizierung der Wärmeproduktion. Und das bedeutet auch, wir brauchen mehr Strom, wir brauchen vor allem mehr erneuerbaren Strom, Das grösste Potenzial liegt dabei bei der Solarenergie. Die GB/JA!-Fraktion ist einverstanden mit der Haltung des Gemeinderats, dass, und ich paraphrasiere hier: "ein starker und aktiver Zubau von PV-Anlagen in der Stadt Bern notwendig und erwünscht ist, um die Klimaziele zu erreichen." Für die GB/JA!-Fraktion ist aber auch klar, dass der Solarzubau umweltverträglich sein muss und in erster Linie auf Dächer, an Fassaden und auf Infrastruktur basieren soll. Das Potenzial auf bestehenden Bauten ist riesig und bisher kaum genutzt. Wie man vorhin auch schon gehört hat, Stadt Bern nutzt im Moment erst etwa 5% des vorhandenen Potenzials auf den bestehenden Dächern. Die Stadt liegt damit deutlich hinter dem kantonalen Durchschnitt, der aber auch tief ist, bei knapp 9%. Belpmoos Solar ist die bisher grösste geplante Freiflächen-Solaranlage in der Schweiz. Die Stadt Bern sieht das Projekt Belpmoos Solar als wichtigen Teil im Transformationsprozess zu einer klimaneutralen Stadt an und möchte mit dem produzierten Strom unter anderem den Ersatz von Gas- und Dampfturbinen in der Energiezentrale Forsthaus sicherzustellen. Auf einzelne Fragen, z.B. wie kann verhindert werden, dass der produzierte Spitzenstrom – das Projekt Belpmoos Solar nicht spezielle Windstromvorteile hat –, nicht zu unerwünschten Wirkungen im Strommarkt führt oder wie bidirektionale Lademöglichkeiten für Elektroautos als lokale Speicher genutzt werden könnten, hat der Gemeinderat momentan noch keine zufriedenstellende Antwort.

Wir leben in einer Zeit von multiplen Krisen. Hand in Hand mit der Klimakrise geht der Biodiversitätsverlust. Und die Schweiz ist hier führend im Artensterben. Im Vergleich mit unseren Nachbarländern geht die Biodiversität hier rekordverdächtig schlecht. Ein Drittel aller Tiere und Pflanzenarten in der Schweiz sind ausgestorben oder gefährdet. Die Hälfte aller Lebensräume sind bedroht und 25% der Trockenwiesen und Weiden, mehr dazu noch später, sind seit dem Jahr 1900 verschwunden. Die Antworten des Gemeinderats zu diesen zwei Interpellationen geben unserer Meinung nach der Biodiversität zu wenig Gewicht. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass er der

Biodiversität einen hohen Stellenwert zuschreibt und meint, das Projekt Belpmoos Solar sei mit den städtischen Biodiversitätszielen vereinbar. Ja, die Stadt Bern hat letztes Jahr das neue Biodiversitätskonzept 2025 bis 2035 verabschiedet. Das ist für die Stadtverwaltung und auch für den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ein verbindliches Instrument. Das Biodiversitätskonzept zeigt, wie städtische Flächen naturnah gestaltet werden können. Im Zentrum steht das Ziel, bis 2035 mindestens 20% des Gemeindegebiets biodiversitätswirksam zu gestalten, zu nutzen oder zu bewirtschaften. Das Ziel von 20% biodiversitätswirksamer Fläche ist aber vielleicht nicht die richtige Zielgrösse für die Beurteilung des Projektstandortes Belpmoos Solar. Ein Biodiversitätsförderungskonzept, das für den städtischen Raum erstellt wurde, wird der Bedeutung der Trocken- und Magerwiesen nicht gerecht. Trocken- und Magerwiesen gehören zu den artenreichsten Lebensräumen und haben eine besonders grosse Bedeutung für den Erhalt der Biodiversität. Der ökologische Wert der Fläche auf dem Flugplatz ist breit anerkannt. Es ist die grösste Trocken- und Magerwiese im ganzen Mittelland und sie ist mit umliegenden Auengebieten und Flachmoor von nationaler Bedeutung und auch der renaturierten Gürbe vernetzt. Klar ist, es handelt sich also um einen Lebensraum von grosser ökologischer Bedeutung, der durch den Bau einer Freiflächen Solaranlage gefährdet ist.

Dass die Stadt Bern das Projekt so klar positiv beurteilt und aktiv unterstützt, im Wissen darum, dass es sich allenfalls um ein Biotop von nationaler Bedeutung handeln könnte, finde ich die GB/JA!-Fraktion irritierend. Bei der kritischen Prüfung, wie sie auch der Gemeinderat vorgenommen hat, kommen wir anders als der Gemeinderat nicht zum Schluss, dass Belpmoos Solar mit den Werten und Zielen der Stadt Bern vereinbar ist. Das Projekt Belpmoos Solar setzt unserer Meinung nach falsch an. Für die GB/JA!-Fraktion ist klar, dass Solaranlagen prioritär auf bestehende Bauten gehören und nicht in anerkannte, schützenswerte Naturschutzgebiete wie das Belpmoos. Die Energiewende darf nicht auf Kosten von Biodiversität und Naturschutz umgesetzt werden. Darum hat die GB/JA!-Fraktion Anfang des Jahres Motionen eingereicht, die der Gemeinderat beauftragt, die Baurecht- und Pachtverträge nicht anzupassen und damit nicht die Zweckbestimmung für die Nutzung eines Solarkraftwerks zu ändern. Weiter soll der Gemeinderat eine Quersubventionierung des Flughafen Bern-Belp verhindern und Schritte für die Biodiversitätsförderung beim Belpmoos sowie für den Weiterausbau von PV-Anlagen auf städtischen Infrastrukturen vorantreiben. Die GB/JA!-Fraktion ist mit den Antworten des Gemeinderats zu diesen zwei Interpellationen nicht zufrieden. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci, dann als nächstes für die Fraktion SP/JUSO, Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Ich kann mich meiner Vorrednerin in Sachen Wert dieser PV-Fläche nur anschliessen. Ich möchte jetzt darauf verzichten, noch weiter auf den Naturwert einzugehen. Dazu werden wir heute und wahrscheinlich bei den Diskussionen zu den Motionen noch viel mehr hören. Nur so viel die Errichtung einer Freifläche Photovoltaik-Anlage stellt einen grossen Eingriff in den ökologisch sensiblen Lebensraum dar. Darum lohnt es sich eben genau auch hinzuschauen, wie sich die Stadt oder der Gemeinderat in diesem Projekt verhalten. Und darum ist auch eine Diskussion über die Haltung des Gemeinderats an dieser Stelle wichtig, aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion. Zurzeit, wie wir es gehört haben, ist die Prüfung über den Wert dieser Fläche noch beim Bundesamt für Umwelt hängig. Die Frage dreht sich darum, ob es sich bei dieser TWW-Fläche (Trockenwiesen und -weiden) um ein Biotop von

nationaler Bedeutung handelt. Falls das so wäre, ist das Projekt mehr oder weniger Geschichte. Und auch wenn das BAFU die TWW-Fläche nicht als nationales Interesse erklärt, ist noch nicht sicher, ob und wann die Anlage kommen könnte. Selbst von einem neutralen Standpunkt aus gesehen, muss man sagen, es gibt noch viel zu viele Unsicherheiten für das Projekt. Da ist zum einen der grosse Widerstand, den das Projekt ausgelöst hat. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Und zum anderen sind da noch die offenen juristischen Fragen. Dabei ist nicht nur an den Entscheid des BAFU zu denken, sondern auch an einen möglichen Rechtsweg, der bestritten werden könnte. Und das ist gar nicht einmal so unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, dass der Kanton die Fläche schon einmal als nationale TWW hat inventarisieren lassen wollte. Klar kann man das auch politisch hinterfragen.

Ist die Qualität dieser TWW wirklich noch so hoch? Gäbe es nicht auch Potenzial Biodiversität und erneuerbare Energieproduktion zusammenzudenken und zu fördern? Auch bei unserer Fraktion sind die Meinungen unterschiedlich und je nach Bewertung der Biodiversität und der erneuerbaren Energieproduktion liegt die Unterstützung für dieses Projekt anders. Ein Teil wertet die Notwendigkeit nach Solarstrom höher, andere geben der Biodiversität oder der fragwürdigen Finanzierung des Flughafens über die Aktiengesellschaft höheres Gewicht. Diese Diskussion muss geführt werden und ich freue mich schon darauf, wenn wir das in ein paar Wochen machen. Aber Fakt ist, die Anlage ist noch nicht in trockenen Tüchern. Umso erstaunlicher ist es, dass sich der Gemeinderat ganz klar für die Anlage ausspricht und sie sogar für den Ersatz des Gas- und Dampfkombikraftwerks (GuD) in Betracht zieht. Sprich, das Gas vom GuD, das bis 2035 vom Netz kommt, soll mit dem Solarstrom von einer Anlage gespiesen werden, von der wir noch nicht wissen, ob sie kommt. Das ist sehr riskant und bleibt hoffentlich nur ein Beispiel in der Interpellationsantwort. Mit diesem Vorgehen kreierte der Gemeinderat ein Klumpenrisiko bei einem essentiellen Element der nachhaltigen Wärme- und Stromproduktion. Wir fordern daher den Gemeinderat auf, hier mit der gebotenen Vorsicht vorzugehen und den Ersatz des GuD sorgfältig zu planen. Ein weiterer Punkt, der Diskussionen in unserer Fraktion ausgelöst hat, ist die finanzielle Bedeutung dieser Solaranlage für den Flughafen. Aber diese Diskussion scheint uns jetzt verfrüht. Erst soll Klarheit geschaffen werden, ob die Solaranlage nach dem Natur- und Heimatschutzgesetz an dieser Stelle überhaupt gebaut werden kann. Als kurzes Fazit: Der Gemeinderat spricht sich in seiner Antwort klar für die Anlage aus, noch bevor bekannt ist, wie wertvoll die Fläche wirklich ist. Noch bevor eine UVP öffentlich vorliegt. Klar, der Gemeinderat hat auch ein gewisses Interesse an einer Nutzungsänderung. Aber aus unserer Sicht fehlt noch die notwendige Vorsicht und der Weitblick, was das Projekt auch für Biodiversität, für nachhaltige Energieproduktion für die Stadt könnte heissen.

Präsident: Merci. Die SVP teilt sich das Votum, für den ersten Teil, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Jetzt haben wir genau die Diskussion, die ich vorhin bei der Energiestrategie aufgelegt habe. Auch unsere Fraktion ist in dem Punkt nicht gleicher Meinung. Es gibt verschiedene Gründe, aber ich habe gesagt – ich danke den Interpellanten –, dass ich zu denen gehöre, die das sehr kritisch sehen. Aus der Sicht des Flughafens ist das eine gute Lösung. Da kann man nachher für sich selber Photovoltaik machen. Aber wenn man sich das anschaut, hat es zwei Gründe, weshalb ich sehr dagegen bin. Der eine Grund ist eine Ungleichbehandlung der Privaten. Wie ihr wisst, wenn ihr eine Solaranlage habt, dann dürft ihr diese unter Umständen zwischen 12 Uhr und 14 Uhr einspeisen. Dann, wenn die Sonne scheint, dürft ihr nichts ins Netz geben. Das Gleiche, wenn ihr ein Restaurant führt, dann sagt man euch, ja,

Filet dürft ihr schon machen, aber ihr dürft nur Filet verkaufen und zwischen 9.30 Uhr und 11.15 Uhr den Holzkohlegrill in Betrieb nehmen. Und dann könnt ihr vielleicht nochmal zwischen 15.15 Uhr und 16.30 Uhr warme Küche machen, sonst nicht. Und beim Privaten, von dem verlangt ihr das. Und der zweite Punkt, wo ich hier einfach verdammt skeptisch bin: Wir haben hier Fruchtfolgeflächen. Wir haben hier Naturschutzgebiete in der Gegend und es kann für mich einfach nicht sein, dass man dort auf dieser grünen Wiese, weil es jetzt gerade passend ist und der Flugplatz das nötig hat, das attestiere ich noch, dass man dort jetzt Solarpanels aufstellt. Also ich bin der Erste, der sagt, Solarpanels auf einer Siloanlage oder irgendwo auf einer grossen Halle für landwirtschaftliche Maschinen ist das richtig. Da habe ich gar nichts dagegen. Dort kann man es machen. Aber es kann doch nicht sein, dass man nachher eine Solaranlage auf dem grünen Feld macht, einfach mit der Begründung, dass es eben gut für den Flughafen und gut für die Stadt Bern ist, die daran beteiligt ist. Da muss ich sagen, das ist für mich als Jurist, das ist eine recht ungleiche Behandlung und ich bin gespannt, wie die Motionen, wie die nachher behandelt werden. Aber ihr seht also, auch unsere Fraktion ist da unterschiedlicher Meinung. Aber ich würde durchaus signalisieren, dass in Richtung der Interpellanten, dass der Feuz auf eurer Seite sein wird.

Präsident: Merci und für den zweiten Teil, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Ich habe es vorhin schon erwähnt, es ist wichtig, dass man mit verschiedenen Energieträgern arbeitet. Einerseits will man das Gas nicht mehr so, da muss man vielleicht wieder auf eine andere Energie setzen. Hier haben wir jetzt die Möglichkeit, eine der grössten Solaranlagen mit der BKW, mit der Stadt, mit der EWB zu realisieren. Das sind etwa 35 Gigawattstunden Strom pro Jahr. Das ist eine sehr grosse Menge. Das wäre eine Win-Win-Situation. Das Land, das dort für den Flughafen reserviert ist, kann man auch nicht für die Landwirtschaft brauchen. Man hat Vorschriften auf dem Flughafen, Sicherheitsvorschriften für die Flugzeuge, die landen und starten. Darum ist es wichtig, dass man das Land auch gut nutzt. Und es ist so, dass man sogar unter den Solaranlagen noch Schafe oder Ziegen weiden lassen kann. Und dort könnte man auch noch ein bisschen Ertrag erwirtschaften. Ich persönlich bin für die Solaranlage, weil das wirklich eine grosse Win-Win-Situation ist, auch für den Flughafen Belp. Ihr wisst, eine Zeit lang war der auch immer ein bisschen in den roten Zahlen. Und durch dieses Projekt, dieses Energieprojekt, das dort realisiert werden könnte, wäre es eigentlich auch finanziell eine sehr gute Sache. Besten Dank.

Präsident: Merci, für die Fraktion AL/PdA/TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Merci, Thomas für die Ausführungen zum Nutzen für den Flughafen. Ich möchte nur kurz aus der Interpellation zitieren, Traktandum 7: Wie kann der Gemeinderat versichern, dass es sich bei diesem Projekt nicht um ein finanzielles Sanierungsprojekt für die Flughafen Bern AG und nicht um Greenwashing handelt? Nachher die Antwort des Gemeinderats: Das Projekt Belpmoos Solar bildet einen Baustein unter mehreren im Zusammenhang mit dem notwendigen Ausbau der Photovoltaik in der Region Bern. Dann kommt, wieso es wichtig ist: Er ist zum Schluss gekommen, dass Belpmoos Solar mit den Werten und Zielen der Stadt Bern vereinbar ist und ein weiteres wichtiges Element zur Erreichung der Klimaziele beitragen wird. Falls ihr die Antwort aufmerksam gelesen habt, stellt ihr fest, dass der Gemeinderat mit keinem einzigen Wort die gestellte Frage beantwortet hat. Also das Sanierungsprojekt des Flughafens Bern. Vielleicht hat er Tipps vom letzten Kommunikationskurs befolgt,

wo gelehrt wird, dass man unangenehme Fragen einfach übergehen kann, indem man über irgendein anderes Thema spricht, welches nichts damit zu tun hat. Eine solche Antwort spricht Bände. Auch wenn oder gerade, weil nichts darüber gesagt wird. Die Nichtbeantwortung dieser Frage zeigt durchaus Parallelen zum ganzen Solarprojekt auf dem Belpmoos aus. Belpmoos Solar ist die falsche Antwort auf die richtig gestellte Frage. Die Frage ist, wie können wir die Energiewende vollziehen? Die falsche Antwort, indem wir eine der grössten zusammenhängenden Trocken- und Magerwiesen des Mittellandes mit Photovoltaik überbauen, obwohl die bestehende geeignete Infrastruktur viel zu wenig für Photovoltaik genutzt wird, nämlich vor allem die Hausdächer und andere Infrastrukturanlagen in der Stadt Bern. Der Gemeinderat spricht von einer sorgfältigen Abwägung. Aufgrund der Antworten auf die gestellten Fragen haben wir da unsere Zweifel, ob wirklich sorgfältig abgewogen und abgeklärt wird. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass die Entscheide alle schon gefallen sind. Jetzt müssen einfach noch die lästigen Umwelt- und Biodiversitätsfragen halbwegs gesetzeskonform beantwortet werden und dann kann es losgehen. Auf, dass der Flughafen Belpmoos ein neues Businessmodell umsetzen kann, damit der Flughafen auch die nächsten 100 Jahre übersteht und die pauschal besteuerten Milliardäre aus Gstaad weiterhin einen bequemen Platz haben, wo sie ihre Privatjets landen und parkieren können. Die Fraktion AL/PdA/TIF setzt sich für Biodiversität ein und für den Schutz von gefährdeten Tier- und Pflanzenarten und auch aus diesen Gründen für die Einstellung des Flughafenbetriebs auf dem Belpmoos. Mit dem Projekt Belpmoos Solar, so wie das jetzt aufgelegt ist, wird nichts davon erreicht. Darum bekämpfen wir das und sind nicht zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats.

Präsident: Vielen Dank, als nächstes für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: "Bälpmoos spick mi furt vo hie" und ja, gerne lieber heute als morgen mit einem Solarflugzeug oder sonst einer nachhaltigen Möglichkeit in die Luft zu gehen. Für die Transformationen, für die Energiezukunft müssen wir alle einen Beitrag leisten. Auf dem kleinen Raum, den die Schweiz dafür zur Verfügung hat, heisst es, einen Mix zu finden, heisst es, Biodiversität mit Energieproduktion abzuwägen und beides auf den passenden Flächen zu fördern. Wo wären wir ohne die Flächen in den Alpen für die Wasserkraft in unserem Energiemix heute? Wo wären wir ohne die windstarken Täler, die den Dialog für die Windkraft vorantreiben? Während aber alle hochalpine Solaranlagen blockiert werden, die Windkraft vor dem Volk einen schwierig Stand hat und sogar wieder Stimmen aufkommen, die zurück zu AKW gehen wollen, ist es wichtig, dass wir zumindest von der Stadt Bern, von der Stadt-Berner Politik aus, Vertrauen in die Energiewende schaffen und einen Gegentrend setzen. Und das können wir hier im Belpmoos. Eine Fläche, die sich anbietet. Was für ein Bild geben wir als Stadt ab, wenn wir ein erneuerbares Energieprojekt auf einer Fläche neben dem Flughafen bekämpfen, noch bevor alle Fakten auf dem Tisch liegen. Vielmehr müssen wir als Stadt die wenigen, grossen, erneuerbaren Energieprojekte, die wir in nächster Nähe zur Stadt, sogar auf eigenem Stadtgebiet haben, und an denen wir uns beteiligen können, mit offenen Armen entgegennehmen und fördern. Heute haben wir eine Energie- und Klimastrategie verabschiedet, lasst uns den Weg auch aktiv gehen, auch auf dem Belpmoos. "Mir ist scheisse gleich, wann und wie. Numme gli, numme gli, numme gli, numme möglichst gli."

Präsident: Merci und für die Fraktion FDP, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Für mich ist das Belpmoos nicht eine Magerwiese, sondern primär der Flughafen von Bern. Das ist eine wichtige Infrastruktur. Zürich hat einen grossen Flughafen, Bern einen kleinen. Das zeigt vielleicht auch die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Zürich und Bern. Der Flughafen wäre eine wichtige Infrastruktur. Und nein, der Flughafen Bern ist nicht einfach für Milliardäre. Der Flughafen Bern ist auch quasi der Ausgangspunkt für ganz viele Leute, die zum Beispiel mit der Helvetik in die Ferien fliegen, die einmal im Jahr ausspannen gehen. Die Leute, die vielleicht auch ihr vertreten möchten. Und was ich auch ein wenig staune, heute Abend, ist, dass ich vor allem höre, Atom, Atom, Atom. Dabei reden wir über eine Solaranlage. Es spricht niemand von einem AKW auf dem Belpmoos, sondern von einer Solaranlage. Wenn die Solaranlage dieser wichtigen Infrastruktur hilft, dem Flughafen Belp auch tatsächlich Geld einzunehmen, weil wir zu wenige Flugbewegungen haben, dann ist das eine gute Sache. In diesem Sinne bin ich zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats.

Präsident: Danke. Ich gehe nicht davon aus, dass es hier noch weitere Voten gibt. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Merci für die engagierte Debatte. Merci für die vielen Argumente, die gekommen sind. Der Stadtratspräsident hat es gesagt, wir werden die Debatte jetzt bald noch einmal führen. Wir nehmen die Argumente entgegen. Es wird nichts entschieden. Ich kann euch versprechen, es wird kein Nagel eingeschlagen auf dem Belpmoos. Es wird nichts unterschrieben in der Zeit, bis wir die Debatten führen über die hängigen Motionen und dann wird dann auch entschieden, seitens des Stadtrats entschieden. Und ich würde vorschlagen, dass ich die Zeit, die ich vorher für die Energie- und Klimastrategie zu viel gebraucht habe, hier wieder einspare und dann führen wir die Debatte, wenn wir dann auch die Motionen auf dem Tisch haben und etwas zu entscheiden haben. Bis dann passiert nichts, aber wir werden das verarbeiten, was wir heute gehört haben und werden euch dann noch die Antworten geben. Vielen Dank.

Präsident: Danke vielmals. Ich habe diverse Zufriedenheitsgrade zugetragen bekommen. Der Votant für die Einreichenden ist nicht hier. Ich bewerte es mal als "nicht zufrieden" bei beiden. Wenn da noch Widerspruch käme, müsst ihr es sagen.

2024.SR.0148

- 8 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GFL, SP/JUSO, AL/PdA (Ursina Anderegg, GB/Marcel Wüthrich, GFL/Nora Joos, JA/Chandru Somsundaram SP/Paula Zysset, JUSO/David Böhner, AL): Wie gestaltet sich das Projekt «Belpmoos Solar» aus und inwiefern ist es mit den Biodiversitätszielen der Stadt Bern vereinbar?**

Traktandum 7 und Traktandum 8 werden gemeinsam behandelt. Diskussion unter Traktandum 7

2024.SR.0070

- 9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Braucht es noch weitere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz bis der Gemeinderat**

seinen politischen und rechtlichen Kampf gegen die Änderungen des kantonalen Polizeigesetzes aufgibt?

Präsident: Dann wären wir bei den Traktanden Nummer 9 und 10. Wir behandeln die gemeinsam. Es sind zwei Richtlinien-Motionen, die sind beide bestritten. Ich erteile das Wort für die Einreichenden an Alex Feuz. Du redest gleich zu beiden? Gut, du kannst gleich zu beiden reden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Als erstes kann ich eine gute Nachricht mitteilen. Wir ziehen 0070 zurück. Als wir es damals eingereicht haben, hatten wir die Befürchtung – wir haben es schon versucht, es dringlich zu machen –, dass der Kanton bei einem allfälligen Referendum mitmachen würde. Das ist ja gar nicht ergriffen worden, ist auch nicht zustande gekommen. Von dem her ist das gegenstandslos. Wir müssen gar nicht mehr darüber reden. Also auch an die Vertreter der Linken, also das 0070 ist zurückgezogen. Wir reden nur über die Motion 069. Auch hier verlangt der Gemeinderat die Ablehnung. Ich möchte einfach klar festhalten, wie ihr wisst, habe ich an diesem Gespräch teilgenommen. Ich habe wirklich die Hoffnung, dass es dort gut rauskommt. Aber eines ist für mich entscheidend. Ich habe immer gesagt, dass die Stadt Bern autonom das Nötige veranlassen sollte. Was ist passiert? Jetzt hat der Grosse Rat, gestützt auf unseren abgelehnten Vorstoss, jetzt selber eben eine Motion durchgesetzt, wo jetzt mit allenfalls unkonventionellen Massnahmen die nötige Sicherheit soll hergestellt werden. Jetzt hat die Stadt Bern eigentlich die einmalige Chance, dass ihr unsere Motion annehmt. Dann hättet ihr nämlich mehr oder weniger die Motion des Grossen Rates schon umgesetzt. Und ihr habt auch gesehen, wie wir es geschrieben haben: "Eine möglichst unauffällige und von mutwilligen Beschädigungen geschützte, geeignete Videoüberwachungsanlage montiert wird." Ihr kennt jetzt die Drohnentechnik, die im Ukraine-Russischen Krieg zur Anwendung kommt. Wenn man dort mitten auf der Schützenmatte einen Pfosten macht, einen grossen Metallpfosten, und dort oben eine Videokamera aufhängt, dann ist mir auch klar, dass die nicht lange bleibt. Das ist Thomas Glauser und mir klar. Darum muss sie eben geeignet sein. Als wir es eingereicht haben, war es 2024 und der Zwischenfall mit den Macheten ist danach passiert. Ihr seht, es ist ein Hotspot, es ist wirklich ein gefährlicher Ort. Ich bin auch nicht derjenige, der sagt, dass man wie in China jeden Quadratmeter an sensiblen Punkten überwachen muss. Aber dort, nach all diesen Vorfällen, bin ich der Meinung, wäre es für Passanten, Besucher und Angehörige der Notfalldienste absolut für die Sicherheit sinnvoll, dass man dort eine geeignete Videoüberwachung macht. Die könnte unter Umständen auf einem Haus im Bollwerk montiert sein. Die Technik ist heute weiter als in den 60er oder 70er Jahren, wo man so eine schwache Kamera in einem Hauseingang hatte. Heute kann man mit den neuesten Techniken ganz andere Dinge machen, wo man zoomen kann oder was auch immer. Darum sind wir ganz klar der Meinung, dass wir das hier machen müssten. Der Gemeinderat lehnt das ganz klar ab, aber denkt daran, der Grosse Rat hat das überwiesen. Und mit der Chance, die ihr heute Abend habt – ich glaube nicht, dass ihr die ergreift –, aber der Feuz hat da noch einmal eine Brücke gebaut, dass die Stadt selber autonom das umsetzen kann, in eigener Regie. Aber ich befürchte, dass ihr es nicht machen wollt. Und ich bin wirklich der Meinung, wenn wir jetzt die Fälle sehen, die man kennt, wäre die Ultima Ratio, dass man es hier machen würde. Ich bin gespannt, wie die Diskussion verlaufen wird. Im Rahmen der Fraktion wird nachher Thomas Glauser das Wort ergreifen. Danke.

Präsident: Merci, ich halte fest, Traktandum 9 ist zurückgezogen.

Traktandum 9 wird zurückgezogen.

2024.SR.0069

10 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Braucht es noch weitere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz, bis der Gemeinderat dort selber Überwachungskameras aufstellt?

Das Votum der Einreichenden wurde bereits unter Traktandum 9 gehalten.

Präsident: Wir behandeln somit noch Traktandum 10. Ihr könnt euch für allfällige Fraktionsvoten anmelden. Dann hat für die Fraktion AL/PdA/TIF, David Böhner das Wort.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Wir haben es gehört, gestern hat der Grosse Rat hier über die Reitschule diskutiert. Offenbar haben sie nichts Spannenderes zu reden als über das Kulturzentrum in der Stadt Bern, das in städtischer Hand ist und zu dem der Kanton eigentlich nicht viel zu sagen hat, auch wenn es von der SVP-Seite immer wieder probiert wird. Die SVP, die sonst immer die Gemeindeautonomie hochhält. Unkonventionelle Methoden, na ja, in meinem Verständnis ist die Videoüberwachung etwas sehr Konventionelles, nicht sehr phantasievoll und auch nicht zielführend. Auch wenn man es hundertmal wiederholt, wird die Forderung nicht wahrer. Eine Videoüberwachung auf dem Vorplatz nützt nichts, um die Situation zu verbessern. Es sind andere Massnahmen gefragt. Dass die Situation auf dem Vorplatz der Reitschule insbesondere im letzten Jahr schwierig und herausfordernd ist, vor allem auch für die Betreiber*innen des Kulturzentrums, das ist bekannt. Die verschiedenen Gewaltvorfälle Ende letzten Jahres haben dazu geführt, dass die Situation dermassen untragbar geworden ist für das Kulturzentrum, dass die IKUR im Januar den Betrieb für mehrere Wochen eingestellt hat, um über die Bücher zu gehen und sich zu überlegen, was sich ändern muss, damit sich eine nachhaltige Verbesserung der Situation einstellt. Viele der Probleme auf dem Vorplatz und auf der Schützenmatte haben soziale und politische Ursachen, die die Betreiber*innen, aber auch der Berner Stadtrat wenig beeinflussen können. Das ist eine frustrierende Ausgangslage. Wir wohnen immer noch in einem der reichsten Länder der Welt. Trotzdem sind die Armut und die Perspektivlosigkeit für immer mehr Menschen ein riesiges Problem. Die Auswüchse davon werden auf dem Vorplatz der Reitschule sichtbar. Es treffen sich Leute dort, die durch alle Maschen des Sozialstaates oder eben nicht so sozial fallen. Das sind Leute mit multiplen Problemen, die unsere Gesellschaft nicht lösen kann. Und die Antwort der Politik ist oft, dass man die Polizei schickt, um die Menschen, die stören, zu drangsalieren in der Hoffnung, dass sie sich in der Luft auflösen. Weil sie das nicht können, solange sie noch leben, ist das Kalkül, dass sie vielleicht die Landes- oder wenigstens die Kantonsgrenze überqueren. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Konfrontiert mit diesen Menschen, die sich ja eben nicht können und auch nicht wollen in Luft auflösen, sind dann die Betreiber*innen der Reitschule. Zusammen mit den Freiwilligen des Vereins Medina und zum Teil auch mit den Sozialarbeiter*innen der kirchlichen Gassenarbeit versuchen sie so gut wie möglich zu helfen. Viel mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein kann das aber nicht sein. Aber manchmal hilft auch einfach ein Wahrnehmen, ein bisschen Verständnis und ein Gespräch gegen die Verzweiflung, die überhandnimmt. Was in dieser Situation sicher nicht hilft, sind die Videokameras

der SVP. Was würde helfen ist, wenn ihr euch bei euren Regierungsräten und Grossräten dafür einsetzen würdet, dass nicht noch mehr Sozialabbau betrieben wird, nicht noch mehr Gelder in der Psychiatrie gestrichen werden und dass nicht noch mehr soziale Projekte eingestellt werden. Das wären vielleicht auch keine unkonventionellen Methoden, aber wenigstens konkrete Schritte mit konkreten Konsequenzen. Was auch hilft, ist, dass der Dialog zwischen der Verwaltung und der Betreiber*innen des Kulturzentrums seit Anfang des Jahres intensiviert wurde. Hinter den Kulissen laufen im Moment viele Gespräche und es werden Überlegungen gemacht und weitere nötige Massnahmen diskutiert und aufgegleist. Und was auch hilft, ist, dass die Reitschule ihre Präsenz auf dem Vorplatz ausgebaut hat und gemerkt hat, dass es nicht geht, den Platz einfach sich selber zu überlassen. Das ist mit viel Aufwand verbunden. Wenn das nicht einfach eine vorübergehende Feuerwehrrübung sein soll, braucht es dafür zwingend zusätzliche Unterstützung der Stadt. Die Fraktion AL/PdA/TIF lehnt die Motion selbstverständlich ab, weil mit der geforderten Videoüberwachung keine Probleme gelöst werden.

Präsident: Danke, als Nächstes für die SP/JUSO, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Ich habe schon an anderer Stelle gesagt, dass ich eigentlich ein grosser Fan von dieser funktionierenden Opposition bin. Gerade wenn in unserer Stadt die Mehrheit so klar ist, ist es wichtig, dass die Opposition die richtigen Fragen stellt und schaut, ob die Regierung ihre Arbeit richtig macht, wenn sie es denn macht. Die Motionäre haben jetzt zwar den Vorstoss zurückgezogen, aber ich möchte ihn nicht weiter kommentieren, aber ja. Es war nicht einmal plumper Populismus, das war Dilettantismus. Politik frei von Fakten und wissentlich falschen Behauptungen. Selbst mit der Grammatik ist man nicht klargekommen. Die Probleme auf der Schützenmatte, David Böhner hat es klar gesagt, was die Situation ist. Die Probleme auf der Schützenmatte werden von niemandem bestritten, schon gar nicht von den Leuten, die täglich damit konfrontiert sind. Gerade auch die Menschen der Reitschule, die dort arbeiten und agieren und damit fertig werden müssen. Aber das Problem für die Reitschule, aber das ist das Problem für die Reitschule, das ist nicht ein Teil davon. Und schon gar nicht ist die Reitschule, wie so oft falsch behauptet, Ursache von diesen Problemen auf der Schützenmatte. Gleichzeitig sollte inzwischen klar sein, dass die Kriminalität dort andere Ursachen hat als die Reitschule. Ebenso ist klar, dass die Polizei bzw. die Repression allein die Probleme nicht lösen können, übrigens auch nicht eine Videoüberwachung. Erfahrungen aus anderen Ländern und Kantonen zeigen, eine Videoüberwachung führt höchstens dazu, dass sich solche Hotspots verschieben. Vielleicht auf dem Thunplatz, was dem Motionär wahrscheinlich auch nicht gefallen würde. In der Reitschule sind sich alle Akteure der Probleme auf der Schützenmatte bewusst, wie ich es schon gesagt habe.

Aber es ist mit der neuen Legislatur auch frischer Wind in die Sache gekommen. Die Reitschule ist Angelegenheit der Chefin bei der neuen Stadt. Der Gemeinderat kommuniziert seit Anfang des Jahres aktiv über die Situation. Es hat sogar einen breit aufgestellten Runden Tisch zum Thema gegeben, mit einem Motionär. Es gibt durchaus gute überparteiliche Möglichkeiten, die Probleme auf der Schützenmatte und im Umfeld der Reitschule zu lösen, in Zusammenarbeit mit der Reitschule anzugehen. Schnellschüsse und Leerläufe wie diese Vorstösse hier bringen nichts. Der Grosse Rat hat ja gestern die Motion überwiesen, aber der Regierungsrat soll mit unkonventionellen Mitteln, womit scheinbar nicht rechtsstaatliche Mittel gemeint sind, gegen die Reitschule vorge-

hen. Ich weiss beim besten Willen nicht, wie sich unser Stadtrat oder unser demokratisch gewählter Gemeinderat sich irgendwie dem dahinter stellen sollte. Merci. Die SP-JUSO-Fraktion wird die Motion ablehnen. Merci.

Präsident: Dann für die Fraktion FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die Eskalation der Gewalt rund um die Berner Reitschule hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Machete-Angriff, Ende 2024, wo einem Mann auf dem Vorplatz ein Finger abgetrennt wurde, zeigt eindrücklich, wie ernst die Lage ist. Die Situation ist so bedrohlich, dass die Reitschule selber die Konsequenzen gezogen hat und für zwei Wochen zugetan hat. Wenn also selbst diejenigen, die diesen Raum verteidigen, ihn nicht mehr für sicher halten, dann ist das ein Alarmsignal, das wir nicht einfach ignorieren dürfen. Die Zahlen sprechen für sich. 28 schwere Körperverletzungen seit 2018, Tendenz steigend. Und lieber Gemeinderat, es sind nicht nur 28 schwere Körperverletzungen, sondern es sind 28 lebensgefährliche Verletzungen von Menschen. 28 Verletzungen zu viel. Bisherige Massnahmen haben offenkundig nicht ausgereicht. Mehr Polizeipräsenz, private Sicherheitsdienste oder politische Anpassungen konnten die Gewalt nicht eindämmen. Das haben wir alles probiert. Es braucht darum zwingende Massnahmen, die nachweislich wirken. Und das könnte eben die gezielte Videoüberwachung sein. Unauffällig installiert vandalismussicher und zweckgebunden kann sie helfen, dort so zu überführen und abschreckend zu wirken. Andere Städte haben es vorgemacht. In Zürich sind durch Kameras am Hauptbahnhof mehrfach schwere Straftaten aufgeklärt worden. Und auch in Basel tragen gezielte Videoüberwachungen dazu bei, Beruhigung in die Lage zu bringen. Es geht nicht um flächendeckende Überwachung, sondern um eine klare Antwort auf ein konkretes Problem. Wer jetzt noch die Realität schönredet oder das Problem relativiert, handelt fahrlässig. Es ist nicht gezielte Videoüberwachung, die unsere Freiheit bedroht. Es ist die Kriminalität, die Menschen von öffentlichen Plätzen verdrängt. Es ist höchste Zeit, pragmatisch zu handeln, sonst diskutieren wir gleich nicht mehr über Sicherheitsmassnahmen, sondern über die nächste Gewalttat. Die FDP wird die Motion annehmen.

Präsident: Dann für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Die Sicherheit ist ein Gut, auf das jeder Mensch Anspruch hat. Vor der Reithalle haben wir gesehen: Wenn wir auf das letzte Jahr zurückblicken, so sind 481 Anzeigen gemacht worden. Das sind 481 Straftaten. Die Reithalle und der Vorplatz sind der kriminellste Hotspot der Schweiz. Und es stört mich wirklich, dass man das alles immer noch schönredet. Wenn man von den Klimazielen redet, redet man von Sicherheit. Wenn man von den Klimazielen redet, nimmt man Paris in den Mund, weil die auch schöne Klimaziele hat. Wenn man aber die Sicherheit in Paris anschaut, haben die 9500 Videokameras in Paris. An den Bahnhöfen, an den öffentlichen Hotspots, wo eben kriminelle Taten begangen werden. Und wir in der Hauptstadt, die eigentlich die Sicherheit der Menschen, der Mitmenschen gross-schreiben sollten, vernachlässigen das und sagen, Kameras braucht es nicht. Doch es braucht eben Kameras, es braucht eben Überwachung, es braucht eben, dass die Leute sensibilisiert werden und auch wieder Sicherheit bekommen, dass wir von diesem Parlament etwas machen. Und es ist beschämend, dass auch der Kanton, die Stadt Bern, verschiedene Dinge vorschreiben muss, damit die Sicherheit eingehalten wird. Darum, befürwortet das doch. Niemand vergibt sich etwas. Es geht hier um die Sicherheit der Mitmenschen. Aber es geht auch um die Betreiber der Reithalle, damit sie eben nicht

schliessen müssen, damit sie eben dort ihr Kulturzentrum auch sicher weiter betreiben können. Besten Dank.

Präsident: Merci dir. Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Der Gemeinderat nimmt die Sicherheitslage in der Stadt Bern ernst. Dem Gemeinderat liegt die Sicherheit der Leute, die sich in der Stadt bewegen, vor allem nachts sehr am Herzen. Der Gemeinderat versucht alles zu machen, um die Sicherheit zu optimieren. Wir haben die Situation nie schöngeredet, wenn es zu gewalttätigen Übergriffen kam. Wir haben jeden gewalttätigen Übergriff verurteilt. Und wir haben die nötigen Massnahmen eingeleitet. Wir haben auf der einen Seite polizeiliche Massnahmen eingeleitet. Und auf der anderen Seite haben wir auch geschaut, dass wir die Schutzmassnahmen gleichzeitig ergreifen können, damit wir die Situation verbessern können. Ihr seid im Bild. Es gab einen Runden Tisch. Wir haben den Runden Tisch für die Stadtratsparteien geöffnet. Ihr seid dort auch dabei gewesen. Ihr habt die Auslegeordnung gesehen, die man gemacht hat, um die Situation zu verbessern. Und dort habt ihr alle die einzelnen Massnahmen, sei es ein Schutzraum, sei es der Sicherheitsdienst, seien es weitere Massnahmen, die alle von euch mitverfolgen konnten. Wir haben das Gefühl, mit dem Ansatz, den wir gewählt haben, bei dem wir alle involvierten Parteien an den Tisch nehmen, alle ihre Ideen einbringen können, und wir nachher die Ideen entsprechend umsetzen, zusammen mit der Polizei, zusammen mit der Staatsanwaltschaft, zusammen mit den Sicherheitsdiensten, die vor Ort tätig sind, aber auch mit den Betreiberinnen und Betreibern der Kulturbetriebe rund um die Schützenmatte. Mit diesem Ansatz sind wir auf dem richtigen Weg und können mit den zielgerichtetsten Massnahmen ergreifen. Wenn wir jetzt das Gefühl hätten, Videoüberwachung wäre das Mittel, das uns noch fehlt im Instrumentarium, dann könnten wir euch das vorlegen. Aber wir müssen es euch auch vorlegen, weil der Stadtrat für das Erlassen von Videomassnahmen zuständig ist. Bis jetzt sind wir eigentlich nicht sehr zuversichtlich, dass der Stadtrat einer solchen Massnahme zustimmen würde. Unter anderem darum haben wir es auch noch nicht vorgelegt.

Aber wir sind selber auch nicht davon überzeugt, dass es das richtige Mittel ist, um mit diesen Problemen zu Boden zu kommen. Wir gehen lieber vor Ort. Wir gehen selber vor Ort. Wir versuchen, persönlich anwesend zu sein durch die diversen Dienste, anstatt dass wir dort eine anonyme Videokamera aufstellen, wo wir nicht sicher sind, ob wir Probleme lösen können. Wenn von eurer Seite her, der Wunsch aufkommt, dass wir so eine Videokamera installieren sollen, dann werden wir diesen Wunsch entgegennehmen. Wenn der Grosse Rat die richtigen Massnahmen kennt, dann würden wir diese auch sehr gerne entgegennehmen. Ich habe zugehört, als die Motionärin Schneider gefragt wurde, welche Massnahmen sie als unkonventionelle Massnahmen vorgesehen hat. Sie hat im Interview genannt, man könnte ja eine Videoüberwachung installieren oder man könnte der Reitschule Gelder streichen. Das sind nicht die neuen, unkonventionellen Massnahmen, die ich in dieser Situation erwartet hätte. Und von dem her bin ich auch nicht wahnsinnig optimistisch, dass wir vonseiten des Grossen Rates diese guten Ideen bekommen werden. Es gibt ja im Übrigen die Möglichkeit, nach dem neuen Polizeigesetz, der zwar gerichtlich noch angefochten ist, aber grundsätzlich in Kraft ist, dass der Regierungsrat oder die Sicherheitsdirektion Stadt Bern könnte anfragen, die nötigen Massnahmen zu ergreifen und via regierungsrätlichen Beschluss selber eine Videoüberwachung anzuordnen. Bis jetzt ist nie eine Anfrage vonseiten der Sicherheitsdirektion des Kantons Bern gekommen, dass die Stadt Bern ihre Massnahmen

nicht genügend selber ergreifen würde. Daher warten wir immer noch darauf, sollte ein solches Anliegen auftauchen von Seiten des Kantons, möglicherweise auch im Grossen Rat. Vielleicht ist das die unkonventionelle Massnahme, die in diesem Saal angeregt wurde. Wir danken euch, wenn ihr die Motion ablehnt. Wenn ihr andere Ideen habt, dann habt ihr an den offenen Runden Tischen die Gelegenheit, die Ideen einzubringen. Und wie gesagt, wir sind offen und gespannt, wenn ihr bessere Ideen habt, wie wir die Sicherheitslage verbessern können. Die Verbesserung der Sicherheitslage und ein sicherer Ausgang für alle, die sich dort bewegen, vor allem für die jungen Menschen, die sich dort bewegen, steht für uns im Zentrum des Interesses. Und daran werden wir weiterhin arbeiten und uns dafür einsetzen.

Präsident: Merci vielmals. Wir stimmen somit ab über Traktandum 10, Motion als Richtlinie. Wer sie erheblich erklären will, stimmt Grün, wer sie ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 034

2024.SR.0069: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	14
Nein	49
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt die Richtlinienmotion abgelehnt.

2024.SR.0047

11 Postulat Raffel Joggi (AL): EGMR-Urteil zu Racial Profiling: Was sind die Auswirkungen für die Stadt Bern?

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 11. Das ist ein Postulat. Ich weiss bereits, dass es bestritten ist. Ich gebe den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Fragt man gewisse Leute in der Kantonsregierung, dann wissen wir, was kommt. Bei der Polizei gibt es keine Probleme, an allen Problemen auf der Welt ist die Tamedia schuld, sicher nicht die Polizei, sicher nicht die kantonalen Institutionen. In einer Antwort auf eine Interpellation zu diesem EGMR-Urteil im Grossen Rat wird darum wenig überraschend auch geschrieben, dass die Polizei alle Vorgaben erfüllt, streng nach ihren eigenen Weisungen funktioniert und ganz sicher kein Racial Profiling betreibt. Nicht zuletzt, weil sie freiwillige Weiterbildungen anbieten. Ein halber Tag zu den Themen Polizeikontrolle, interkulturelle Kompetenz, Stereotypen, Racial Profiling, Polizeiarbeit und Emotionen. Das nehmen sie eben in einen halben Tag durch. Und dann zwei Tage zu den Themen interkulturelle Kompetenz, Stereotypen und Racial Profiling. Wenn man Beschwerden einreichen will, hört die Kantonspolizei gerne zu und, und, und. Zweieinhalb Tage und Beschwerden gerade bei denen, wo man sich darüber beschweren will, einreichen. Was braucht es noch mehr? In Zürich, wo Mohamed Wa Baile in eine Polizeikontrolle kam, hat man das bis zum Urteil des EGMR wahrscheinlich auch behauptet. Nicht mal die zuständigen Gerichte haben genug selbstkritisches Potential entfaltet. Racial Profiling ist natürlich eine

Tatsache für viele Menschen in der Schweiz. Auch in Bern, in vielen Bereichen in der kommunalen Verwaltung, vor allem in der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben, besteht die Gefahr, dass es zu Racial Profiling kommt. Auch wenn wir keine Kontrolle, über die offenbar laut dem Kanton eh schon quasi antifaschistisch und antirassistisch ausgebildete Kantonspolizei haben, müssen wir hier unsere Verantwortung wahrnehmen, weil die zweieinhalb Tage reichen bis jetzt noch nicht. Auch wir müssen alles unternehmen, damit das Urteil auf dem Gemeindegebiet rechtlich und praktisch umgesetzt wird, und zwar von allen, die sich auf dem Gemeindegebiet befinden, also auch von der Polizei. Die bewerten sich ja in 13 von 12 Fällen als fehlerfrei. Wir müssen alles dafür machen, dass das in Bern auch wirklich so ist. Was das ist oder sein könnte, wollen wir mit dem Postulat herausfinden. Der Gemeinderat scheint mit dieser kurzen Antwort unserer Meinung zu sein oder sprachlos. Darum auf jeden Fall nehmt den Vorstoss an. Merci vielmals.

Präsident: Merci, dann könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Für die Fraktion GB/JA!, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion dankt der AL/PdA für das Postulat, weil es uns die Gelegenheit gibt, das historische Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Wa Baile gegen die Schweiz hier im Stadtrat zu würdigen. Und das ist wichtig. Erstens, weil das Urteil klar macht, dass das, was 2015 am HB in Zürich passiert ist, ist eine rassistisch motivierte Polizeikontrolle gewesen. Damit hat die Schweiz gegen das Diskriminierungsverbot Art. 14 in Verbindung mit dem Recht auf Privatleben Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstossen. Auch das Recht auf einen genügenden Rechtsbehelf, Art. 13, hat die Schweiz laut dem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs verletzt. Es ist auch wichtig, das hier zu würdigen, weil dieser Fall aufzeigt, wie unglaublich langwierig und aufwendig es ist, sich auf juristischem Weg gegen rassistische Diskriminierung durch die Polizei zu wehren. Dieser Vorfall ist zehn Jahre her. Zehn Jahre, in denen sich der Betroffene mit unglaublichem Mut und einer Ausdauer durch alle Instanzen durchklagen musste, bis er vor dem Internationalen Gerichtshof das Recht bekam. Ein solches Rechtsverfahren hat enorme finanzielle, soziale, mentale und emotionale Kosten und Risiken. Und so ein Verfahren wäre nicht ohne die anhaltende Unterstützung von zahlreichen engagierten Personen und Netzwerken möglich gewesen. Dieses Engagement gilt es hier zu würdigen. Und dieser Fall ist für die Stadt Bern relevant, weil sich der Menschenrechtsgerichtshof in seinem einstimmig gefällten Urteil an die Gesetzgeber*innen und die Exekutive auf allen staatlichen Ebenen richtet. Diese werden angehalten, mit gesetzlichen und administrativen Massnahmen dafür zu sorgen, dass institutioneller Rassismus durch die Polizei effektiv verhindert wird.

Damit macht der EGMR deutlich, dass es sich bei Rassismus bei der Polizei nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem handelt. Es ist darum richtig und wichtig, dass die Stadt Bern das Urteil des EGMR zum Anlass nimmt, Massnahmen gegen institutionellen Rassismus und Racial Profiling zu prüfen. Genau das ist der Auftrag dieses Postulats. Die GB/JA!-Fraktion wird diesem Postulat selbstverständlich zustimmen. Wir möchten den Gemeinderat einladen, bei der Prüfung der verschiedenen Massnahmen ein besonderes Augenmerk auf Dokumentation und Monitoring wie auch auf Beratung und Unterstützung von Betroffenen zu richten. Denn die effektive Prävention und Bekämpfung von Racial Profiling erfordert ein langfristiges Monitoring, eine langfristige Datengrundlage. Wir müssen die entsprechenden Daten erheben, Behörden müssen wissen, wer, wann, wo angehalten wurde und mit Informationen zu Hautfarbe,

vermuteter Herkunft, vermuteter Religion etc. in Verbindung bringen. Nur wenn diese Informationen vorhanden sind, kann man einen Schluss ziehen über mögliche Diskriminierungen. Der Gemeinderat ist darum aufgefordert, zu prüfen, wie ein solches Monitoring auf Stadtgebieten durchgeführt werden kann. Die Ausstellung eines Quittungssystems wäre eine Möglichkeit.

Zweitens braucht es eine unabhängige Melde- und Beratungsstelle. Momentan können Beschwerden, wir haben es schon gehört, wegen rassistischer Polizeikontrollen direkt bei der KAPO gemeldet werden. Die KAPO führt dann eine interne Untersuchung durch, will heissen, sie bittet die betreffenden Beamten um eine Stellungnahme und kommt dann, oh Wunder, zum Schluss, das Verhalten der Polizei sei korrekt gewesen. Ich denke, es ist allen hier klar, dass das nicht funktionieren kann. Es funktioniert nicht für die Betroffenen, um zu ihrem Recht zu kommen, und es funktioniert auch nicht für die Behörden, um ihrer Verpflichtung nachzukommen, Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Bern zu schützen. Die Fälle werden nicht gemeldet, weil, wie schon gesagt, wer meldet sich schon bei dem, wo man Beschwerden dagegen einreichen will. Die Fälle, die gemeldet werden, werden nicht unabhängig untersucht, und es gibt darum keine Folgen für Fehlverhalten. Damit ist Racial Profiling eben ein strukturelles Problem. Und die Stadt Bern soll prüfen, mit welchen Mechanismen man erreichen kann, dass Vorfälle tatsächlich gemeldet, dokumentiert und an unabhängige Stellen weitergeleitet werden können. Vielleicht ist auch hier die Ausweitung des Meldetools für sexistische Übergriffe und für rassistische Diskriminierung einer der möglichen Wege. Neben den Massnahmen, die die Stadt Bern selbst umsetzen kann, soll der Gemeinderat im Rahmen des vorliegenden Postulats auch prüfen, ob und welche Bestimmungen zu Racial Profiling in Ressourcenvertrag mit der KAPO aufgenommen werden können. Es reicht einfach nicht, die Verantwortung auf den Kanton zu schieben. Die Stadt ist für die Sicherheit ihrer Einwohner zuständig. Diese kann sie nicht gewährleisten, wenn kein ausreichender Schutz vor Diskriminierung und Polizeigewalt besteht. Die verschiedenen Fälle, die es gibt, zeigen, es liegt noch ein langer Weg vor uns. Wir nehmen das historische Urteil zum Anlass und gehen mit Entschlossenheit gegen Rassismus vor. Ich wünsche uns alle eine lehrreiche Aktionswoche gegen Rassismus.

Präsident: Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion SVP, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP): Das vorliegende Postulat zeugt von einem sehr, sehr tiefen Misstrauen gegenüber unserer Polizeiarbeit. Und die SVP-Fraktion stellt sich schützend vor unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Warum? Tagtäglich müssen sich mittlerweile unsere Polizistinnen und Polizisten Beschimpfungen, Anpöbelungen und so weiter anhören. Und das blendet ihr einfach so aus. Das ist für euch eigentlich überhaupt kein Fakt, den man in dieser Diskussion anwenden kann. Auf der anderen Seite sind die Polizistinnen und Polizisten auch schutzlos einem Vorwurf des Rassismus ausgeliefert. Rassismus ist heutzutage so ein Totschlagargument, dass man überall und immer wieder benutzt, für das man im Prinzip natürlich auf der einen Seite politische Gegnerinnen und Gegner mundtot machen kann, aber auf der anderen Seite natürlich auch gegenüber den Behörden, insbesondere natürlich gegenüber der Polizeiarbeit. Es ist ein ganz klarer Fall, dass wir das Postulat ablehnen.

Präsident: Merci vielmals. Dann wenn er es kurz macht, hat als Letzter noch Georg Halter für die Fraktion FDP das Wort. Georg Häsler, Entschuldigung.

Georg Häsler (FDP): Wir lehnen das Postulat ab, und zwar aus grundsätzlichen Überlegungen. Erstens ist es ein bisschen langweilig, die Stadt ist gar nicht zuständig, eigentlich ist der Kanton zuständig. Und es ist aber auch völlig klar, dass wir gegen Racial Profiling sind, dass das etwas ist, was nicht in Ordnung ist. Ich glaube, das ist allen klar. Was mich aber schon sehr stört, und das wurde vorhin schon gesagt, ist der Generalverdacht und die Vorverurteilung der Polizistinnen und Polizisten in ihrer Arbeit. Und dann, was mich aber noch fast mehr zu denken gibt, ist das tiefe Misstrauen gegenüber den Institutionen, gegenüber den Gerichten. Ich glaube, wir erleben jetzt gerade in den USA, was es bedeutet, wenn eine Regierung oder eine politische Bewegung den Institutionen grundsätzlich misstraut, insbesondere auch den Gerichten. Und das ist eine Haltung, die mich jetzt gerade schon ein wenig alarmiert hat. Darum ist es mir wichtig, hier zu reden. Also, nein zu Racial Profiling, aber ganz klar auch nein zu diesem Generalverdacht und nein zur Ablehnung der Institutionen und darum auch nein zu diesem Vorstoss.

Präsident: Danke, Georg Häsler. Und sorry für den falschen Namen. Ich habe einen Ordnungsantrag von Anna Leissing.

Anna Leissing (GB): Ich möchte den Antrag stellen, dass wir das Traktandum heute noch abschliessen, damit wir es abhaken können.

Präsident: Wir stimmen ab. Wer dem Ordnungsantrag zustimmt, stimmt Grün, wer nicht, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 035

2024.SR.0047: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	44
Nein	16
Enthalten	3

Präsident: Wir führen somit die Debatte weiter. Als nächstes hat das Wort die Fraktion SP/JUSO: Willkommen zurück am Redner*innenpult, Valentina Achermann.

Valentina Achermann (SP) für die Fraktion: Ich freue mich sehr, mal wieder hier vorne zu sitzen, auch wenn es nicht mein Wunsch war, zu überziehen. Aber ich habe trotzdem ein paar Sachen zu diesem Thema zu sagen. Und ich möchte gerade gerne unseren Kollegen von der SVP zitieren beim vorherigen Traktandum, weil er etwas sehr Wichtiges gesagt hat. Er hat gesagt, Sicherheit ist ein Gut, worauf jeder Mensch Anrecht hat. Und das Urteil, das wir heute darüber reden, zeigt ganz klar, dass das leider nicht der Fall ist und dass hier extrem grosser Handlungsbedarf ist. Das Urteil ist wegweisend in der Bekämpfung gegen Racial Profiling, weil die Schweiz und mit dem auch die Stadt Bern verpflichtet sind, rassistische Diskriminierungen bei Polizeikontrollen zu verhindern und konkrete Massnahmen zu ergreifen. Wir haben schon gehört, worum es bei Racial Profiling geht. Es geht darum, dass Menschen aufgrund von Äusserlichkeiten wie Hautfarbe oder zugeschriebener ethnischer Zugehörigkeit Polizeikontrollen unterzogen werden, und zwar ohne konkrete Anhaltspunkte auf ein Fehlverhalten. Und das ist eine Praxis und das ist eine Form von institutionellem Rassismus. Und es ist wichtig, dass wir das benennen, weil erst dann, wenn wir so Formen von Rassismus benennen und anerkennen, können wir wirklich auch effektive Massnahmen gegen das ergreifen.

Und wir haben es vorher gehört, dass wir irgendwie Polizist*innen oder Polizeikräfte unter Generalverdacht stellen. Das ist aber nicht der Fall. Es geht nicht um Diskussionen, welche Menschen oder Personengruppen wie rassistisch oder nicht rassistisch sind, sondern es geht um institutionellen Rassismus. Es geht darum, dass es diskriminierende Strukturen, Praktiken und Regelungen gibt, innerhalb der Institutionen. Und dass diese Regelungen dazu führen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch benachteiligt werden. Und ich gehe davon aus, dass wir hier eine Einigkeit haben, dass das nicht möglich ist. Weil Racial Profiling, das hat gravierende Konsequenzen, und zwar auf individueller und gesellschaftlicher Ebene. Wir haben vorher von Generalverdacht geredet. In diesem ganz konkreten Fall sind bestimmte Bevölkerungsgruppen ständig unter Generalverdacht. Sie werden gedemütigt, sie werden verunsichert und es herrscht eine Rechtlosigkeit. Die Praxis verletzt auch Menschenrechte. Es führt zu Misstrauen in die staatlichen Institutionen. Und das ist genau das Problem und das wollen wir ja alle zusammen verhindern und es tut gesellschaftliche Spannungen noch weiter anheizen.

Das Postulat fordert den Gemeinderat auf, hier konkrete Massnahmen zu ergreifen. Auch das haben wir vorher schon gehört, das sei nicht städtisches Gebiet. Dem sind wir uns selbstverständlich bewusst. Wir haben eine Kantonspolizei und gleichzeitig hat die Stadt Bern eine Leistungsvereinbarung mit der Kantonspolizei. Und den Handlungsspielraum, den müssen wir nutzen. Wir müssen dafür sorgen, dass hier die Massnahmen umgesetzt werden. Wir haben einige Beispiele schon gehört von den Quittungssystemen, damit wirklich auch transparent geschaffen wird von diesen Polizeikontrollen, damit dokumentiert, begründet und auch statistisch ausgewertet wird, warum als jemand kontrolliert wird. Wir haben von Schulungen gehört, von den Einreichenden, die absolut unzureichend sind, die man auf jeden Fall noch ausweiten muss und eben von der unabhängigen Ombudsstelle. Denn ich meine, was ist das für ein Verfahren, wenn man eine rassistische Gewalt von der Polizei erlebt und nachher auch wieder zu der Polizei gehen muss, um sich zu beklagen. Das ist absolut nicht unabhängig und an diesem Thema werden wir sicher bleiben. RGM hatte mal eine sehr wichtige Forderung, und zwar die Stadtpolizei. Das haben wir bis jetzt noch nicht umgesetzt. Das ist sicher etwas, wo wir weiterhin dranbleiben müssen, denn das würde uns erlauben, mehr Kontrolle über diese Verfahren zurückzuerlangen. Selbstverständlich wird die SP/JUSO-Fraktion das Postulat als erheblich erklären. Und ganz zum Schluss möchte ich auch noch im Namen der Fraktion den mutigen Menschen danken, wie im Mohamed Wa Baile und auch Organisationen wie der Allianz gegen Racial Profiling, die sich konsequent einsetzt gegen institutionellen Rassismus. Die Ungerechtigkeiten, die gehen uns alle an. Das ist unsere Verantwortung, gegen strukturellen Rassismus vorzugehen und diskriminierungsfrei Sicherheitsstrukturen zu schaffen. Vielen Dank.

Präsident: Danke, Valentina. Gibt es noch weitere Voten zu diesem Geschäft? Als Einzelvotum: Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP), Einzelvotum: Ich möchte hier kurz meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass es scheinbar in der freisinnigen Fraktion in dem Stadtrat hier in Bern eine Einigkeit gibt, dass Racial Profiling etwas Falsches ist. Ich würde mir nur wünschen, dass das auch in eurer Stadtpartei so wäre, denn immerhin ist der oberste Polizeiverantwortliche in diesem Kanton Mitglied eurer Stadtpartei, wenn ich mich nicht irre, oder zumindest eurer Kantonalpartei, und er hat das Racial Profiling mehrfach gerechtfertigt. Merci.

Präsident: Als Einzelsprecher: Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Für mich ist etwas ganz wichtig, und das ist eben die rechtliche Seite, und da gebe ich meinem Vorredner, Georg Häsler, noch einmal Recht, zu bedenken, wo hat die Stadt Handlungsspielraum und wo ist der Kanton gefordert. Also der Spielraum, der da geltend gemacht wird, der besteht nach mir also praktisch gar nicht. Es kann doch nicht sein, dass Latterbach, Gstaad, Thun je eine eigene Umsetzung von dem Urteil zu Racial Profiling macht. Es ist etwas, was die Kantonspolizei machen muss. Es gibt es das Konkordat der Kantonspolizeien, wo man sich das anschaut. Aber es kann doch nicht sein, dass jede Gemeinde ihren eigenen Massnahmenplan macht. Und ich will auch nicht im Raum stehen lassen, dass die SVP irgendwie Racial Profiling grundsätzlich gutheisst. Ich muss einfach etwas sagen und das ist wichtig. Wie oft, wenn jemand aus Schwarzafrika oder aus dem Maghreb von der Polizei angehalten wird, heisst es sofort, ich bin Opfer eines rassistischen Übergriffs. Und ich habe immer das Beispiel gebracht, wenn am Loeb-Ecken jemand überfallen wird von Leuten aus Westindien und die Personensuche ist auf Westindien gerichtet, dann müsst ihr nicht die ganze Stadt nach blonden Schwedinnen absuchen wegen dieses Überfalls. Und dann wissen wir einfach, es gibt gewisse Gebiete, gewisse Kreise, wo halt teilweise,... Nehmen wir die Fällelerei an, da würde man jetzt sagen, dass sind wahrscheinlich weniger die norwegischen Fussballfans, die das machen. Das sind mehr Leute aus dem Maghreb, die das machen und dann wird man dort natürlich auch mehr kontrollieren. Und vergesst nicht, die Sicherheit, auch unsere Bürger sind bedroht. Ich möchte in diesem Zusammenhang der Polizei danken, für ihren Einsatz, der eben schwierig ist. Und dann ist es genau das Gleiche, wenn ein betrunkenener Autofahrer sich von der Polizei nicht korrekt behandelt fühlt, oder einer, der überwirtet hat, dann muss er auch bei der Polizei eine Anzeige machen, oder kann mit einem Anwalt eine Anzeige machen. Aber dann ist es eine Frage der Befangenheit, wer die Anzeige beurteilt. Dann kann es sicher nicht der Dorfpolizist sein, dem man vorwirft, dass er den Wirt unsanft behandelt hat, der die Anzeige auch wieder entgegennimmt. Das wäre dann wiederum falsch. Aber das muss man sehen, man kann nicht noch extra für gewisse Bevölkerungsgruppen Sonderinstanzen machen. Dann ist es wie im Dritten Reich, wo es für bestimmte Bevölkerungsgruppen Sondergerichte und Sonderpolizeien gab.

Präsident: Ich bin sehr sensibel auf Vergleiche zum Dritten Reich und würde darum bitten, das künftig sein zu lassen. Als Einzelsprecher noch Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Ich möchte einfach in aller Form zurückweisen, dass Philipp Müller, der Polizeidirektor des Kantons Bern, Sicherheitsdirektor für Racial Profiling ist. Er ist genau wie wir alle zusammen für die Gleichheit der Menschen und für die Gleichbehandlung der Menschen und hat einmal in einem BUND-Interview die Polizeiarbeit und die Schwierigkeiten der Polizeiarbeit erklärt. Und ich würde empfehlen, denen, die jetzt einen Generalverdacht äussern, vielleicht einmal eine Nacht auf einer Streife dabei zu sein. Bei der Polizei, die sehr häufig auch Sozialarbeit macht und schwierige Situationen löst. Ich weise diesen Vorwurf in aller Form zurück. Die FDP, der Freisinn steht für die Gleichheit der Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, unabhängig wie er aussieht. Es gibt Menschen mit Bart, es gibt Menschen ohne Bart. Und ich weise diesen Vorwurf in aller Form zurück.

Präsident: Dann hat zum Schluss das Wort für den Gemeinderat, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Das ist vielleicht ungewohnt für dich Matteo, aber das gibt es, dass der Gemeinderat das Postulat annimmt und sagt, er nehme es an und begründe es nicht weiter. Das ist die Regel. Es gibt gewisse Spielregeln. Aber ich empfehle es euch zur Annahme. Warum empfehlen wir das zur Annahme? Wir lehnen alle Racial Profiling ab, auf der einen Seite. Aber es muss auch der Verdacht, dass trotzdem die Praxis für Racial Profiling betrieben wird, auch der Verdacht muss jederzeit ausgeräumt werden können. Auch das ist uns wichtig. Und wenn wir einen Bericht zu diesem Postulat erstellen können, dann bekommen wir die Gelegenheit, dem nachzugehen und hoffentlich dann auch nachzuweisen, dass es ausgeschlossen ist. Das ist nicht allein Sache der Kantonspolizei, sondern das ist auch Sache der Stadt Bern, denn die Stadt Bern ist verantwortlich und zuständig für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und der nötigen Sicherheit hier in der Stadt. Das ist das Fundament unseres Zusammenlebens. Das hat der Gemeinderat auch immer wieder betont, dass wir in einer sicheren Stadt leben können. Für die sicherheitspolizeilichen Belange ist nach Aufgabenteilung im Kanton, nach Kantonsverfassung und Polizeigesetz, ist die Gemeinde zuständig. Das ist der Zuständigkeitsbereich der Stadt Bern und deshalb haben wir einen Polizeivertrag mit der Polizei. Wir müssen und dürfen polizeiliche Leistungen nur allein bei der Kantonspolizei einkaufen. Das machen wir mit über 30 Millionen Franken pro Jahr, wir kaufen die Leistungen ein bei der Kantonspolizei. Aber auch die Kantonspolizei lehnt Racial Profiling ab, denn das ist natürlich sehr unangenehm, wenn der Vorwurf von Racial Profiling an ihnen kleben bleibt und darum probieren sie natürlich auch die Praxis von Racial Profiling in ihren Reihen zu eliminieren und wenn ein Verdacht aufkommt, dann probieren sie den auszuräumen. Das ist das ureigene Interesse der Kantonspolizei und wir haben in diesem Bereich eigentlich eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und haben dort auch ein gemeinsames Interesse entwickelt.

Jetzt ist aber die Abklärung und die Eliminierung von Racial Profiling ein schwieriger Prozess, das sehen wir. Darum reden wir auch schon seit mehreren Dutzend Vorstössen über diese Frage. Es ist eben eine Daueraufgabe. Es ist eine Aufgabe, die sich natürlich jeden Tag stellt und jeden einzelnen Vorfall kann wieder Anlass dazu geben, dass die Frage neu aufgerollt, neu aufgeworfen wird und nachher dementsprechend auch neu diskutiert wird. Und es muss eben in jedem Einzelfall ausgeschlossen werden können. Jetzt ist es aber schwierig, einen Fall von Racial Profiling abzuklären, weil eben natürlich der Gang auf die Polizei, der dann das abklären sollte, der ist nicht einfach und die Polizei ist, das liegt in der Natur der Sache, teilweise natürlich auch befangen. Wir setzen uns dafür ein, dass man solche Fälle auch vor der Ombudsstelle geltend machen kann. Das ist schon ein niederschwelligerer Zugang. Was wir aber eigentlich den besten Ansatz finden, und das ist der Ansatz, den wir seit mehreren Jahren bereits verfolgen, ist, dass wir auf das Projekt Dialog setzen, dass wir also in einem Dialoggremium unter Leitung vom gggfon (Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus) probieren, die Praxis zu diskutieren, die Vorfälle auf den Tisch zu bringen, miteinander anzuschauen, unter Einbezug der Kantonspolizei, unter Einbezug der Community und dann auch die richtigen Mittel und Wege zu finden, um Verdachtsfälle von Racial Profiling oder auch Vorfälle von Racial Profiling zu identifizieren und dann eine solche Praxis zu eliminieren. Das ist unser Ziel. Wir sind froh, wenn wir das in einem Bericht aufzeigen können, wenn wir dem auch nachgehen können und wenn wir nachher bei der Diskussion von diesem Bericht auf einer gesicherten Grundlage mit euch die Frage wieder diskutieren können. In dem Sinne, das ist der Grund, warum wir das Postulat hier zur Annahme empfehlen. Vielen Dank.

Präsident: Merci, Alec. Wir stimmen ab über die Erheblicherklärung dieses Postulats.

Abstimmung Nr. 036

2024.SR.0047: Erheblicherklärung

Annahme

Ja	51
Nein	13
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir sind am Ende der Sitzung. Wir haben es gerade mal bis zum Traktandum 11 geschafft. Somit ist auch klar, dass wir die Stadtratsitzung am 27. März durchführen werden. Wir sehen uns bereits nächste Woche wieder. Ich wünsche euch einen guten Heimweg und bis nächste Woche.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 12 | 2023.SR.0221

Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominic Nellen, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Michael Burkard, GFL): Demoverbot in der Stadt Bern — der Gemeinderat muss seinen Entscheid überdenken

Traktandum: 13 | 2024.SR.0014

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA (Bernadette Häfliger, SP/Lea Bill, GB/Francesca Chukwunyere, GFL/Raffael Joggi, AL): Bewilligungspflicht für private Kameraüberwachung im öffentlichen Raum

Traktandum: 14 | 2024.SR.0028

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz)/Simone Machado (GaP): Tierpark Bern: Der Streichelzoo und der Spielplatz an der Aare dürfen nicht abgeschafft werden! Es muss langfristig sichergestellt werden, dass in diesem Perimeter ein frei zugänglicher grosser tiergerechter Streichelzoo und ein attraktiver Kinderspielplatz bestehen bleiben. Die entsprechenden Reglemente sind entsprechend zu ergänzen und gegebenenfalls sind entsprechende Kreditvorlagen auszuarbeiten.

Traktandum: 15 | 2024.SR.0015

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein

Traktandum: 16 | 2023.SR.0256

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Personalprobleme im Tierpark Bern: Eine unabhängige anonyme Mitarbeiterbefragung ist gefordert

Traktandum: 17 | 2023.SR.000078

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!, AL/PdA (Barbara Keller, SP/Lea Bill, GB/Eva Chen, AL): Niemand soll im Dunkeln sitzen

Traktandum: 18 | 2022.SR.000229

Postulat Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich/Tanja Miljanovic, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Energieschub für individuelle Heizkostenabrechnungen!

Traktandum: 19 | 2024.SR.0172

Postulat Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner/Ursula Stöckli/Oliver Berger (FDP): Dauer des Baubewilligungsverfahrens halbieren!

Traktandum: 20 | 2024.SR.0111

Motion Florence Pärli Schmid (JF): Einführung einer Ausgaben- zur Schuldenbremse!

Traktandum: 21 | 2024.SR.0309

Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach/Johannes Wartenweiler, SP): Erfolgreiche Wohn- und Bodenpolitik fortsetzen: Rahmenkredit des Fonds weiterführen

Traktandum: 22 | 2024.SR.0174

Motion Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für Familien mit Kindern!

Traktandum: 23 | 2024.SR.0173

Postulat Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für den Mittelstand – es braucht endlich eine Stadtberner Wohneigentumsstrategie

Traktandum: 24 | 2024.SR.0282

Motion Thomas Hofstetter/Simone Richner (FDP): GEAK-Plus-Bericht als Voraussetzung für alle Liegenschaftskäufe der Stadt Bern zur Erreichung des Netto-Null-Ziels

Traktandum: 25 | 2024.SR.0147

Interfraktionelles Postulat GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, Michael Ruefer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Eckpunkte zu einem anreizbasierten Finanzierungsplan der Sicherheitsreserve mit antizyklischer Wirkung

Traktandum: 26 | 2024.SR.0146

Interfraktionelle Motion GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, GFL/Michael Ruefer/Bettina Jans-Troxler, EVP): Schaffung einer Sicherheitsreserve für Krisensituationen

Traktandum: 27 | 2024.SR.0213

Interpellation Michael Ruefer (GFL), Mirjam Roder (GFL), Raffael Joggi (AL): Gaswerkareal: Hat der Gaskessel neben verlängertem Schulhausprovisorium und dem verdichteten Areal eine Zukunft?

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/8992089645.php>

2025.SR.0072 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Gender-Budgeting: Analyse des Finanzhaushaltes zur Steuerung und Erreichung der Gleichstellung aller Geschlechter nutzen

2025.SR.0063 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Fraktion GB/JA!: Sicherstellung der Mädchen*spezifischen und geschlechterreflektierenden offenen Jugendarbeit beim TOJ

2025.SR.0064 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Förderung einheimische Produktion erneuerbarer Gase und Verbesserung Sammlung biogener Abfälle!

2025.SR.0070 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Feministische Kunst beim Münster

2025.SR.0067 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Bezug von Anwohnerparkkarten – wo steht die Revision der Parkkartenverordnung?

2025.SR.0068 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Gebietsentwicklung Chantiers Bern-Ost – Was passiert mit dem beschlossenen Planungskredit?

2025.SR.0071 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Feminismus Demo in Bern Sachbeschädigungen des Bubenbergsdenkmal: Wer trägt den Schaden?

2025.SR.0065 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Ist das Betreiben eines Gewächshauses noch sinnvoll?

2025.SR.0066 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Was für Möglichkeiten gibt es, damit die beide Entsorgungshöfe Schermen und Fellerstrasse eine schwarze Null schreiben?

2025.SR.0069 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Gewaltfreie Alternativen zur Jagd in Bern

Schluss der Sitzung: 22.44 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

26.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi